

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando,
Wochenblatt 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

MORWÜRFS

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
ober deren Raum 50 Pf., für
vollständige und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellengänge und Schloß-
steifen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. November 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zu neuen Kämpfen!

Man wird die historische Bedeutung der Geschehnisse der
letzten Wochen, in denen das deutsche Regierungssystem so
schmächtig zusammengebrochen ist, nicht gering bewerten dürfen.

Mit dem Bankrott des persönlichen Regiments begann
es, mit dem Eingeständnis der Unfähigkeit der Bureaurokratie
setzte es sich fort, mit dem Verlassen der bürgerlichen
Parteien des Reichstages wurde es vollendet.

Der alte Gegensatz im Bürgertum zwischen den Ver-
tretern des Grundbesitzes und den Vertretern von Handel
und Industrie ist überall unter dem Ansturm des Proletariats
sehr abgeschwächt worden.

Der alte Gegensatz im Bürgertum zwischen den Ver-
tretern des Grundbesitzes und den Vertretern von Handel
und Industrie ist überall unter dem Ansturm des Proletariats
sehr abgeschwächt worden.

Aber die politische Herrschaft der Konservativen ging nicht
durch den Reichstag. Der war immer ein ohnmächtiges
Gebilde gewesen. Eingeeengt in den wichtigsten Fragen der
Kultur durch die Kompetenzen der einzelstaatlichen Parlamente,
war er auch in den Fragen, die ihm verblieben, der wirk-
lichen Macht entkleidet.

Die Herrschaft der Konservativen und des Zentrums in
Preußen, die Herrschaft über die preussische Verwaltung vom
Landrat bis zum Minister bedeutete aber in Wirk-
lichkeit auch die Herrschaft über die preussische
Krone, deren Träger zugleich deutscher Kaiser ist.

Ideologie, hinter der ihre eigenen Klasseninteressen verfolgten
werden. Die Diener des Königs waren es nur, wenn sie in
Wirklichkeit seine Herren sein konnten.

So war die Stellung der Konservativen in der Debatte
des Reichstages über das persönliche Regiment von vornherein
gegeben. Wenn selbst sie gegen den augenblicklichen Träger
des persönlichen Regiments Stellung nehmen mußten, so nur
deswegen, um nicht durch die Unvorsichtigkeiten und Ungeschick-
lichkeiten des momentanen Vertreters das System selbst
gefährden zu lassen.

Das und das allein war der Sinn der konservativen
Reden, die sich mit noch größerer Entschiedenheit als gegen
die Neukürung Wilhelms II. gegen jede Aenderung des
absolutistischen Systems gewendet haben.

Begreift man jetzt die ganze kindliche Naivität Konrad
Haupmanns, der seine Forderung nach einer Macht-
erweiterung des Reichstages mit einem Appell an die Unter-
stützung gerade der Konservativen schloß? Selbst wenn das
Bürgertum noch kämpfen wollte, so könnte es gar nicht,
denn es weiß gar nicht, worum es sich
handelt, und erwartet Hilfe von den erbittertesten
Feinden seiner Forderungen.

Hoch so das Bürgertum zurück in die Arme der kon-
servativen Beschützer, so blieb das Zentrum von Anfang
an auf der Seite der wesensverwandten Konservativen. Das
Zentrum ist nur demokratisch, soweit es seine Parteinteressen
unbedingt erfordert. Es ist für das allgemeine Wahlrecht
dort, wo es ihm die Macht gibt und seine Wirkung durch die
Wahlkreisverteilung vergrößert ist.

So war das bürgerliche Parlament völlig hilflos und
verzichtete kampflos auf jeden eigenen Entschluß. Seine un-
veröhnlichsten Feinde, die Konservativen und ihre Regierung,
zeigten sich als seine unumschränkten Herren, ohne deren Er-
laubnis das Bürgertum keinen Schritt zu machen wagte.

Die Verhandlungen des Reichstages sind zunächst ergebnis-
los geblieben. Aber dieses Resultat erregt selbst in weiten
Kreisen des Bürgerturns Bestürzung und Erbitterung, in den
Kreisen des Proletariats aber stärkt es nur die Kampfeslust
und Siegeszuversicht. Die Herrschaftsinstitutionen unserer Feinde
sind erschüttert. Das monarchische Verwahrlosten hat einen Schlag
erfahren, von dem es sich nicht mehr erholen wird.

Die auf Lüge und Schein aufgebaute Autorität einer
volksfremden, der Junkerfaste entnommenen Regierung und
ihrer Bureaurokratie ist dahin und das Vertrauen zu dem
„nationalen“ Reichstag der Tottentotentwahlen ist auf immer
geschwunden.

Diese Situation gilt es zu nutzen. Die
Verfassungsfrage ist aufgerollt, selten waren die Aus-
sichten für den Kampf um die politische Freiheit so günstig.
Der Reichstag muß auch gegen seinen Willen vorwärts
gepeitscht werden. Das deutsche Volk hat gesehen,
welche politische Reife seine Regierer besitzen, will es nicht
endlich beweisen, daß es reif zur Selbstregierung ist?

Der Reichstag hat, wenn er will, die Macht, dem
System des Absolutismus, sei es des persönlichen Regiments,
sei es der Regierung, den Garau zu machen. Er hat ver-
sagt. An dem deutschen Volke ist es jetzt, ihn zu zwingen,
die Störigen und Heigen voranzutreiben.

Nicht nur nicht die halbe Milliarde, diesem System
auch nicht einen Mann, nicht einen Groschen!

Bülow in der Schwebel.

Bei den Erörterungen über die Entgleisung des persön-
lichen Regiments ist es dem Zugführer Bülow gegangen wie
den Insassen des zweiten Wagens bei der Hochbahnentgleisung
auf dem Dreieck in Berlin. Sein Wagen ist zwar entgleist,
aber nur halb. Er ist hängen geblieben zwischen Himmel und
Erde. Eine höchst ungemütliche Lage das. Wird keine Rettungs-
aktion unternommen, so stürzt er unfehlbar über kurz oder lang
doch ab. Besser ist's schon, er klettert vorher freiwillig zum
Fenster hinaus.

Aber wäre auch der Reichstag zu irgend welchen Be-
schlüssen dieser Art befugt — sehr zweifelhaft ist es, ob es
dazu gekommen wäre. Nur die Sozialdemokraten haben
ausdrücklich die Entsetzung Bülows durch einen anderen
Kanzler verlangt. Alle anderen Parteien haben es sorglich
vermieden, das als wünschenswert zu bezeichnen.

Unbedingt haben sogar die Konservativen, etwas ab-
geschwächt die Nationalliberalen und mit rührender Jag-
haftigkeit die Freisinnigen den Wunsch ausgedrückt, daß Bülow
im Amt bleibe. Von den Blockparteien haben nur die Anti-
semiten beider Schattierungen jede Aeußerung des Vertrauens
für Bülow verweigert. Das Zentrum hat sich völlig ausgeschwiegen
über die Frage, ob Bülow bleiben solle oder nicht. Seiner
Politik gemäß ist das Zentrum dem Blockkanzler feind, aber
seine Politik des Abwartens und Bauerns auf günstige

Chancen läßt es ihm raffsam erscheinen, sich nicht unnötig außer Deckung zu begeben. Um so wärmer prunnt es mit seinen monarchischen Gefühlen. Man kann doch nie wissen!...

So ist die Wehrheit der bürgerlichen Parteien heilsfroh, daß sie nicht zu einer offenen Stellungnahme für oder gegen Bülow genötigt sind.

Und die Krone? Nun, so weit man aus den gelegentlichen Blismeldungen von der Vergnügungsfahrt ihres Trägers entnehmen kann, wird der gegenwärtig von keinerlei Stummer geplagt. Er wird sich sicherlich nicht aus freien Stücken die überflüssige Sorge aufladen, einen neuen Handlanger für sein erhabenes Wollen zu trainieren, da das Faktotum Bülow so trefflich durch nachträgliche Uebernahme der „moralischen“ Verantwortung ihm allerhand Unbequemlichkeiten erspart.

Allerdings sicher ist Bülow vor einer plötzlichen Valentinisierung auch nicht. Aber der Gefahr ist jederzeit ein jeder ausgesetzt, der sich in diesen Zeiten vom Hofe abhängig macht.

Es wäre alles soweit für Bülow in schönster Ordnung, was sein Verhältnis zu den offiziellen Gewalten anbetrifft. Er könnte ihre wegen noch jahrelang amtierenden. Der Kleinmut der bürgerlichen Parteien sichert ihn nach der einen Seite, seine eigene geschmeidige Anpassungsfähigkeit nach der anderen.

Und doch ist er ein gezeichnete Mann. Sein Abgang in absehbarer Zeit ist unvermeidlich. Gewisse Erlebnisse übersteht kein Staatsmann in leitender Stellung. Seine Autorität im Innern, seine Autorität im Auslande hat einen unheilbaren Knack gekriegt. Nicht die Schlampe in der Behandlung des ominösen Manuskripts ist es, was dafür entscheidend ist. Denn sein persönliches Verschulden dabei mag winziger sein, als es erscheint. Was diesen Günstling des Glückes für eine leitende Stellung im Staatsleben fernerhin unmöglich macht, ist, daß er die entküllten Leistungen des persönlichen Regiments wie ähnliche aus früherer Zeit jahrelang gebudelt und beschönigt hat. Damit hat er verschuldet, daß diese Pflanze immer üppiger ins Kraut geschossen ist. Damit hat er verschuldet, daß wie ein Irrlicht über dem Sumpfe die deutsche Politik in der Welt hin und her flüht. Damit hat er die Diskreditierung des deutschen Ansehens verschuldet. So was vermag sich nicht. Das wirkt nach, bis schließlich alle Welt offen ausspricht, daß der Mann für seinen Platz nicht taugt. Und einem solchen Wahrspruch der öffentlichen Meinung hält auf die Dauer niemand stand. Mühte einem solchen Stoß vor den Bauch doch selbst Pöbdielski weichen, der doch eines weit dideren Felles sich rühmen kann.

Das weiß auch Bülow. Nur wenn man in Erwägung zieht, daß er sich über die Unvermeidlichkeit seines Abganges völlig klar war, läßt sich sein Verhalten in der Interpellationsdebatte reiflos erklären: Der elegische Ton des kranken Mannes; die Uebernahme der vollen Verantwortung mit dem halbblauen Flecken um Schenung; die Beschönigungsrede für das Britesprodukt, das dem Zusammenwirken des Herrn Mennerhaffet und Kaiser Wilhelms sein Entstehen verdankt; der schwächliche Versuch, die blamablen Entschuldigungen wegzudeckeln, der doch nur auf die augenblickliche Geistesberäubung der Wodpartei berechnete war. Die Wodmaid wußte ganz genau, wie schmächtig sie von ihrem Liebsten hintergangen war; aber sie ließ sie förmlich nach Scheingründen, mit denen sie sich über den Jammer hinwegtäuschen konnte. Für ein paar Tage mag dieser Trost vorgehalten haben, seine Wirkung ist längst verpufft. Kein Mensch mehr, der nicht über die Kleinwaschungseperücke lacht. Aber es kam ja der gefährliche Eintagsfliege auch nur auf den Eintagsersolg an.

Am deutlichsten sprach aber am zweiten Tage das Verhalten des sonst so redseligen Reichstages, indem er gar nicht sprach. Das war ein bereitetes Schweigen, als ihm seine Nichtantwortung der entscheidenden Fragepunkte vorgehalten, als ihm die Fadenfäden seiner Bemäntelungsversuche nachgewiesen wurde. Er zog den Kopf ein und spreizte die Fingerringe erkünstelter Gleichgültigkeit heraus: Was sieht das nun an? Bald bin ich ganz herunter von dem Mollerstuhl. Zur Verhütung des schlimmsten in der Gegenwart reicht aus, was ich gesagt habe.

So handelt nur ein Mann, der für sich persönlich das Spiel verloren gegeben hat und nach einer günstigen Gelegenheit in nächster Zukunft späht, um sich nach angenehmeren Orten als der Wilhelmstraße und in den Umgang mit angenehmeren Personen, als sie ihm dort begegnen, mit einem Schein von Grandezza zu flüchten.

Nach hängt er vor unsern Augen in der Schwelbe zwischen Himmel und Erde, aber über ein Kleines, und wir sehen ihn nicht mehr den Staatsmann postieren.

Der Protest gegen das persönliche Regiment.

„Der Kaiser, der Reichstag und das Volk“, so lautete das Thema einer großen Volksversammlung, die Montagabend im Gewerkschaftshaus zu Dortmund stattfand. Der Referent, Genosse König, hielt eine scharfe Abrechnung mit dem persönlichen Regiment, die bürgerlichen Parteien und die verbrecherischen Kriegsbeyer. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung sieht in den neuesten Entschuldigungen über die Rettung der auswärtigen deutschen Politik die notwendigen Folgerichtigungen des in Deutschland herrschenden persönlichen Regiments; dies Regiment hat das Deutsche Reich nicht nur in der ganzen Welt isoliert, sondern es auch zum Weispöt aller Kulturvölker des Erdensundes gemacht. Die Vorgänge der letzten Wochen betreiben den vollständigen Zusammenbruch dieses Systems. Vorgänge wie der jetzt ans Licht gekommene sind nicht einmal in China oder der Türkei denkbar. Das deutsche Volk hat es satt, sich weiter von dem persönlichen Regiment an den Rand des Abgrundes ziehen zu lassen und weist es weit von sich, mit Gut und Blut für die Folgen der von diesem Regiment betriebenen Abenteuerpolitik einzutreten. Es ist höchste Zeit, daß das deutsche Volk seine Weisheit in die eigene Hand nimmt. Als ersten Schritt auf dieser Bahn verlangt die Versammlung eine sofortige Aenderung der Reichsverfassung im Sinne der Einführung eines parlamentarischen Regimes und der Ministerverantwortlichkeit. Die Versammlung verlangt mit Entschiedenheit Verwirklichung aller in unserem Programm niedergelegten und stets von der Sozialdemokratie vertretenen demokratischen Forderungen.“

Wieder ein Massengrab.

Die entsetzliche Kunde von der plötzlichen Vernichtung mehrerer hundert Menschenleben durch die heute (Donnerstag) früh das Land und löste lähmendes Entsetzen, tiefes Mitgefühl, ernste Trauer aus. Allem Anschein nach hat aber

auch Jörn und Empörung jeder nur allzugroße Berechtigung. Wiederum hat eine Bergwerkskatastrophe tief unten im Schacht einer großen Schar Bergarbeiter, darunter vielen Familienvätern, einen plötzlichen, fürchtbaren Tod beschert.

Noch ist die ganze entsetzliche Größe des Unheils nicht zu erfassen, aber es ist fürchtbar! Man glaubt die Vernichtung von über 300 Knappen beklagen zu müssen.

Die Katastrophe.

Ein uns zugehendes Privattelegramm lautet:

Hamm, 12. November. Auf der Zeche Rabbod bei Hamm fand heute früh 4 Uhr eine Kohlenstaubeexplosion statt. Bis 12 Uhr mittags waren 27 Tote und 17 Verletzte geborgen. Voraussichtlich 300 Tote. Explosionsherd dritte Sohle Revier 3.

Weitere Telegramme über das fürchtbare Ereignis melden:

Hamm (Westfalen), 12. November. Im Augenblick der Katastrophe befanden sich ungefähr 400 Mann in der Grube.

Hamm (Westfalen), 12. November. Es handelt sich um eine Kohlenstaubeexplosion, deren Entstehung unbekannt ist. Da der Schacht vollständig ausgebrannt ist, mußten unter schwierigen Verhältnissen zunächst neue Spurlatten angeschlagen werden, damit der Förderkorb wieder in Tätigkeit treten konnte. Heute morgen um 8 Uhr konnte mit der Bergung der Eingeschlossenen begonnen werden. Die Verwundeten werden mit Automobilen in die Hammer Krankenhäuser geschafft. Nertze sind in genügender Anzahl auf der Unglücksstelle, die gänzlich abgesperrt ist. Die auf Sohle 2 eingeschlossenen 150 Mann gibt man verloren. Die Bergungsarbeiten gehen nur sehr langsam vor sich. Vor den Förderebenen spielen sich herzzerreißende Szenen ab.

Hamm (Westfalen), 12. November. Bis heute mittag 12 Uhr waren 27 Tote geborgen. Es befinden sich noch über 300 Mann im Schacht. Eine Rettung erscheint ausgeschlossen. Rettungsmannschaften sind außer aus den umliegenden Ortschaften aus Berglarnen, Berne und Gelsenkirchen eingetroffen. Die Detonation war eine sehr heftige. Das Feuer breitet sich immer weiter aus. Die Rettungsmannschaften mühen wegen der Feuergefahr ihre Arbeiten einstellen und die Pöschmannschaften mühen in Tätigkeit treten.

Hamm (Westfalen), 12. November. Bis um 8 Uhr nachmittags wurden 40 Leichen und 38 Schwerverletzte geborgen. Von den Verletzten sind bereits zwei gestorben. Die Rettungsmannschaften der Bergwerks-Aktiengesellschaft Gelsenkirchen trafen um 2 Uhr in drei Automobilen zur Hilfeleistung hier ein.

Hamm (Westfalen), 12. November. Die Rettungsaktion wird geleitet vom Generaldirektor Janssen, Bergassessor Andree, Bergmeister Kraemer, alle aus Hamm, Bergmeister Hollander und Berginspektor Benzal aus Dortmund. Außerdem ist anwesend der Bergbaupolizeimeister von Siebrach aus Dortmund. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch aufgehalten, daß der Transport von Sauerstoff durch ein Automobil vorgenommen werden mußte, das vor der Zeche umschlug. Ferner war das Eindringen in den Schacht 2 durch notwendige Wasserleitungsreparaturen erschwert. Die Rettungsmannschaften sind nach allen Richtungen nur kurze Strecken vorgezogen, da überall das Feuer wütet. Nach Norden zu war man bemüht, die Sohle abzdämmen, um das Feuer zu ersticken.

Die Panik.

Ueber den Eindruck, den das Unglück in Hamm hervorgerufen, wird gemeldet: Automobile und Droschken durchjagen Hamm und bringen Verwundete nach den Krankenhäusern, welche von den Angehörigen der Bergwerksstätten umringt sind. Ueberall werden Jammerrufe und Schreidelaute vernommen. Die Straßen zur Unglücksstätte, die etwa eine Stunde vor Hamm liegt, sind mit Menschen gefüllt. Tausende umlagern die Unglücksstätte. Ueber das Schicksal der noch Eingeschlossenen, etwa 300 Bergleute, herrschen kaum noch Zweifel. Es werden nur noch Leichen zutage gefördert.

Wer trägt die Schuld?

Es handelt sich nach den Meldungen um eine Kohlenstaubeexplosion. Trifft das zu, dann hat die Schuldfrage schon ihr gut Teil Berechtigung. Bei genügender Vorsicht, bei Beachtung der erforderlichen Vorbeugungsmaßnahmen ist eine Explosion kaum möglich. Bewahrt hätte sich weiter, was der Abg. Hue heute im Reichstage mitteilte, nämlich daß auf der Unglücksgrube grobe Mißstände vorhanden waren und daß dort bereits vor vierzehn Tagen eine Explosion stattgefunden hat, dann gehört neben der Verwaltung die Bergbehörde auf die Anklagebank. Was hat diese getan zur Abstellung der beklagten Mißstände? Die Frage muß beantwortet werden!

Als nach dem fürchtbaren Unglück auf der Courrières-Grube die Regierung interpelliert wurde über die Sicherheit auf den deutschen Gruben, erklärte der Regierungsvorsteher, in Deutschland seien solche Katastrophen so gut wie ausgeschlossen. Seit dieser tröstlichen Versicherung haben wir nun drei große Explosionen gehabt. Auf das Unglück von Reeden, das 150 Knappen das Leben kostete, 67 Frauen zu Witwen machte und 176 Kinder zu Waisen, folgte die Katastrophe auf Zeche Klein-Rosfeld, die für 78 Bergarbeiter den Grabhügel aufwarf und nun eine noch viel unheilvollere Explosion, ein Massengrab!

Schlagende Wetter und Kohlenstaubeexplosionen.

Die gefährlichsten Feinde des Steinkohlenbergmannes sind Schlagende Wetter und Kohlenstaub. Erstere sind ein Gemenge von Grubengas (leichtes Kohlenwasserstoffgas, C₂H₄) mit atmosphärischer Luft. Das Grubengas entwickelt sich aus dem frisch freigelegten Kohlenstaub und aus Klüften und Spalten im Steinkohlengestein. Beträgt der Gasgehalt der Grubenluft 6 Proz., so entzünden sich die Wetter, allerdings noch ohne Explosion, welche aber bei weiterem Steigen des Gasgehaltes eintritt und immer heftiger wird, bis sie bei 11 Proz. ihre größte Stärke erreicht. Von da an werden die Explosionen wieder schwächer, bis die Gasflamme bei 33 Proz. Gasgehalt wegen Mangel an Sauerstoff erlischt. Nach der Explosion der schlagenden Wetter bilden sich Nachschwaden, welche aus Kohlenoxydgas und Kohlenäure bestehen und die von der Explosionsflamme verdrängten Personen der Gefahr der Erstidung aussetzen.

Der Kohlenstaub entsteht in trockenen Gruben bei der Gewinnung und Förderung der Kohlen. Er wirkt sowohl gefährlich als Erreger der Explosion bei Entzündung durch einen Schlag (sog. Staubschlag) als auch als Träger und Verbreiter lokaler Schlagwetterexplosionen in entfernten Grubenräumen.

Die Schlagwetter werden bekämpft durch eine gute Wetterführung, indem den Grubenräumen so viel frische Wetter zugeführt werden, daß etwa auftretende Gase durch Verdünnung unschädlich gemacht werden. In Gruben, wo Schlagwetter vorkommen, darf nur mit der Sicherheitslampe gearbeitet werden, bei welcher die Flamme durch einen Drahtkorb geschützt ist und mit welcher das Vorhandensein von schlagenden Wettern rechtzeitig erkannt werden kann. Ferner darf in der Sohle und in der Nähe von Störungen entweder gar nicht oder nur mit Sicherheitsprengstoffen

und Sicherheitszündern geschossen werden, deren Entzündungstemperatur möglichst niedrig liegt. Endlich müssen sämtliche Betriebspunkte vor dem Anfahren der Velegschast durch zuverlässige Leute (Wettermänner) auf das Vorhandensein von Schlagwettern mit der Sicherheitslampe untersucht werden. Die Untersuchung muß so zeitig stattfinden, daß die Wettermänner noch vor der Anfahr der Velegschast dem Abteilungssteiger über ihren Befund Meldung machen können. Punkte, an denen gefährliche Anstimmungen festgestellt sind, dürfen nicht belegt werden. Die erforderlichen Anordnungen zur Entferrnung der Gase hat dann der Betriebsführer zu treffen.

Der Kohlenstaub wird durch Verleierung unschädlich gemacht. In trockenen Gruben, wo gefährlicher Kohlenstaub vorkommt, müssen Sprinkwasserleitungen eingebaut werden, durch welche die Grubenräume stets feucht gehalten werden. Auch sind die einzelnen Wetterabteilungen, deren möglichst viele vorhanden sein müssen, durch nasse Zonen zu trennen.

Was wird geschehen?

Heute wurde der Reichstag mit einer Beileidskundgebung für die Opfer der Katastrophe eröffnet. Leider hat man keine begründete Hoffnung, daß er nicht wieder in eine solche Lage kommt. Bei Besprechung der Ursachen des Reeden-Unglücks gab Minister Delbrück der richtigen Ansicht Ausdruck, daß die Sicherheit in den Gruben hervorragend von der Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit des Steigerpersonals abhängig sei. Und am Mittwoch bemerkte der Regierungsvorsteher in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei Beratung der Beamtenbefolgungsvorlage, in Begründung der Ablehnung der Forderung einer über die Regierungsvorlage hinausgehenden Gehaltszulage für Steiger, diese Beamtenkategorie trage ja keine besondere Verantwortung! Im Grubenbetriebe trägt jeder, sei er Beamter oder Arbeiter, sehr große Verantwortung; das Wohl und Wehe viel hundert Menschen hat jeder einzelne in der Hand. Und gerade darum sind die allerweitgehendsten Sicherheitsmaßnahmen, die allerstrengsten Kontrollen unbedingt erforderlich. Damals noch hat Herr Delbrück die Anstellung von Arbeiterkontrollleuten, als eines der allerbesten Sicherungsmittel, abgelehnt. Wird man nun endlich zu der schon seit Jahrzehnten von den Arbeitern geforderten Einrichtung sich verstehen? Die Arbeiter fordern sie zur Sicherheit ihrer Gesundheit, ihres Lebens, des Wohles ihrer Familien!

Interpellation.

Anlässlich des Grubenunglücks in Westfalen hat die Zentrumsfraction im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: Ist der Herr Reichstagspräsident in der Lage u-d bereit, über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche „Rabbod“ (Westfalen) in der Nacht vom 11. zum 12. November dieses Jahres Auskunft zu geben? Sind insbesondere aus Grund der Erfahrungen bei den Grubenunglücksfällen in den letzten Jahren genügende Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Schlagwettern und Kohlenstaubeexplosionen in Bergwerken getroffen worden? Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um in Zukunft solche Katastrophen zu verhüten?

Rettung unmöglich!

Essen, 12. November. (W. L. B.) Wie uns die Zeche „Rabbod“ mitteilt, sind von den eingefahrenen 380 Bergleuten 37 als tot, 35 als verletzt und sechs als unterleht geborgen; es befinden sich also noch 302 Bergleute in der Grube.

Hamm, 12. November. (W. L. B.) Sowen hat eine Beratung unter dem Vorsitze des Bergbaupolizeimeisters Liebrecht stattgefunden. Das Ergebnis derselben ist, daß die Unmöglichkeit konstatiert wurde, die Rettungsarbeiten weiterzuführen. Der ganze Schacht soll unter Wasser gesetzt werden, um die Feuersbrunst zu ersticken. Die Sanitätsmannschaften sind abgerückt. Bis jetzt sind nach authentischer Feststellung 36 Leichen geborgen. 35 Verletzte wurden zutage gefördert, von denen drei gestorben sind, der Rest der Verunglückten, über 300 Bergleute, wird verloren gegeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. November 1908

Uebersichten, schwarze Listen und Grubenunglück.

Aus dem Reichstage, 12. November. Mit der erschütternden Nachricht von dem Grubenunglück in der Zeche „Rabbod“ hatte der Präsident heute den Reichstag zu eröffnen. Er benutzte die Gelegenheit, um unter Zustimmung des Hauses den Geschädigten das aufrichtige Mitleid des Reichstages auszusprechen.

Der Zufall wollte es, daß die Petition der Bergarbeiter über die schwarzen Listen und die Uebersichten auf der Tagesordnung stand. Die Redner hatten in dem verhängnisvollen Unglück einen traurigen Beweis an der Hand für die schweren Mißstände, gegen die die Bergarbeiter zu kämpfen haben. Genosse Sacke gab eine Uebersicht über die tödlichen Unfälle der letzten Jahre und wies auf den Zusammenhang hin, den das Ueberhandnehmen der Uebersichten und die Verjagung erfahrener Arbeiter durch die schwarzen Listen für die Unfallvermehrung habe.

Verwundigterweise fühlte sich der nationalliberale Herr General v. Schubert, der in den Grubenvorstand gekommen ist, seitdem er in der Familie Stumm hineingebirtet hat, trotz dieser Situation bewogen, gegen die Arbeiterorganisation, die „Seher“, zu polemisieren. Der saarabische Vorbeer, den er damit um seine Denkerstirn geschothen hatte, wurde unsonst von dem Genossen Hue zerplückt. Hue wies dem Stüttengeneral nach, daß er in seinem schneidigen Eifer Tatsachen über die Verleierung der saarabischen Stüttenarbeiter enthüllt hatte, die von den Arbeiterorganisationen trefflich zur Aufklärung jener rüdsichtigen Schichten benutzt werden können. Nachdem auch noch der deutsch-soziale Abg. Vehrens sich gegen Schubert gefehrt und unser Genosse Henckebach sein früher vorgebrachtes Material gegen Schubert verteidigt hatte, wurde die Petition einstimmig zur Verückichtigung empfohlen.

Vorher gab es noch eine scharfe Auseinandersetzung über eine koloniale Abrechnung aus dem Jahre 1900. Herr Erzberger bemängelte die Verpätung der Abrechnung und wies auf die Tatsache hin, daß der damalige Gouverneur von Ostafrika, Herr v. Liebert, 100.000 M. für Eisenbahnbearbeitungen ohne Genehmigung des Reichstages ausgegeben habe. Genosse Noke unterstützte diese Kritik, während der jetzige Abgeordnete, General v. Liebert, eine Verlegenheitstour aufführte, wie der Vär auf der heißen Blatte. Er veruchte schließlich sich damit herauszureden, daß er für die Auskunft erst die Genehmigung seiner damals ihm vorgelegten Behörde haben müsse.

Nun der Reichstag wird diesen Wären schon wieder zum Tanzen bringen.

Wieder ein Akt des persönlichen Regiments?

Vorgestern sagte Genosse Singer im Reichstag über die kaiserlichen Veröffentlichungen:

Ein amerikanisches Interview ist ja noch glücklich zurückgezogen worden. Was sonst noch in der Welt herumfliehet, kann kein Mensch wissen. Bei der Fruchtbarkeit, mit der bei uns derartige Ausstellungen oder Briefe in die Welt gesetzt werden, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß irgendwo im Dunkeln noch etwas liegt.

Singer hat sich als guter Prophet erwiesen. Die holländische Zeitung „Vaderland“ bringt folgende Sensationsnachricht eines früheren Diplomaten, die wir nach dem „Verl. Tagebl.“ zitieren:

Am Vorabend des Burenkrieges richtete die Königin Wilhelmine auf Veranlassung des damaligen Ministers des Innern unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Niederlanden, die der Regierung vorwarf, zu wenig für die Buren zu tun, einen Brief an Kaiser Wilhelm und bat ihn, zu Gunsten der Buren zu intervenieren. Ihr Wunsch blieb unerfüllt. Den verfassungswidrigen Briefwechsel, den die niederländische Königin so begonnen hatte, setzte der deutsche Kaiser aber während des russisch-japanischen Krieges fort, indem er in einem persönlichen Schreiben an die Königin Wilhelmine drohte, Deutschland werde die niederländischen Häfen okkupieren, falls die Niederlande nicht sofort Verteidigungsmaßnahmen zum Schutz gegen England trafen. Daraufhin ließ der damalige Ministerpräsident Krupp ohne Wissen und Befragung der Generalstaaten einige Hafensicherungen verbessern. Die letzte Reise des Kaisers nach Amsterdam, während deren er der Königin Wilhelmine als besonderes Geschenk das Nordseeabkommen anbot, ist als eine Kundgebung des Dankes für die Erfüllung seiner Wünsche zu betrachten.

Die Nachricht klingt ebenso unglaublich wie die Enthüllungen des „Daily Telegraph“. Doch wird niemand nach den jüngsten Vorfällen den Mut haben, Behauptungen Wilhelm II. allzuredend Zweifel entgegenzusetzen. Man muß daher die amtliche Aufklärung abwarten. Wäre die neueste Enthüllung richtig, so wären damit sogar die Unglaublichkeiten, die man aus dem „Daily Telegraph“ erfuhr, überboten. Das Liebeswerben des Kaisers um die Gunst Englands erschiene dann allerdings noch in einem ganz anderen Lichte. Man darf also begierig sein, ob die Nachricht demontiert werden kann.

Kein kaiserliches Versprechen.

Wälow hat zwar dem Reichstage größere Zurückhaltung des Kaisers versprochen, aber es scheint, daß der arme Schein mehr geben wollte, als er hatte. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß der Kanzler sich jetzt erst mit dem Kaiser auseinandersetzen möchte und demnach zu einem Vortrage mit ihm irgendwo zusammenzutreffen werde, da er mit dem Kaiser über das, was er im Reichstage gesprochen und versprochen habe, zu verhandeln und dem Kaiser zu hören wünsche, ob er einverstanden sei. So das hüllosoffizielle Organ. Wenn das richtig ist, so geht daraus hervor, daß der Kaiser dem Fürsten Wälow noch gar keine Versicherung versprochen hat und daß Wälow dem Reichstage nur seine persönliche Hoffnung in einer Form allerdings vorgetragen hat, die den Glauben an bestimmte Versprechungen wecken konnte. Ist dies der Fall, dann hätte Wälow dem Reichstage in einer der ernstesten Angelegenheiten irreführend. Jedenfalls ist eine amtliche Aufklärung dringend nötig.

Wie der Kaiser informiert wird.

Wie die „Vadische Presse“ mittelt, ist dem Kaiser der Inhalt der Reichstagsverhandlung vom Dienstag bereits gegen 9 Uhr abends telegraphisch mitgeteilt worden.

Wenn sich die Information des Kaisers darauf beschränkt, daß er die Berichte des offiziellen Wälows liest, so werden ihm die scharfsten Stellen der Reden fein säuberlich verborgen bleiben.

Weil seine Frau es nicht wollte.

Bekanntlich ist der Kaiser nicht in Manzell am Bodensee mit dem Luftschiff „Zeppelin I“ aufgestiegen, sondern hat das Wagnis seinem Freunde, dem Fürsten zu Fürstberg, überlassen. Einige Blätter wollten wissen, in diesem Bezüge auf den geplanten Aufstieg sei die erste Wirkung der im Reichstage gestellten Interpellationen zu erblicken. Der Kaiser hätte eingesehen, daß tatsächlich etwas mehr Zurückhaltung nötig sei und deshalb aus freiem Entschluß auf die Luftschiffahrtspartei verzichtet. Nach einem Telegramm der „Neuen Vadsischen Landesztg.“ ist diese Vermutung unrichtig. Der Kaiser ist deshalb nicht mit aufgestiegen, weil seine Frau es nicht haben wollte. Das betr. Blatt läßt sich nämlich aus Breidbrückhofen melden:

„Die bestimmt versichert wird, hängt das Fernbleiben des Kaisers vom Aufstieg des Zeppelinschen Luftschiffes mit einem der Kaiserin gegebenen Versprechen zusammen, sich an der Fahrt selbst nicht zu beteiligen.“

Oskultistische Politik.

Am Petersburger Hof ist man nach den verrücktesten Wandlungen endlich dazu gelangt, die Politik, und zwar speziell die auswärtige Politik, auf dem Oskultismus zu basieren. Dem „Verliner Tagebl.“ wird darüber aus Wien berichtet:

Nach Meldungen aus Petersburg ist der neue Oskultist Miller von russischen Hofkreisen zur Veranstaltung von Seancen an den Jarenhof berufen worden. Miller prophezeit für das Frühjahr einen Krieg auf dem Balkan und eine Katalisierphase zwischen Deutschland und England wegen Persiens. Der Eindruck der „Prophezeungen“ war geradezu niederschmetternd, und man befürchtet dadurch eine indirekte Beeinflussung der Politik. Miller hat bei seinem Schreiben einen versiegelten Brief mit weiteren Prophezeungen hinterlassen.

Vielleicht folgt man in anderen Ländern, in denen ohnehin die Politik schon halb oskultistisch betrieben wird, dem Beispiel des Jarenhofs. Vielleicht läßt sich der Oskultist Miller bewegen, auch in der Wilhelmstraße unter Vorhitz des Herrn v. Kiderlen-Wächter einige Seancen abzuhalten.

Ultramontane Organisierung der Jugend.

Die Ultramontanen stellen seit einiger Zeit besondere Bemühungen an, die schulenlose Jugend unter ihrem Banner zu halten. Sie sind dabei, die katholischen Jünglingsvereine zu reorganisieren und in engere Beziehungen mit den katholischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften zu bringen. Es erscheint bereits eine ganze Anzahl Blätter, die diesem Zwecke dienen. Eine Vereinigung von katholischen Jugendrätseln der Erzdiözese Köln gibt „Die Wacht“ (M.-Glabbach) heraus; für den Bereich des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands erscheint „Der treue Kamerad“ (München), und als Organ für die Jugendvereinsbestrebungen der katholischen Arbeitervereine (Eich Berlin) dient das Blatt „Die Kommenden“. Der Verband der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands, der die gesamten Bestrebungen auf dem Gebiete der ultramontanen Jugendorganisationen zusammenfaßt, hat den „Leitern“ (Mainz).

Die genannten Blätter dienen der gewerblichen Jugend in der Stadt und sind, abgesehen vom „Leitern“, der als Zentralorgan gilt und hauptsächlich nur in die Hände der leitenden Stellen kommt, auf die Mitgliedschaft der betreffenden Verbände zugeschnitten. Im Bewußtsein der Gefahr, die die Sozialdemokratie auch dem Lande bringt, sind die Ultramontanen neuerdings dazu übergegangen, sich auch der ländlichen Jugend zuzuwenden. In Bayern hat man es mit Burschenvereinen versucht, die die bäuerliche Jugend nach der Schulentlassung in sich aufnehmen und im Sinne der Zentrumspolitik drillen sollen; für sie erscheint auch bereits ein Organ, das „Burschenblatt“. Zu einer nennenswerten Bedeutung sind diese ländlichen Jugendorganisationen im Süden bis heute nicht gelangt.

Jetzt erscheint in M.-Glabbach, im Verlag des rührigen Volkvereins, eine Halbmonatsschrift für die ländliche Jugend, betitelt „Jung Land“, die offenbar bestimmt ist, eine Organisierung der ländlichen Jugend im größeren Stile einzuleiten. Das junge Landvolk, so begründet das neue Unternehmen sein Erscheinen, sei anderer Art, es habe anderes Leben, andere Anschauungen und Begriffe, ein anderes Lebensziel und darum auch anderen Charakter, und wer hier belehren wolle, müsse anders zur Stadt und Industrie, anders zum Lande reden. Und diese Landeigentümlichkeiten müßten der Landjugend erhalten und gefördert werden. Dann heißt es:

„Jung Land“ wendet sich nicht bloß an die Schulentlassenen; es will alle erreichen, die sich noch jung fühlen und nennen; an die jungen Bauernjöhne, die noch im Familienverbande leben, an alle, die in ländlichen Diensten stehen, gleichviel welchen Alters und welchen Berufes, auch an die ländliche Handwerkerjugend, samt denen, die auf den Aemtern aller Art auf der weiten ländlichen Ebene an den Schreibtischen sitzen oder sonst im gewerblichen Leben ihren Beruf finden. „Jung Land“ will, an ihre Volksschulbildung anknüpfend, ländliche Fortbildungsschulen einrichten helfen, ihre Vereine und Kongregationen unterstützen und ausbauen, ihre Spiele fördern, ihre Heimatliebe weigern. „Jung Land“ ist und erzieht mit ihnen, lehrt sie bauen und beschützen, pflegt ihren Obstbaum und sieht nach ihrem Bienenstock, führt sie in Steuern und Versicherungen ein, in Landkunst und Landdichtung und sucht sie zu bewahren vor Landnot und Landflucht. „Jung Land“ wird dabei der Förderung der allgemeinen Volksbildung und Charakterbildung besondere Aufmerksamkeit schenken, es hat sich, nicht an lehrer Stelle, zum Ziele gesetzt, unter den ländlichen Nachwuchs brave, vaterländische Gesinnung zu verbreiten, die Liebe zur Kirche zu wehren und an der Vertiefung der religiösen Kenntnisse, insbesondere in den Grundlagen des christlichen Glaubens seinen guten Teil mitzuarbeiten.“

Das ist ein weitreichendes Programm, dessen vielfache Fortsetzungen dem einen Zwecke dienen, die ländliche Jugend dem Zentrum zu erhalten, denn weiter nichts bejagen die Sätze von der „Pflege der vaterländischen Gesinnung“ und der „Vertiefung der religiösen Kenntnisse“. Wie weit dabei die München-Glabbacher auf die Zustimmung der Zentrumsbauern rechnen können, ist eine andere Frage. Versprechen sie auch, die Landjugend vor der Landflucht zu bewahren, so weiß man andererseits, daß die Zentrumsbauern allem feind sind, was dem Organisationsbedürfnis der ländlichen Arbeiterschaft und ihrem Verlangen nach sozialpolitischer Aufklärung entgegenkommt — auch dann, wenn letzteres so lässlich bemessen und sorglich auf das Zentruminteresse berechnet wird, wie bei der gesamten Arbeiterpolitik, die aus M.-Glabbach hervorgeht.

Preussische Naturalisationspraxis.

Die legendäre Tätigkeit unserer Polizei erschöpft sich nicht darin, für die Aufrechterhaltung der heiligen Ordnung zu sorgen, sie hat auch darauf zu achten, daß nicht etwa ein Ausländer, vorausgesetzt, daß dieser Ausländer zugleich Arbeiter ist, durch Naturalisation in den Genuß der vollen preussischen Freiheit gelangt. Nur gelegentlich, wenn es den politischen Interessen der Herrschenden entspricht, nimmt man es mit der Naturalisation auch in Preußen weniger rigoros, wie die Gegenüberstellung der nachfolgenden beiden Fälle beweist.

Der Schuhmacher Johann Wagner, Oesterreicher, wohnt seit 1902 ständig in Deutschland. Er hat regelmäßig keine Steuern bezahlt und ist mit den Behörden nie in Konflikt geraten. Er gedachte sich einen Haushalt zu gründen und sich eventuell selbständig zu machen. Um aber nicht der Willkür irgend welcher gegen Ausländer gerichteter Maßnahmen zum Opfer zu fallen, wollte er sich zunächst naturalisieren lassen. Er reichte also am 10. Juni bei dem Amtsvorsteher in Zehlendorf ein dahin gehendes Gesuch ein. Nicht lange danach bekam er eine Vorladung zur Polizei. Hier wurde er eingehend über seinen Vermögensstand vernommen. Ferner wurde ihm die eigenartige Frage vorgelegt, ob er einen Orden habe.

Seine Sache ging nun den vorgeschriebenen Weg. Er hoffte auf einen günstigen Bescheid, umso mehr, als er sich um Poststempel gekümmert hatte. Bald sollte er aber etwas erfahren, das ihm einen Begriff davon beibrachte, wie solche Dinge in Preußen erledigt werden. Er traf eines Tages einen früheren Logiswirt, bei dem er vier Jahre gewohnt hatte, und dieser, erkent ihn zu sehen, fragte ihn, ob es denn mit seiner Gesundheit wieder besser gehe. Auf die erstaunte Antwort, daß es ihm immer gut gegangen sei, erzählte der Wirt, daß eines Tages ein Arbeiter bei ihm gewesen sei, der sich im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlvereins sehr eingehend danach erkundigt habe, ob W. sich in letzter Zeit noch so reger an politischen Versammlungen beteiligt habe wie früher. W. läge in einer Lungenheilanstalt, sagte er, und sei um Unterstützung eingekommen. W. glaubte erst, daß dies ein Jreum sei, ging jedoch, um sich dies Näher zu klären, zu einer früheren Wirtin, um zu hören, ob dort auch vielleicht jemand gewesen sei. Sie kam ihm schon mit der Frage entgegen, ob er denn den Posten bekommen habe. Bei ihr sei ein Arbeiter gewesen, der sich genau erkundigt habe, ob Wagner auch früher immer so gewissenhaft seine Bandbeiträge bezahlt habe, wie jetzt. Wagner sei jetzt naturalisiert und habe sich um einen Vertrauensposten in der sozialdemokratischen Partei beworben. Die Partei müsse aber wissen, ob er auch gewissenhaft sei.

Wagner ging ein Klitz auf, und bald sollte ihm der Sinn dieser Fragestellungen völlig klar werden. Bei dem Schuhmachermeister Gerde in Zehlendorf, dem Arbeitgeber W.s, erkundete nämlich eines Tages ein Polizeibeamter, sich nach W. zu erkundigen. Er erwähnte dabei, daß aus dessen Naturalisationsakte nicht würde. W. sei von Berlin als Mörder überwiesen, und, setzte er hinzu, Note haben wir hier schon genug“. Am 7. September bekam W. dann auch — „mangelnden Interesses wegen“ — ablehnenden Bescheid.

Doch man kann in Preußen auch anders! Im Jahre 1906 wohnte der Bruder W.s, ein Landarbeiter, auf dem Gute Schön-Herrnhäuser bei Posen. Als nun der Reichstag aufgelöst war, trat eines Tages der Inspektor zu W. und sagte, er möge sich naturalisieren lassen. Er brauche sich nur zu verpflichten, für eine regierungsfremde Partei zu stimmen.

Aber der Undankbare, der erst ein halbes Jahr in Deutschlands gastlichen Gefilden wohnte, wußte es sonderbarer Weise nicht, zu würdigen, was es heißt, einem Lande anzugehören, das „in der

Welt vorangeht“. Er blieb Oesterreicher und schüttelte den Staub Preußens von seinen Pantoffeln. —

Tabaksteuer und Tabakarbeiter.

Die Zustimmung des Reichstages zu der geplanten Tabakfabriksteuer würde am schwersten die Tabak- oder vielmehr die Zigarrenarbeiter treffen, denn es ist zweifellos, daß die Erhöhung der Zigarrenpreise zu einer Einschränkung des Konsums, d. h. Verminderung der in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Arbeiter führen würde.

In die Zigarrenindustrie hat noch nicht wie bei der Zigarettenindustrie die Maschine ihren Einzug gehalten; sämtliche Versuche zur Einführung von Maschinen sind bislang fehlgeschlagen. Der Grund hierfür ist in der Hauptsache darin zu suchen, daß eine Maschine niemals so sparsam mit dem seit Jahren im Preise fortgesetzt steigenden Deckmaterial arbeiten kann wie ein Handarbeiter. Auch in Amerika, wo man zu einem großen Teile noch die quantitativ weit ergebligeren Seedecktabake als Deckblatt verwendet, während in Deutschland die zarteren und kleineren Sumatra- und Java-Tabake bevorzugt werden, haben sich die Maschinen in der Zigarrenindustrie trotz dafür angewandter kolossaler Mittel nie recht eingebürgert können.

Für die bei Herstellung der Zigarren in großer Zahl tätigen Krüppel und schwächlichen Personen ist dies immerhin als ein Glück zu betrachten, da sie bei der Einführung von Maschinenarbeit bestimmt ausgeschlossen würden.

Welche Bedeutung die Handarbeit aber für die Zahl der zu beschäftigenden Personen hat, zeigt uns ein Blick in den Verwaltungsbericht der Tabakberufsgenossenschaft für 1907.

Von den in der Tabak- und Zigarrenindustrie tätigen versicherungspflichtigen 100 804 Personen arbeiteten:

in Zigarrenfabriken ohne Maschinen und Motore	84 141
in Zigarettenfabriken ohne Motore	1 808
in Zigarettenfabriken mit Maschinen	53 866
in Zigarettenfabriken mit Motoren	10 022

Die Handarbeit ist nach Einführung der Zigarettensteuer bei der Herstellung der billigen Sorten fast vollständig ausgeschaltet worden — bei der Zigarrenindustrie ist dies aus den angeführten Gründen ausgeschlossen.

Eine Steuererhöhung kann also bei den Zigarren nicht wie bei den Zigaretten durch billige Maschinenarbeit ausgeglichen werden; sie wird ohne weiteres auf den Konsum abgewälzt werden müssen und infolgedessen zu einem Rückgang des Konsums führen. Trotz dem die Zollerhöhung vom Jahre 1879 fast ausschließlich von den produzierenden Arbeitern, nicht von den Rauchern getragen worden ist, haben selbst die geringfügigen Preiserhöhungen bei den Zigarren, sowie hauptsächlich das bei der Zusammenstellung der billigen Sorten verwandte schlechtere Material zu einem erheblichen Rückgang des Konsums und zur Entlassung einer großen Zahl von Zigarrenarbeitern geführt.

Nach der Gewerbebeziehung von 1875 waren an Arbeitern in der Tabak- und Zigarrenindustrie 92 069 Personen beschäftigt; die Tabak-enquete-kommission stellte für 1876 eine Arbeiterzahl von 99 714 Personen fest — nach der Gewerbebeziehung 1882 betrug die Arbeiterzahl in der Industrie nur noch 78 261 Personen.

Es ist demnach eine Tatsache, daß damals über 20 000 Arbeiter aus der Industrie verdrängt wurden.

Gegen die Lichtsteuer.

Die Stadt Driedenhofen schloß sich der Petition der Mittelstädte an den Reichstag an, die sich gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer wendet.

Die Stadtverordneten von Mainz nahmen auf Antrag des Oberbürgermeisters folgende Resolution einstimmig an:

Die Stadtverordneten erblicken in der geplanten Besteuerung der Elektrizität und des Gases eine schwere Schädigung der städtischen Entwicklung und ersuchen die Bürgermeisterei, beim Bundesrat gegen die Steuern zu protestieren.

Die Belastung für Mainz, das zurzeit 100 000 Einwohner zählt, würde sich nach dem Ansatze von 0,4 Mk. pro Kubikmeter jährlich auf 65 000 Mk. belaufen.

Im Weininger Landtag

brachte am Mittwoch die sozialdemokratische Fraktion zwei Anträge von Bedeutung ein. Der erste betrifft das Einkommensteuergesetz. Die Regierung hat ihre Steuergesetzesreform verlegt, bis die Reichsfinanznot ihre Erledigung gefunden hat. Um nun den minderbemittelten Steuerklassen baldige Erleichterung zu verschaffen, fordert der sozialdemokratische Antrag, daß allen Einkommen bis zu 2000 Mk. eine Steuerermäßigung zuteil wird. Die Steuern für Einkommen von 700 bis 900 Mk. sollen außer Hebung gesetzt werden, während bei den Stufen von 900 bis 1500 Mk. 25 Proz., bei 1500 bis 2000 Mk. 15 Proz. und bei 2000 bis 3000 Mk. 10 Proz. Ermäßigung vorgesehen sind.

Der zweite Antrag betrifft das Domänensteuergesetz, der die Verwendung der Lieberhäuser betrifft, dahin abgeändert wird, daß in Zukunft an die Hofkasse ein geringerer, an die Staatskasse ein höherer Betrag abgeliefert werden, damit ein teilweiser Ersatz der Grund- und Gebäudesteuer eintreten kann. Das Einkommen, das der Hof resp. der Herzog für die nächsten drei Jahre aus dem Domänenvertrage beziehen soll, ist im Etat auf 1 200 000 Mk. festgesetzt und kann also eine Verringerung vertragen, ohne daß ihre Bezücker hungern müssen. — Seit 85 Jahren hat sich die dem Hofe zustehende Hälfte des Domänensteuereinkommens vervierfacht. —

Die Klage der Herren Rughan und Kopsch wider den Genossen Wehling wird auch am 14. November noch nicht verhandelt werden. Der Termin, der bekanntlich schon einmal verlegt wurde, ist abermals, diesmal auf unbestimmte Zeit, verschoben worden. —

Oesterreich-Ungarn.

Das neue Ministerium.

Wien, 12. November. Die Kabinettskrise ist nunmehr beendet. Das parlamentarische Kabinett unter Bienerth ist zustande gekommen.

Ein neuer Gewaltstreik.

Budapest, 12. November. Die Regierung verfügte die Aufhebung des Landesverbandes der ungarischen und kroatischen Eisenbahnarbeiter, sowie die Beschlagnahme des Verbandsvermögens.

Frankreich.

Briand gegen die Todesstrafe.

Paris, 11. November. (Deputiertenkammer.) Justizminister Briand wandte sich gegen die Ausführungen, die von den Anhängern der Todesstrafe zugunsten ihrer Beibehaltung vorgebracht worden waren. Er wies darauf hin, daß die Todesstrafe nicht sittlichkeitsfördernd und nicht von wirklichem

*) Verwandt werden Papier- und Schneidemaschinen, Einlage- und Rippenschnide- und Rippenschnidmaschinen — dagegen keine Maschinen zur Herstellung von Zigaretten.

Rugen sei. Der Plan der Regierung sei, die Todesstrafe durch die Einzelhaft zu ersetzen, deren Wirksamkeit erwiesen sei. (Beifall links und auf der äußersten Linken).

England.

Vom Weiterstrafen.

London, 12. November. Unterhaus. Lee richtete an Asquith die Frage, ob die Regierung den Zwei-Mächte-Standard der Flotte in dem Sinne auffasse, daß die englische Flotte stets den Flotten der beiden nächststärksten Seemächte um zehn Prozent überlegen sein müsse. Asquith sagte weiter nichts, als daß er diese Frage mit ja beantworten könne, worauf allgemeiner Beifall laut wurde.

Rußland.

Der gefällige Senat.

Petersburg, 12. November. Der Senat, der sich auf Anfragen des Ministers für Volksaufklärung mit dessen Haltung beim jüngsten Hochschulkonflikt beschäftigte, sprach sich mit Stimmenmehrheit dafür aus, daß das Hochschulgesetz von 1906 die früheren Machtbefugnisse des Ministers bezüglich der Hochschulen nicht aufgehoben habe und daß daher seine Haltung gegenüber den Hochschulen vollkommen gesetzmäßig sei.

Perfien.

Nach russischer Methode.

Petersburg, 12. November. Der Kosakenoberst Bialoff hatte, wie aus Telegrammen gemeldet wird, vor einigen Tagen in einem Tagesbefehl die Kosaken aufgefordert, energisch zu kämpfen und soll ihnen als Preis für ihre Tapferkeit die Plünderung von Tabris in Aussicht gestellt haben, unter dem Hinweis darauf, daß im Falle ihres Sieges die persische Konstitution abgeschafft werden wird. Die russischen Offiziere, welche von diesem Tagesbefehl Kenntnis erhielten, haben lebhaften Einspruch erhoben.

Parlamentarisches.

(Siehe auch I. Beilage).

Dem Reichstag gingen zu:

Antrag Albrecht und Genossen (Sozialdemokr.): Entwurf eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes.

Antrag v. Hompeich (Z.): Die Reichsregierung zu ersuchen, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers einzubringen.

Interpellation Wiedeburg-Decker usw. (Z.) und Behrens (Wirtsch. V.) betreffend das Grubenunglück auf der Zeche „Radbod“.

Soziales.

Staatsbetriebe sind Musterwerkstätten.

In Nr. 236 des „Vorwärts“ berichtet wir über eine Gerichtsverhandlung vor der Stargarder Strafkammer. In dieser war ein 55jähriger Rangiermeister angeklagt, den Tod des jungen Schlossers Hellpapp durch Fahrlässigkeit herbeigeführt zu haben. Hellpapp war auf dem Hofe der Stargarder Eisenbahnwerkstätte am 2. Mai zwischen Kuffern gesprungen worden. Am folgenden Tage verstarb der junge Mann an den Folgen dieses Unfalles. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Aus den Aussagen der zahlreichen Zeugen hatten wir angeführt:

„Ein Arbeitsverbot zwischen den Gleisen während des Rangierens wird nicht durchgeführt. Die zwischen den Gleisen Arbeitenden sind gewohnt, daß, wenn rangiert wird, ein Mann den Wagen vorausläuft und sie durch ein Glockenlingeln aufmerksam macht. (Das Glockenläuten ist auch Vorschrift.) Aber — die Glocke war schon am 30. April entzwei und Ersatz war nicht da. Ferner, — es ist Vorschrift, daß Wagen, an denen gearbeitet wird, durch Klöße festgelegt werden, dies war aber nicht geschehen, und zwar: — es waren noch keine Klöße da, und sind erst nach dem Unfall solche angeschafft worden. Auch ist es Vorschrift, daß solche Wagen, an denen gearbeitet wird, den Rangierern von weitem durch rote Signalschilder kenntlich gemacht werden, dies ist jedoch nicht geschehen, und zwar — weil keine roten Signalschilder da waren. Solche sind erst nach dem Unglück angeschafft. Regierungsrat Salüter meint zwar als Sachverständiger, der diensthabende Weichensteller hätte sich für die zerbrochene Glocke von den vier Weichenweiser selbst man in ganzen zwei Glocken hat, eine als Ersatz hohen (d. h. hohen) müssen, zwar hat der Angeklagte gegen Verhütungspatente verstoßen, das Vorsichtsprüfen des Bremsers ist im Betrieb überhört, aber wenn andererseits einer der Vorschriften genügt worden wäre, so wäre der Todesfall verhindert gewesen.“

Mit Bezug hierauf sendet uns jetzt die königliche Eisenbahndirektion Stettin folgende Aufschrift:

„In dem Artikel in Nr. 236 vom 8. v. M. im „Vorwärts“ mit der Überschrift „Staatsbetriebe sind Musterwerkstätten“ ersuchen wir unter Bezug auf § 11 des Gesetzes über die Presse vom 11. Mai 1874 nachstehende Berichtigung im „Vorwärts“ aufzunehmen:

1. Es waren am Unfalltag — 2. Mai d. J. — Klöße zum Vorlegen von Wagen in ausreichender Zahl auf dem Werkstättenhofe zu Stargard i. P., also am Orte des Unfalles, vorhanden. Es waren dies doppelte Radklöße, die, durch eine Eisenstange verbunden, auf beide Gleisschienen zu legen sind. Der Wagen, an dem der verunglückte Schlosser arbeitete, ist gegen die beschriebene und den Arbeitern bekannte Vorschrift nicht festgelegt gewesen. Nach dem Unfall wurden außerdem noch Vorlegeklöße innerhalb und außerhalb der Werkstättegebäude aufgeschapelt, die infolge der Handlichkeit zur leichteren und bequemeren Benutzung durch die Arbeiter dienen sollten.

2. Die „roten Signalschilder“ waren am Unfalltag ebenfalls in genügender Anzahl und in erreichbarer Nähe vorhanden. Mit ihnen werden nach beiden Seiten die Gleise bei solchen Wagen gesperrt, die hochgenommen oder zerlegt werden müssen. Dies traf in vorliegendem Falle nicht zu, weshalb diese Schilder nicht verwendet zu werden brauchten.

Die Klöße fehlte am Unfalltag, es ist dies auf Pflichtwidrigkeit des Rangierpersonals zurückzuführen. Gombert.“

Die Bemerkungen der Eisenbahndirektion vermögen die Schilderung der Zeugenaussagen und die erfolgte Freisprechung nicht zu befriedigen. Aber auch wenn sich alles so verhielt, wie die Eisenbahndirektion annimmt, so beweist der Tod des jungen Schlossers und die Erklärung der Direktion selbst, daß andere Einrichtungen den Unfall hätten verhindern können. Leider sind ja durch Erlass des preussischen Handelsministers vom 12. August 1907 in Preußen entgegen dem jahrzehntelangen Gebrauch und der älteren Rechtsprechung auf ministerielle Anweisung die Eisenbahnwerkstätten der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterzogen. Dringend erforderlich ist, den gesamten Eisenbahnbetrieb der Gewerbeinspektion durch Reichsgesetz zu unterwerfen, damit die im Eisenbahnbetrieb Beschäftigten und das Publikum etwas mehr Schutz als bislang gegen die Gefahren für Leib und Leben erhalten.

Ein Wahlstreit.

Bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung von Reibitz wurden am 14. November 1906 in der dritten Abteilung nach heftigem Kampf die vier sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Der Beginn der Wahl war auf 10 Uhr vormittags angesetzt. Nach der Rheinischen Landgemeindefeindordnung hatte sich an die Hauptwahl gleich die Stichwahl anzuschließen. In der ersten kam nur einer der Gewählten auf die zur absoluten Majorität

nötige Stimmzahl, die andern drei wurden in der Stichwahl gewählt. Haupt- und Stichwahl zusammen dauerten nun von morgens um 10 Uhr bis gegen Mitternacht. Erst gegen 1 Uhr waren Feststellung und Protokollierung des Wahlergebnisses erledigt. — Die Gegner machten dies zum Gegenstande eines Wahlprotokolls, indem sie behaupteten, es wäre dadurch vielen das Wahlrecht verweigert worden. Die Gemeindevertretung erklärte auch die Wahlen für ungültig. Der Kreiswahlschuss schloß sich dem an. Auf die Berufung unserer Genossen hob der Bezirkswahlschuss das Urteil auf und erklärte ihre Wahlen für gültig. Er führte aus: Der Kreiswahlschuss folgere eine Verkümmern des Wahlrechtes daraus, daß die Wahl bis gegen Mitternacht gedauert habe, so daß es einer erheblichen Anzahl von Wählern, insbesondere den zerstreut auf dem Lande wohnenden, nicht mehr möglich gewesen sei, ihre Stimme abzugeben. Als ein Beweis hierfür wurde auch die geringere Abgabe von Stimmen in der Stichwahl vom Kreiswahlschuss angeführt. (Bei der Hauptwahl wurden 579 Stimmen, bei der gleich folgenden Stichwahl nur 423 Stimmen abgegeben.) Dem Kreiswahlschuss könne nicht beigegeben werden. Erstens sei von der beklagten Gemeindevertretung für ihre Behauptung, daß gerade wegen der späten Stunde viele Wähler nicht mehr teilnehmen konnten, kein Beweis erbracht. In der späten Stunde allein könne aber ohne weiteres nicht eine solche erhebliche Wahlverkümmern erbracht werden, wie der Vorberrichter annehme. Wenn nach dem heißen Wahlkampf in der Stichwahl weniger Stimmen als in der Hauptwahl abgegeben worden seien, so habe dies seinen Grund darin, daß die Wähler entweder die Aussichtlosigkeit der Wahl ihrer Kandidaten erkannten und deswegen ihre Stimme nicht mehr abgaben oder daß sie an der Weiterentwicklung der Wahlen kein Interesse mehr haben konnten. Das erstere sei vorliegend der Fall, wie der Rückgang der Stimmen gerade für bestimmte Kandidaten ergebe.

Die Gemeindevertretung legte Revision ein. Unsere Genossen wurden vor dem Oberverwaltungsgericht durch Rechtsanwalt Dr. Behrend vertreten sowie durch den Genossen Lagerhalter Schmitz, einen der Gewählten.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte am 10. November nach ihrem Antrage auf Befestigung der Vorentscheidung. Es bleibt also bei der Gültigkeit der schwer erklämpften Mandate unserer Parteigenossen. Begründet wurde ausgeführt: Im Vordergrund stehe die Frage, ob eine Verkümmern des Wahlrechtes eingetreten sei. Das könne in keiner Weise gegeben werden. Wenn der Beginn der Wahl auf morgens 10 Uhr festgesetzt werde und eine große Anzahl Wähler vorhanden sei, dann wisse jeder im voraus, daß es lange dauern werde. Wenn es dann bis in die Nacht hinein dauere, könne sich niemand beschwert fühlen. Die Ausübung von Rechten sei oft mit Unbequemlichkeiten verknüpft. Einen Anspruch der Wähler auf Ausschluß jeder Unbequemlichkeit gebe es nicht.

Existenzminimum.

Die Löhne der Arbeiter, Angestellten usw. sind nach dem Lohnbeschlagnahmegezet bis zum Jahresbetrag von 1500 M. unpfändbar (abgesehen von Alimenter und Steuerforderungen). Wiederholt haben wir auf das Unzulängliche dieser Beschränkung gegenüber der Verteuerung aller Lebensmittel und darauf verwiesen, daß sich gegen Wortlaut, Zweck und Entstehungsgeschichte des Lohnbeschlagnahmegezetes klar verstoßende Praxis bei einigen Gerichten dahin herausgebildet hat, das Lohnbeschlagnahmegezet noch dadurch zu verschlechtern, daß man einen 125 M. übersteigenden Monatsbetrag beschlagnahmen dürfe. Die Dringlichkeit einer Erhöhung des unpfändbaren Betrages wird von vielen Seiten anerkannt. In der Gewerbeordnungs-Kommission haben unsere Genossen beantragt, den Betrag auf 200 M. hinaufzusetzen. Der Gutachterauschuss des Kaufmannsgerichts Berlin hat am Mittwoch folgende Aenderung des bestehenden Zustandes einstimmig für erforderlich erklärt, die sich mehr in der Richtung der Gleichstellung der Handlungsgehilfen mit den Beamten (deren Gehalt ist nur mit $\frac{1}{2}$ des 1500 M. übersteigenden Jahresgehältes beschlagnahmefähig) bewegt: „Das Gehalt von Handlungsgehilfen ist unpfändbar bis zu einem Monatsgehalt von 150 M. bezw. 1800 M. Jahresgehalt. Von dem übersteigenden Betrage bis zu 250 M. monatlich bezw. 3000 M. jährlich soll nur ein Drittel, dagegen der 3000 M. jährlich übersteigende Teil des Jahresarbeitsverdienstes voll gepfändet werden können.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Sieg der freien Organisation.

Bei den Gesellen-Auswahlgewahlen der Wäckerinnung siegte die Liste des Verbandes der Wäcker und Konditoren trotz allerhand Machinationen der Zunft und der Gelben und trotz des Lebensumpelungsverfuches mit 557 gegen 242 gelbe Stimmen. Bei den nachfolgenden Meisterwahlen zum Zunftschiedsgericht siegte die Liste des Verbandes mit 406 gegen 115 Stimmen.

Erfolgreicher Abschluß des Streiks der Isolierer.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Isolierer, die am Mittwoch bei Heufelder in der Dragonerstraße tagte, um den Bericht über die in Hannover mit der Firma Reinhold u. Co. geschlossenen Verhandlungen entgegenzunehmen und Stellung zu nehmen zu den vielleicht inzwischen notwendig gewordenen Sympathiestreiks in Berlin und anderen Zweiggewerken der Firma, war außerordentlich zahlreich besetzt. Ramentlich waren auch die Isolierer von Reinhold u. Co., soweit sie nicht auswärts auf Montagearbeit tätig waren, vollzählig erschienen. Ein ausführlicher Bericht konnte jedoch nicht gegeben werden, da der Verbandsgeschäftsleiter Lange sowie Petersen, der Vertreter der bei Reinhold u. Co. in Berlin beschäftigten Isolierer noch nicht von ihrer Reise zurückgekehrt waren. Sie hatten jedoch schon am Dienstag aus Hannover ein Telegramm geschickt, das besagte, daß dort der Streik mit Erfolg beendet sei und daß sie nun nach Hamburg reisten. Das Telegramm lag bereits der am Abend desselben Tages abgehaltenen Versammlung vor, die daraufhin selbstverständlich von dem geplanten Sympathiestreik vorläufig Abstand nahm. Am Mittwoch abend traf aus Hamburg ein zweites Telegramm ein, wonach auch in dieser Stadt der Streik erledigt ist.

Der Vorsitzende Beckmann verlas die beiden Telegramme und die Versammlung wurde bald darauf geschlossen, um den Anwesenden noch Gelegenheit zu geben, an den Zahlhabenden der Partei teilzunehmen. Man wollte sich schon entfernen, als ein Brief aus Hamburg kam, worin mitgeteilt wurde, daß in Hannover die Arbeit wieder aufgenommen ist, nachdem der Arbeiter zurückgezogen wurde und die Unternehmer einem dem Berliner ähnlichen Tarifvertrag zustimmten, daß jedoch in Hamburg die Verhandlungen noch nicht beendet waren. Der Brief war ungefähr drei Stunden vor dem Hamburger Telegramm abgegangen, also von diesem überholt worden. Jedenfalls steht fest, daß nun auch in Hamburg der Streik mit dem gewünschten Erfolg beendet ist. Die Tatsache, daß sowohl in Berlin wie in anderen Zweiggewerken die Isolierer der Firma Reinhold u. Co. eingeschlossen waren, einmütig ihren streikenden Kollegen in Hannover und Hamburg zu Hilfe zu kommen, hat offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt.

In der regelmäßigen Mitgliederversammlung, die am nächsten Mittwoch (Mittag) nachmittags stattfand, wird ausführlich über die Verhandlungen und ihr Ergebnis berichtet.

Deutsches Reich.

Die Krise.

Die Krise, die das ganze Reich beherrscht, hat auch über Ostpreußen Not und Elend gebracht. In mehreren Städten der Provinz haben daher zu Beginn der kalten Jahreszeit die Berufsverbände Eingaben an die Kommunen gerichtet, deren Inhalt die frühzeitige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten verlangte. Auch das Kartell der freien Gewerkschaften in Königsberg hat in gleicher

Absicht eine Petition verfaßt, die nunmehr an den Magistrat und an die Stadtverordnetenversammlung zur Verteilung gekommen ist. Die Arbeitslosigkeit in Königsberg war selbst in den Sommermonaten eine auffällige, am meisten davon berührt waren die Arbeiter im Zeugwerbe, und die seitens des Kartells geführten statistischen Aufnahmen nach dieser Richtung weisen erschreckende Zahlen auf. Einen weiteren Beweis für die große Arbeitslosigkeit liefern auch die Angaben des städtischen Arbeitsamts. In den Monaten von April bis September waren bei dieser Institution gemeldet 2293 offene Stellen für männliche Personen, demgegenüber fanden 5255 Arbeitssuchende, besetzt wurden aber nur 1900 Stellen. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg die Zahl der besetzten Stellen also um 3265. So sah es schon im Sommer aus. Je mehr der Herbst aber in das Land rückte, desto trostloser wurde die Lage der Arbeiter.

Die Zahl der Mitglieder aller Königsberger Krankenkassen weist gleichfalls einen erheblichen Rückgang auf; sie stand am 1. Oktober 1907 auf 31306 und am 1. Oktober 1908, trotz der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die unlandigen Arbeiter sowie Hausgewerbetreibenden (Ortsstatut vom 6. Juli d. J.) nur auf 31240, obwohl durch die Erweiterung der Versicherungspflicht circa 5000 Personen neu aufgenommen waren. Ihre besondere Verelendung erhält auch die Arbeitslosigkeit durch die gezielten Unterstützungen der freien Gewerkschaften. Die Königsberger Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranschlagte im 3. Quartal 1907 nur 874 M. Arbeitslosenunterstützung, im 3. Quartal 1908, bei fast gleicher Mitgliederzahl, aber 1190 M., und die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes veranschlagte im 2. und 3. Quartal 1908 4315 M. Arbeitslosenunterstützung, der Hofenarbeiterverband in den drei besten Quartalen des augenblicklichen Geschäftsjahres sogar 5674 M.; ihm steht aber noch das schwerste Quartal bevor. Im Königsberger Hofen ist es so einsam geworden, wie niemals in den Jahren zuvor, ebenso liegt das Buchdruckgewerbe danieder. Ueber 10 Proz. der Berufsangehörigen werden hier als arbeitslos angegeben. In früheren Jahren waren um diese Zeit keine Arbeitslosen in dieser Branche, da der Herbst die Hochkonjunktur im Buchdruckgewerbe brachte. Vom Baugewerbe ist ganz zu schweigen. Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter hatten im Sommer schon unter einer starken Arbeitslosigkeit zu leiden, die ihre Lebenshaltung bis zur Unertaglichkeit herabdrückte, so daß für sie jetzt ein geradezu verhängnisvoller Notstand beginnt. Das Gewerkschaftskartell hat das vorstehende Material in der Petition niedergelegt und mit weiteren Zahlenangaben erschöpfend erläutert, um der städtischen Verwaltung über die Arbeitslosigkeit genügende Aufklärung zu geben.

Die Petition verlangt dann in der Hauptsache:

1. In den städtischen Betrieben ist jede Ueberstundenarbeit zu vermeiden, dafür sind, soweit es möglich ist, neue Arbeitskräfte einzustellen.

2. Alle städtischen Arbeiten sind beschleunigt in Angriff zu nehmen.

3. Es sind sofort ausreichende städtische Mittel bereitzustellen, um a) Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, b) Mietzuschüsse an Arbeitslose zu zahlen, um Ermittlungen zu verhindern, c) die Speisung der Schulkinder im ausreichenden Maße zu bewerkstelligen. Diese Unterstützungen dürfen in keinem Fall den Charakter der Armenunterstützung tragen.

4. Ersucht wird, die städtischen Körperschaften mögen gemeinsam am Reichstag und Reichsrat eine Eingabe richten, bahrigehend, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Die Arbeitslosen Königsbergs und die freien Gewerkschaften sind nun aufs höchste gespannt, wie der blodfreisinnige Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung die Petition behandeln werden.

Ausland.

Internationale und akademische Streikbrecher in Kristiania.

Die Bemühungen der Dampfkrüppelpechere, in der norwegischen Arbeitererschaft Streikbrecher zu finden, sind ziemlich erfolglos geblieben. Ihre Agenten haben sich schon auf die Marktplätze von Kristiania begeben, um hier unter den Gelegenheitsarbeitern Leute zu finden, die den streikenden Hafenarbeitern in den Rücken fallen. Etwas mehr Erfolg hat man bei den Studenten gehabt. Mehrere dieser „Jünger der Wissenschaft“, namentlich angehende Theologen, haben ihre Studien im Stiche gelassen und schleppen nun als Streikbrecher im Hafen mit den schweren Frachttüden. Außerdem sind 70 Berufstreikbrecher aus England eingetroffen, und der Dampf „Kong Ring“ hat u. a. acht deutsche Streikbrecher aus Hamburg mitgebracht, oder wenigstens solche Leute, die von den Unternehmern zur Streikarbeit ausereichen worden sind. Man hat es dort ebenso gemacht wie in Kopenhagen, daß man die Leute als Dedsmannschaft einstellte, um sie in Kristiania als Streikbrecher zu gebrauchen. In allen Hafenshäden müssen die Arbeiter und Seelente auf der Hut sein, daß sie nicht durch solche hinterlistigen Machenschaften in die Lage gebracht werden, unversehens als Streikbrecher nach Kristiania verschickt zu werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Protestbewegung.

Hamburg, 12. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Hamburg und Umgegend protestierten heute sechzehn durchweg überfüllte Volksversammlungen gegen den Absolutismus und die Belastung des Volkes durch die Finanzreform. In allen Versammlungen wurden unter kürzlicher Zustimmung demokratische Reformen zwecks Beseitigung des persönlichen Regiments verlangt.

Glänzender Sieg.

Frankfurt a. M., 12. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Faber, Rechner, Schulz, Wächner und Gräß mit großer Majorität gewählt. Drei Genossen kommen in Stichwahl. Im Jahre 1906 erhielten wir bei der Stadtverordnetenwahl 890 Stimmen, bei der heutigen Wahl 1160 Stimmen.

Stadtverordnetenwahl.

Frankfurt a. M., 12. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. eroberte unsere Partei ein Mandat. Aus den übrigen Bezirken liegen noch keine endgültigen Resultate vor. Voraussichtlich gelangen wir in eine Anzahl aussichtsreicher Stichwahlen.

Erfolgreiche Fortschrittsfreunde.

Stockholm, 12. November. (B. Z. V.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Sven Hedbin in Tokio angekommen und mit Jubel empfangen worden.

London, 12. November. Ein hiesiges Blatt hat von dem Fortschrittsfreunden Dr. Stein die telegraphische Mitteilung erhalten, daß er von seinem zweijährigen Aufenthalt in Zentralasien wohlbehalten in Sonamarg nordwestlich von Srinagar (Kashmir) eingetroffen sei.

Nordprozess Giegler.

Leipzig, 12. November. (B. Z. V.) Das Schwurgericht verurteilte die des Nordes an dem Buchhändler Paul Giegler angeklagte Miina Doell wegen Totschlages in Verbindung mit einem Giftverbrechen zu vierzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Der mitangeklagte Schmitz wurde wegen Beihilfe zu einem Giftverbrechen zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Arbeiterministerium.

Melbourne, 12. November. (B. Z. V.) Hisher, der Führer der Arbeiterpartei, hat heute das neue Bundesministerium gebildet. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

100. Sitzung vom Donnerstag, den 12. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare.

Präsident Graf Stolberg: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich denjenigen, denen es noch nicht bekannt sein sollte, mitteilen, daß

eine schwere Grubenkatastrophe in westfälischen Bergwerken

stattgefunden hat. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich schon jetzt sage, daß der Reichstag das aufrichtigste Mitleid mit allen denjenigen hat, welche durch diese Katastrophe geschädigt worden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palauinseln und Marianen sowie des Schutzgebietes Samoa (Rechnungsjahr 1900).

Abg. Erzberger (Z.): Vor 4 1/2 Jahren hat der Reichstag eine schnellere Erledigung der Rechnungshafen verlangt und jetzt bekommen wir nach 8 Jahren die Rechnungen für die Schutzgebiete! Wir müssen auf einer schnelleren Erledigung bestehen. Material ist ebenfalls die Rechnungsführung zu be- anspruchen. Beamte, welche Berlin niemals verlassen haben, werden aus dem Etat der Schutzgebiete bezahlt! Dann sollte man lieber der Regierung ein Pauschquantum statt eines ausgearbeiteten Etats überweisen. Die hunderttausend Mark, welche zur Unterhaltung von Anstaltern in Südwestafrika vor acht Jahren bewilligt sind, sind ausgegeben, ohne daß, wie der Rechnungshof rügt, notwendige Nachweise und Belege für diese Ausgaben vorhanden sind! Wir können uns mit solcher nachträglichen Mäße des Rechnungshofes nicht zufrieden geben, sondern müssen energisch verlangen, daß gegen die schuldigen Beamten disziplinarisch eingeschritten wird; ebenso müssen wir verlangen, daß sie zivilrechtlich haftbar gemacht werden für diejenigen Beträge, die ohne Quittungen verausgabt sind. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Ministerialdirektor Dr. Konze: Auf die Eingelasse des Herrn Vorredners kam ich hier nicht eingehen. Das kann nur in der Rechnungskommission geschehen. Dort wird auch zu prüfen sein, ob im Wege eines Disziplinarverfahrens oder zivilrechtlicher Regressansprüche gegen einen etwa schuldigen Beamten vorzugehen ist. Im übrigen stelle ich fest, daß in neuerer Zeit die Rechnungslegung der Kolonialverwaltung wesentlich beschleunigt worden ist.

Abg. Roske (Soz.):

Die letzte Feststellung des Herrn Vorredners entbindet uns nicht von der Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, mit wie unerhörter Nachlässigkeit von der Kolonialverwaltung gearbeitet worden ist. Entschieden muß dem widersprochen werden, daß die Gouverneure und Kolonien zu der Auffassung berechtigt seien, die vom Reichstag bewilligten Gelder stellen eine Art von Pauschquantum dar. Wenn das der Fall wäre, hätte der Reichstag nicht einen spezialisierten Etat ausgearbeitet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein unverantwortlicher Skandal

Ist es, daß jahrelang in Berlin Kolonialbeamte gefessen und ruhig ihre hohen afrikanischen Bezüge weiter in die Tasche gesteckt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Tatsachen, die vom Rechnungshof gerügt sind, erinnern uns an die Zeiten der allerhöchsten Kolonialsklumpererei. In Südwestafrika scheint man es nicht für notwendig gehalten zu haben, die allereinfachsten Regeln einer geordneten Rechnungsführung zu beachten. Im vorigen Jahre wurde uns in der Budgetkommission mitgeteilt, daß für Millionen der in Südwestafrika verausgabten Summen nicht nachzuweisen ist, wo das Geld geblieben ist. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß in Ostafrika Hunderttausende von Mark verausgabt worden sind, trotzdem sie der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hatte! Der Gouverneur hat einfach, unbestimmt um die Beschlüsse des Reichstags, die Summen ausgegeben, und es ist zweifellos für uns von Interesse, festzustellen, daß der damalige Gouverneur unser jetziger Kollege v. Liebert ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja wiederholt das zweifelhafte Vergnügen gehabt, Herrn Liebert hier als Kolonialfachverständigen ausspielen zu sehen. Diese Feststellungen sind jedenfalls geeignet, die Sachverständigkeit und die ganze Amtsführung des Gouverneurs Liebert in einem außerordentlich bezeichnenden Lichte erscheinen zu lassen. Ich schließe mich der Frage des Herrn Kollegen Erzberger an, was die Kolonial-

verwaltung angeht, dieser Skandalösen Feststellungen zu tun gedenkt.

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie, in bezug auf einen Reichstagsabgeordneten nicht den Ausdruck „Skandalöse Feststellungen“ zu brauchen. (Murr bei den Sozialdemokraten, Bravo! rechts.)

Abg. Roske (fortfahrend): Wie die Amtsführung des Gouverneurs Liebert zu charakterisieren ist, kann ich nach diesen Feststellungen ruhig dem Hause überlassen. Jedenfalls wäre es von großer Wichtigkeit, zu erfahren, ob in dem Disziplinarrecht nicht Bestimmungen darüber enthalten sind, daß ein Beamter, der in schroffem Gegensatz zu den Beschlüssen der Volksvertretung handelt, unter Anklage gestellt werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gamp (Rp.): Ich glaube, daß das Haus, dem der Vorredner das Urteil über die Vorläufige in Ostafrika überlassen hat, seine Äußerungen in keiner Weise billigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Sehr richtig! rechts.) Man mag über manche Vorläufige urteilen, wie man will, die Verdienste des damaligen Gouverneurs sind so außerordentlich groß, daß die Sympathien des Hauses ihm unter allen Umständen verbleiben. (Bravo! rechts, erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich frage irgend jemand im Hause, ob es möglich ist, im Falle eines fehlgeschlagenen Quittungen über alle Sachen, die verausgabt sind, beizubringen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie, jetzt nehmen Sie das zurück, weil Sie einsehen, daß es Unsin ist.

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter...

Abg. Gamp: Ich nehme den Ausdruck zurück! (Große Heiterkeit.) Wir werden ja in der Rechnungskommission genügend Auskunft bekommen. Jedenfalls ist bei der Rechnungslegung aus den Kolonien ein anderer Maßstab anzulegen als bei der Rechnungslegung im Deutschen Reich.

Abg. Dr. Görde (natl.): Gerade jetzt, wo wir dem Volke große Lasten auferlegen wollen und müssen — wir können ja gar nicht anders — haben wir alle Veranlassung, sorgfältig zu prüfen, daß die großen Summen, welche hinaus gehen, in bezug auf ihre Verwendung wenigstens richtig geprüft werden.

Abg. Erzberger (Z.): Es handelt sich hier nicht um Dinge, die wegen kolonialer Eigenart, will ich einmal sagen, keine korrekte Rechnung betragen, sondern um sehr einfache zu budende Dinge. Für die 100 000 Mark zur Unterhaltung an Anstaltern mußten unbedingt Quittungen da sein, da das Geld fort ist. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Dr. Arnung (natl.): Man sollte doch bedenken, daß es sich hier nicht um Rechnungen aus der neuesten Zeit handelt, sondern um solche aus dem Jahre 1900, wo die Kolonien erst im Entstehen waren. Heute werden die Rechnungen jedenfalls anders aussehen. Bei Rechnungsfragen sollte man sich aber nicht auf politische Gegnerschaft stützen.

Abg. v. Liebert (Rp.): Ich bin nicht für diese Dinge allzu sehr verantwortlich; denn ich habe den Gouverneurposten schon Mitte 1900 abgegeben, und der Etat zählt vom 1. April, so daß auf meine Zeit nur etwa zwei Monate kommen. Auch bin ich als Gouverneur doch nicht allein verantwortlich.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Mit der Entschuldigung des Herrn v. Liebert ist wenig gewonnen. Ob er für zwei oder zwölf Monate verantwortlich ist, ändert an der Sache nichts. (Lebhafte Oho! rechts.) Wir wollen doch heute nicht das selbe Schauspiel erleben wie gestern und vorgestern, daß von der Stelle, die es angeht, die Verantwortung auf subalterne Stellen abgewälzt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Gamp rät doch sonst zur Sparsamkeit; aber ohne Ordnung gibt es keine Sparsamkeit. Er wünscht Verweisung der Sache an die Kommission, also Verhandlung außerhalb der Öffentlichkeit. Aber öffentlich ist gefragt nach den Quittungen für die Entschuldigungen an die Kammer und die Antwort ist noch nicht gegeben. Sie muß aber öffentlich gegeben werden. Öffentlich ist weiter gefragt, warum nach wie vor tropische Gehälter für Leute gezahlt werden, die Unter den Linden spazieren gehen. Auch hierauf muß öffentlich geantwortet werden. Es muß Ordnung herrschen, wie in Deutschland so auch in den Kolonien. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Ich frage Herrn v. Liebert, wer denn die Gelder für die ostafrikanische Zentralbahn ausgegeben hat, trotzdem sie der Reichstag nicht gebilligt hat. Mir ist mitgeteilt, daß Herr v. Liebert das getan hat! (Hört! hört!) Sehr bezeichnend ist, daß Herr Liebert jetzt die Verantwortung auf Subalternbeamte abschieben will. (Sehr wahr!) Herr Gamp meinte, es komme bei allen diesen Prüfungen doch nichts heraus. Ist ihm denn nicht bekannt, daß zum Beispiel erst vor kurzem Börmann zur Zurück-

zahlung von zu viel eingenommenen 750 000 Mark verurteilt worden ist? (Hört! hört!)

Abg. v. Liebert (Rp.): Ich muß es ablehnen, mich hier weiter zu verteidigen, ich glaube, ich bin dazu gar nicht berechtigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Chef der Kolonialverwaltung, der mich entbinden könnte, ist nicht hier. Was die Zentralbahn anlangt, so möchte ich doch glauben, daß damals von Berlin aus Anordnungen, Binde gelommen sind. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir haben leichte Arbeiten vorgenommen für den Fall, wenn das Defizit von Berlin käme, daß die Bahn gebaut werden soll. Bei anderer Gelegenheit, vor der Kommission oder sonst bin ich zu jeder Auskunft bereit.

Ministerialdirektor Dr. Konze betont, daß die Belegung von Ausgaben durch Quittungen selbstverständlich unerlässlich sei, und legt dar, daß die Rechnungen aus der Zeit des südwestafrikanischen Krieges in mehreren Kisten aus Afrika angekommen seien und durch ein besonderes Bureau geprüft wurden.

Abg. Roske (Soz.): Den Entschuldigungsgründen des Herrn Arnung müssen wir entschieden entgegenstellen. Wenn der Reichstag sein Kontrollrecht wahren will, muß er darauf bestehen, daß nicht mehr Geld ausgegeben wird, als er bewilligt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß können im Kriege Rechnungen verloren gehen; aber hier handelt es sich um fehlende Nachweise für viele Millionen. (Hört! hört!) Die Person des Herrn Liebert ist uns gleichgültig, für uns handelt es sich darum, daß der Gouverneur von Ostafrika Gelder, deren Bewilligung der Reichstag abgelehnt hatte, ausgegeben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die rührende Bescheidenheit, die sich Liebert auferlegt, ist recht bedauerlich. Die Bedeutung des Herrn Liebert, es sei damals ein Wink von Berlin gekommen, die nicht bewilligten Gelder zu verausgaben, wirkt ein bezeichnendes Licht darauf, wie manchmal Beschlüsse des Reichstages von der Regierung beachtet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Diskussion. Die Rechnung geht an die Rechnungskommission.

Es folgen

Petitionen.

Auf Antrag Wassermann (natl.) werden eine Anzahl Petitionen, die sich auf die Reform der Zivilprozessordnung und auf ein Automobilstraßengesetz beziehen, den betreffenden Kommissionen als Material überwiesen.

Hierauf wird die Beratung der Petition der Vereinigten Bergarbeiterverbände betreffend schwarze Listen und Ueberschichtenwesen im Bergwerksbetriebe fortgesetzt.

Abg. Behrens (Witf. Vg.) gedenkt des neuesten Bergarbeiterunglücks und hofft, daß es gelingen wird, möglichst viel Arbeiter zu retten. Redner kritisiert des weiteren das Vorgehen der Bergwerksbesitzer mit schwarzen Listen, das gegen die guten Sitten und gegen die Gesetze verstoße.

Abg. Sachsse (Soz.):

Zunächst will ich dem Herrn Präsidenten und dem Hause Dank dafür aussprechen, daß sie heute der verunglückten Bergleute gedachten, was wir bisher noch nie erlebt haben. Die Bergarbeiter werden es begrüßen, daß der Reichstag so schweren Unglücksfällen mehr Aufmerksamkeit zuwendet als früher. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Bergwerksbetriebe ist sehr groß. Sie betrug im Jahre 1907, obgleich sich nur wenige große Unglücksfälle ereigneten, 1700. Mit schuld an diesen Verunglückungen ist auch das Ueberschichtenwesen, um dessen Beseitigung die Petenten bitten.

Die Unfälle im Bergwerksbetriebe

sind von 12,10 pro Tausend im Jahre 1900 auf 15,71 im Jahre 1908 gestiegen. Ich bitte das Haus, der Petition beizutreten, damit die Regierung den Uebelständen durch geeignliche Maßnahmen Rechnung trägt. Es wird gesagt, solche Vorschriften seien nicht nötig, nachdem durch Artikel 4 der preussischen Vergesehnovelle ein Gesundheitsbeitrag geschaffen sei, der die Ueberschichten jederzeit verbieten könne. Dieser Beitrag steht aber lediglich auf dem Papier, er ist seit den drei Jahren meines Wissens noch gar nicht zusammenberufen worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Arbeitgeber tun so, als wenn sie sich durch die schwarzen Listen gegen ein rigoroses Vorgehen von Arbeiterverbänden wehren müßten. Die schwarzen Listen aber, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt sind, sind zu einer Zeit geschaffen worden, wo die Arbeiterorganisationen weder in eine Bewegung eingetreten waren, noch mit Streik drohten. Ja, noch ehe in Deutschland ein Bergarbeiterverband bestand, sind die Zeichenherren mit schwarzen Listen und Aussperrungen vorgegangen. Ein Geheimdokument der obersteherischen Grubenmagnaten vom 11. August 1906 beweist, daß die Unternehmer auch gegen die Beamten

Kleines feuilleton.

Leo Tolstoi und die russische Zensur. In einem Petersburger Blatte erzählt ein früheres Redaktionsmitglied der „Ruslaja Njwa“ von Leo Tolstoi und der Zensur in den 80er Jahren. Im April 1889 erhielt der Redakteur der genannten Zeitschrift, S. A. Jurjew, von Tolstoi das Manuskript eines längeren Artikels zur Veröffentlichung zugesandt. Es war die Abhandlung „Meine Beichte“, die erste von den religiösen Schriften Tolstois. Jurjew nahm den Artikel in das Maiheft seiner Zeitschrift auf; die Oberprüfverwaltung verbot aber die Veröffentlichung der Nummer und übergab dem geistlichen Zensurkomitee in Moskau die Prüfung des beanstandeten Artikels. Mehrere Wochen vergingen, das Juniheft war bereits ausgegeben, da erst erfolgte die Entscheidung der geistlichen Zensur. Sie lautete auf Entfernung des Artikels aus der schon gedruckten und broschürten Nummer. Der Inspektor der Moskauer Druckereien überwachte sorgsam das Fortschreiten; der infrimmierte Artikel wurde in seinem Weisem aus allen Exemplaren des Maiheftes ausgeschnitten; die ausgeschnittenen Druckbogen wurden verpackt, versiegelt und hierauf der Oberprüfverwaltung in Petersburg zugesandt, um dort vernichtet zu werden. Die Oberprüfverwaltung, deren Chef damals Feoktistow war, dachte indessen nicht daran, die ganze Sendung dem Feuerode zu überliefern. Viele Abzüge des verbotenen Artikels wurden von ihr hochgestellten Personen überlassen und kurzzeitig bald in den höchsten Kreisen Petersburgs. Auch in der Redaktion der Moskauer Zeitschrift waren Korrekturenabzüge des Artikels zurückgelassen. Von diesen Abzügen wurden viele Abschriften gemacht und dann auf hektographischem und lithographischem Wege vervielfältigt. Die Abschriften waren bald im ganzen Lande verbreitet. Ein Kreis von Studenten besaßte sich in Petersburg mit ihrer Herstellung und übernahm den Vertrieb. Der Preis betrug 3 Rubel für das Exemplar. Man konnte „Meine Beichte“ in Petersburg, Moskau und anderen Städten unter der Hand kaufen. Die Niederlage dieser Ausgabe befand sich in Petersburg in der Wohnung des Schwiegervaters eines hohen Beamten, eines der Gehilfen des damaligen Ministers des Innern. Die „Ruslaja Njwa“ oati. 1882 eine Auflage von 1000 Exemplaren. Der von der Zensur unterdrückte Artikel Tolstois fand infolge des Verbots fraglos eine weit größere Zahl von Lesern als er gehabt hätte, wenn er in der Zeitschrift erschienen wäre.

Rechtlich erging es 1883 Tolstois Abhandlung „Mein Glaube“. Sie war in Buchform erschienen, wurde aber zensuriert und dann — ansatz verbrannt zu werden — in den Beamten und Hofkreisen verbreitet. Dieselben Personen, die die Schriften Tolstois verboten, sorgten so für ihre Erhaltung und Verbreitung.

Der Streik der Musiker. Durch einen unerwarteten Streik der Mitglieder der meisten Theaterorchester in Mailand ist das

dortige Theaterleben jetzt um eine eigenartige Form der Opernaufführung bereichert worden: man spielt die Oper ohne Orchester, und nur die Klänge eines eilig herbeigeschafften Klavieres begleiten den Gesang der Darsteller. In verschiedenen Theatern kam es zu lärmenden Szenen. Das Dal Verme-Theater war nahezu ausverkauft, die „Carmen“-Aufführung sollte beginnen, allein im Orchesterraum sah man nicht einen Musiker und das Publikum wurde ungeduldig. Nach einer Weile erschien der Direktor an der Rampe, und nachdem er sich mühsam etwas Ruhe verschafft hatte, verkündete er den Streik der Orchestermitglieder, denn er aber durch sofort eingeleitete Unterhandlungen innerhalb einer Viertelstunde bezulegen hoffte. Allein die Bemühungen blieben fruchtlos, kein Musiker kam und nur mit Hilfe der Polizei konnte das Theater geräumt werden. Dieselbe Szene spielte sich im Fossati-Theater ab, wo einige Besucher schließlich vorschlugen, die Vorstellung mit Klavierbegleitung zu geben. Dasselbe geschah im Teatro Virico und im Olympia. Am nächsten Tage verkündeten Plakate, daß die Opern einzustreichen nur mit Klavierbegleitung gegeben werden könnten, aber die Mailänder haben offenbar mit der ersten Erfahrung genug und die Theater sind leer. Die Musiker beharren auf ihrem Standpunkt, und wenn es den Direktoren nicht gelingt, Abhilfe zu schaffen, werden sie sich dazu entschließen müssen, ihre Häuser bis auf weiteres leer zu setzen.

Humor und Satire.

Die freie Meinung.

— Oriand: Wie kann man nur behaupten, daß in Frankreich keine Meinungsfreiheit herrscht... Der beste Beweis für die Freiheit der Meinungen ist es doch, daß man sie nur zu wechseln braucht, um Minister zu werden.

— Jesuiten von gestern: Gott hat dem Menschen den freien Willen gegeben. Der Mensch hat die Freiheit des Denkens. Aber die Kezerei ist kein Gedanke, sie ist ein Verbrechen. — Die Jesuiten von heute (Clemenceau und Konforten): Es gibt keine Verbrechen der Meinungen; aber der Antimilitarismus ist keine Meinung; er ist ein Verbrechen.

— Die Klausel Clemenceau als Gefängniswärter zu den Opfern seiner Unterdrückungspolitik, die hinter einem Gitter eingeperrt sind: „Dast Ihr nicht immer die Freiheit gehabt, zu denken, was Ihr wolltet? Alles, was man von Euch verlangte, war nur, Eure Gedanken bei Euch zu behalten.“

— Alle Meinungen sind frei, aber jeder hat die bürgerlichen Dogmen zu respektieren, als da sind: Die Ordnung (die Soldaten stehlen), die Fahne, die Moral (Symbol: Freigeblichkeit), die Justiz (Symbol: der Knobelbecher), die Regierung, die Polizei und das Gesetz (Symbol: ein Gesetzgeber mit verbundenen Augen, der auf dem Seile tanzt und jongliert).

(L'Affiette au beurre.)

Notizen.

— Vorträge. Im Schilleraal, Charlottenburg, findet am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, ein Heinrich Heine-Abend mit Vortrag, Rezitation und Gesang statt.

— Eine Bauausstellung, die auch eine kleine Wissenschaft künstlicher Art enthalten soll, beabsichtigen die beiden Berliner Architektenvereine in drei Jahren zu veranstalten. Die Architekten beabsichtigen damit den Kunstgewerbler ein kleines Paroli zu bieten und die Führung wieder an sich zu reißen. Für die Menschheit, die in den Mietkasernen zu wohnen verurteilt ist und von den modernen Möbeln nur die hübschen Beschreibungen oder höchstens den gelegentlichen Anblick hat, hat dieser Wettkampf nichts Beunruhigendes.

— 200 000 Mark für einen Rembrandt wurden in der Kunstauktion der Gesellschaft für Literatur und Kunst bezahlt. Das versteigerte Bild stellt den Apostel Philippus dar, wie er den Kammerer der Königin Condace taucht. Dieser gleichgültige Vorgang hat Rembrandt nur als Wortwand gedient, um seine Licht- und Farbenträume zu einem phantastischen Mischen zu verwirklichen. Früher galt ein Bild in der Oldenburger Galerie, das denselben Gegenstand von der Gegenseite darstellt, für das Original. — Armer Rembrandt! In seinen Lebzeiten haben seine sehr unwilligen Versteigerungen keine solchen Preise erzielt. In Armut und Not war sein Alter gekleidet und sein Tod war eine Rettung vor dem Hunger.

— Auf in den Kampf, Toreros. Die spanischen Gladiatoren, die Toreros, die für viel Geld die Stiere megeln und die spanische Art des Heldentums darstellen (unsere starken Männer, denen wir diese Gelegenheit zur Betätigung empfehlen möchten, haben's freilich bequemer), wollen das Risiko ihres Geschäfts vermindern. Wie die „Zef. Jg.“ aus Madrid erzählt, haben sie eine Vereinigung gebildet und sich vorgelegt, die Stiere der Mirazucht, die besonders wild und gefährlich sind, ungehoren oder vielmehr ungetödtet zu lassen und es nur noch mit den harmloseren Rassen aufzunehmen. Jedes der spanische Gemäde will für sein Geld Gefahren und Blut, und so haben die vermögenden Profiteure der Arena beschloffen, alle Kämpfe zu boykottieren, in denen keine Miraztiere geschundene Köpfe ausspießen und den Heldenmut des Toreros herausfordern.

— Eine neue Eisenbahn in Palästina. Das Carmelgebirge und der See von Galiläa sind durch eine bereits im Betrieb befindliche Eisenbahnstrecke verbunden. Diese soll nun über Samaria nach Jerusalem weitergeführt werden. Eine der wichtigsten Stationen wird der Ort Nabhus sein, der dem alten Schemem entspricht. Durch den Ausbau dieser Bahn wird der Touristenverkehr von Beirut und Carmel aus per Bahn nach Damaskus und dann zurück nach Galiläa ermöglicht werden, wobei viele von den biblischen Städten in Samaria und Judäa besucht werden können; bei Joppe wird dann die Küste wieder erreicht.

mit schwarzen Listen vorgehen. Die Unternehmer werden in dem Kundenschein aufgefordert, alle Techniker zum Austritt aus dem Technikerverband zu veranlassen, weil auch dieser Verband geeignet sei, den Frieden im Gewerbe zu stören. (Hört! hört! links.) Ich lege hier wieder

die neueste schwarze Liste

vor, die wiederum gegen 5200 Namen enthält. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben keinen Paragraphen gefunden, um gegen die Bergherren und Zechenverwaltungen vorzugehen. Handelte es sich um Arbeiter, so würde man schnell einen Paragraphen finden, wenn keinen anderen, so den Groben Ungehörigkeitsparagraphen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Terrorismus der Herren richtet sich aber nicht nur gegen die Arbeiter. So droht der Bergbauverein für Niederschlesien, weil der Görtzler Magistrat nach Arbeitern ansonst, oieim dafür Repressalien an. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wahrscheinlich sollen nach Görtz keine Kosten mehr geliefert werden. (Heiterkeit.) Trotz des Ueberflusses an Arbeitskräften, der gerade jetzt vorhanden ist, zieht man Arbeiter aus dem Auslande heran; so hat die Landarbeiter-Zentrale eine Filiale in Osnabrück, also mitten im Industriegebiet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf der neuesten schwarzen Liste, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, finden sich 161 Namen von Arbeitern der Firma de Wente. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieselbe Firma, welche 161 Leute wegen Lumpereien für sechs Monate auf die Straße wirft, wendet sich an den Vorkämpfer der Arbeiternachhilfe des Herrn v. Bodelschwingh um Arbeitskräfte. Wenn die Schachtmacher nicht endlich in sich gehen, wenn die Regierung ihr Ohr verschließt, wenn der Reichstag die Petitionen nicht einstimmig dem Reichskanzler zur Verlesung überweist, so machen sich Schachtmacher, Regierung und auch das hohe Haus mitschuldig an dem Fortbestehen dieser himmelschreienden, dieser schamhaften Zustände im Bergbau. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raden (R.): Die Katastrophe sollte uns ein mahnendes Menetekel sein. Wir verlangen nach wie vor reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts, nachdem die Landesgesetzgebung völlig versagt hat. Die Kritiken meiner Vorredner trafen fast überall zu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die gesetzlichen Vorschriften sollten auch für die Zechenverwaltungen maßgebend sein. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Gohlein (fr. Bg.): Die Katastrophe sollte uns zum Eintreten für die Forderungen der stets arg gefährdeten Bergarbeiter bewegen. Die schwarzen Listen sind geradezu die Wiedereinführung der gebelmen Personalisten. Da die Schachtmacher ihrerseits die Arbeiterorganisationen nicht anerkennen wollen, so muß die Gesetzgebung eingreifen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Schubert (natl.): Es ist tief bedauerlich, daß gerade am Tage der furchtbaren Katastrophe der beklagenswerte Zwiespalt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Berggewerbe hervortreten mußte. Auch wir empfehlen die Petition zur Berücksichtigung, obwohl mangelhafte Uebersetzungen in ihr enthalten sind. Auf den schwarzen Listen stehen meist arbeitsscheue oder wegen Verfehlungen entlassene Arbeiter.

Abg. Que (So.):

Ich kann mitteilen, daß nach einem mir zugegangenen Telegramm das Grubenunglück nicht so viele Opfer gefordert hat, wie man annahm. Aber ich muß auch feststellen, daß

auf derselben Zeche schon vor 14 Tagen eine Schlagwetterexplosion stattgefunden hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und daß in den letzten Monaten außerordentlich viel Klagen der Arbeiter über Mißstände auf dieser Grube laut geworden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als in der „Bergarbeiterzeitung“ ein Artikel erschien, der den Grubenherren mißfiel, schobete die Bergbehörde nach dem Verfasser des Artikels. Was geht das Bergbehörde an? Sie soll darauf achten, daß solche beklagenswerten Unfälle nicht vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kennzeichen für sie ist, daß kein Vertreter hier zur Stelle ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schubert behauptet, daß die zum Vergleich unglücklichsten Jahre in der Petition herangezogen sind. Das ist nicht wahr; die Petition ist vielmehr bei allen Zahlen sehr sachlich zusammengestellt. Die Senkung des Lebensalters der Bergleute stellt eine große Einbuße an Nationalkapital dar. In dem Bestreben, den häufigen Wechsel der Arbeiter einzudämmen, sind wir mit den Vertretern der Industrie einig. Wenn aber Herr Schubert sagt, die Absicht der Unternehmer dabei ist, Unglücksfälle zu verhüten, nun warum wehren sich dann die Herren mit Händen und Füßen gegen jede Einrichtung zum Schutz der Bergleute? Daß die Verhütung von Unglücksfällen das Leitmotiv der Unternehmer ist, nun, wer das glaubt, kriegt einen Taler. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Interessant war es, daß Herr Schubert sagte, die Bergarbeiter wechseln deshalb so häufig ihre Stellung, um sich dem Gerichtswohls zu entziehen. Das Material, das er hierüber beibrachte, zeigt geradezu erschreckend die Betarmung der Arbeiter. Wir werden nicht verschelen, dies uns noch unbekanntes Material zu berichten.

Herr Schubert sagt, wer auf der schwarzen Liste steht, sei nicht für 6 Monate ausgesperrt, sondern könne auf der alten Zeche wieder angenommen werden. Das heißt, er soll wieder in das alte Loch, sich beugen unter die Herren, die Ankläger, Richter und Strafvollstreckter zugleich sind. Mit dieser faulen Ausrede des Verbandes will man nur verdecken, was man den Reuten fürchterliches getan. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Behauptung, daß nur kontraktbrüchige Arbeiter auf die schwarzen Listen kommen, ist falsch. Das unerbittliche Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern schon Herr Schubert auf die „Verheerung“ durch die Gewerkschaften. Das ist mir erklärlich, wenn er „Kontraktbruch“ und „Insubordination“ in einem Atemzug gebraucht. Die Bergherren stehen eben in den Bergarbeitern nicht freie Arbeiter, sondern Untergebene. Herr Schubert betont, er sei von Bergarbeitern gewählt worden. Genuß, aber mit welchen Mitteln! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden noch Seltsamkeiten finden, die satirischen Wahlsprüche hier zu besprechen. Man hat dort die Leute zur Hundedemut, zur Heuchelei erzogen. Sie sehen in dem Vorgesetzten nicht den gleichgestellten Staatsbürger, sondern einen Mann, dem man auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird eine ernste Würdigung des Unglücks von Raddob sein, wenn wir diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) polemisiert gegen den Abgeordneten Schubert.

Abg. Hengsbach (So.):

Der Abg. Schubert glaubte, an den Grubenherren hier eine Rohrenwäsche vorzunehmen zu müssen. Die ist aber täglich mangelhaft. Das Blaumachen beurteilen auch wir, ebenso wie die Heucheleien. Der Arbeiter, der regelmäßig zur Arbeit kommt, soll keine Ueberschichten machen, sondern die Arbeitszeit einhalten. Wenn aber ein junger Arbeiter in jugendlichem Leichtsinne einmal blau gemacht hat, ist es dann nicht eine unerhörte Strafe, ihn für 6 Monate auszusperrern? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schubert sagt freilich, ein ausgesperrter Arbeiter liegt nicht 6 Monate auf der Straße, sondern kann auf der alten Zeche wieder angenommen werden. Darauf haben meine Freunde ihm schon erwidert. Wenn übrigens der Arbeiter wieder angenommen werden soll, warum wird er dann erst abgeleigt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter behauptet Herr Schubert, nur kontraktbrüchige Arbeiter kommen auf die schwarze Liste. Ich kann Ihnen zahlreiche Fälle anführen, wo Arbeiter

trotz ordnungsmäßiger Kündigung auf die schwarze Liste gekommen sind. Fortgesetzt Klagen die Arbeiter in den großen Bergarbeiterversammlungen unter voller Namensnennung der betreffenden Zechen, daß sie trotz ihrer ordnungsmäßigen Kündigung auf die schwarze Liste gesetzt sind. Schon in der Sitzung vom 4. No-

vember führte ich einen Fall an, in dem sich bei Robert u. Co. ereignet hat. Wegen eines angeblich unrichtigen Artikels im „Bergknappen“ wurden vier Arbeiter zur Rede gestellt. Sie kündigten deshalb, und zwar ganz ordnungsmäßig, und deshalb wurden sie auf die schwarze Liste gesetzt. Ganz ebenso liegt der von mir angeführte Fall vor der Güte „Rhönig“ bei. Dort wurde einem Arbeiter beiseite, daß er sich als fleißig und zuverlässig erwiesen habe, daß seine Führung einwandfrei gewesen sei; trotzdem ist er auf die schwarze Liste gesetzt. Wie man gegen die Arbeiter verfährt, zeigt sich deutlich in der Spruchkammer zu Grimmsdorf bei Röhde. Der katholische Arbeitersekretär wird dort von der Vertretung eines Arbeiters zurückgewiesen. Der Rechtsanwalt der Firma Krupp aber, ein Herr, der zweispännig an und abfährt, und der nur von diesen Vertretungen lebt, wird zugelassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesen Zuständen muß aufgeräumt werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darmit schließt die Diskussion. Die Interpellation wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokratie betreffend Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Krise.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress des Reichstages hat gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten vereinbart, daß die erste Beratung der Finanzreform am Donnerstag nächster Woche beginnen soll. Die Hinausschiebung ist nötig, weil die Begründung der Vorlage noch nicht eingegangen ist; man hofft die Begründung bis Anfang nächster Woche liefern zu können. Sämtliche Steuergesetze sowie das Finanzgesetz, die in der Generaldiskussion gemeinsam beraten werden, gehen an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Nach Erledigung der Arbeitsloseninterpellation, die heute und morgen verhandelt wird, tritt eine Pause in den Sitzungen ein, die bis einschließlich Mittwoch (Vinstag) nächster Woche dauert.

Die Interpellation des Zentrums (schwarze Listen) wird zunächst noch nicht zur Verhandlung kommen, da der Staatssekretär des Innern noch einige Zeit zur Information verlangt hat. Wenn möglich, sollen noch vor der Weihnachtspause mehrere Sachverständige stattfinden und einige kleinere Vorlagen erledigt werden. Jedenfalls aber wird vor den Ferien der Etat für 1909 — dessen Einbringung am 2. Dezember erwartet wird — sowie die Beamtenbefolgungsvorlage in erster Lesung beraten werden, damit diese Vorlagen der Budgetkommission überwiesen werden können.

Für den Beginn der Weihnachtserien ist der 10.—12. Dezember in Aussicht genommen.

Wahlprüfungskommission des Reichstages. Die Kommission beschloß, die Gültigkeit der Wahl des in Breslau-Kaumarkt gewählten Abg. Karl Graf v. Cormer beim Plenum zu beantragen und den gegen die Hauptwahl vorliegenden Protest für erledigt zu erklären, da selbst wenn alle Protestpunkte als wahr erwiesen würden, die Gültigkeit der Wahl bei dem großen Vorprung im ersten Wahlgang und bei der großen Mehrheit, mit welcher er gewählt wurde, nicht in Frage gestellt würde.

Anderes stand es mit der Wahl des Abg. Defer für Frankfurt am Main. Defer siegte in der Stichwahl mit einer Mehrheit von nur 1440 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Duara. Der von sozialdemokratischer Seite eingereichte Wahlprotest behauptet eine Menge Verstöße und Wahlbestechungsverläufe, die aber mit einigen Ausnahmen entweder für unerheblich oder für nicht genügend substantiiert erachtet und demgemäß zurückgewiesen wurden. Nun hat zwischen Haupt- und Stichwahl Hauptmann Vandmann in einer im Zoologischen Garten zu Frankfurt abgehaltenen Versammlung des Kriegervereins für die Kandidatur Defer gesprochen. Die Kommission hält diese Protestbehauptung für erheblich. Um aber erkennen zu können, welchen Einfluß diese Rede auf das Wahlergebnis gehabt haben könnte, wurde die Wahlprüfungskommission über die Wahl ausgefragt. Dagegen soll auf telegraphischem Wege festgestellt werden, wie stark der genannte Kriegerverein ist und wie stark die Versammlung besucht war.

Die Lehrerbefolgungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses legte am Mittwoch die Generaldebatte über den konservativen Antrag bezüglich der Befolgungsklassen fort. Dabei stand die Frage, ob es sich um eine Verfassungsänderung handelt, im Vordergrund. Die Staatsregierung weist die Befolgungsklassen zurück, weil dadurch dem Staate unerwünschte Lasten auferlegt würden. Hier scheint die Regierung die Absichten der konservativen Antragsteller nicht recht erfasst zu haben; denn diese gehen außer auf Schaffung der Befolgungsklassen für die einzelnen Provinzen noch dahin, den sogenannten leistungsfähigen Gemeinden auch sämtliche Staatszuschüsse, also auch für Pensionen, zu entziehen und den leistungsunfähigen Provinzen noch außerdem zu überweisen. Aus den auf diese Art geschaffenen Fonds würde nach den Ausführungen des Reichstags v. Jedlich die Provinz Brandenburg 5 Proz., die Provinz Ostpreußen aber 85 Proz. Zuschuß zu ihren sonstigen Beiträgen erhalten! So bestehend bei oberflächlicher Betrachtung die Befolgungsklassen auch sein mögen, in Wirklichkeit läuft die ganze Sache auf einen neuen Raubzug der Junker hinaus. Auch insofern bleibt der reaktionäre Geist bestehen, als in den Neuerungen konservativer Redner ganz deutlich zum Ausdruck kam, daß im Schulaufsichtswege dafür gesorgt werden müsse, daß die Gemeinden mit der Klassenfrequenz nicht zu weit hinabgehen. Also die Ueberfüllung der Klassen soll bleiben, wenn den Bezirken nur das Geld überwiesen wird!

Interessant war die Mitteilung des Ministerialdirektors, daß 10 Jahre lang (und zwar bis 1902) keine einzige neue Lehrerepräsentantenanstalt eingerichtet wurde, obwohl in jenem Jahrzehnt die Bevölkerung eine sehr große Zunahme erfahren hat. Auf diesen Umstand soll der heutige Lehrermangel zurückzuführen sein, betriebe nicht auf die jetzige Schulverwaltung! Ohne Abstimmung wurde festgestellt, daß sich die Majorität gegen die Befolgungsklassen erklärt hat.

Am Donnerstag setzte die Kommission die Beratung fort. Die Debatte drehte sich zunächst um die Frage, ob die beantragte Streichung des ganzen ersten Ablasses im jetzigen geltenden Gesetze „Die an einer öffentlichen Volksschule endgültig angestellten Lehrer und Lehrerinnen erhalten ein festes, den örtlichen Verhältnissen und der besonderen Anstellung angemessenes Dienstvermögen“ eine Verfassungsänderung darstellt.

Zwar wurde am Schluß, trotz Widerspruch der Regierung, die Streichung durch die Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen, es ist aber durchaus nicht sicher, ob die zweite Lesung nicht ein anderes Ergebnis zeitigen wird. Dies ist um so mehr zu erwarten, als auch die Worte „nach den örtlichen Verhältnissen“ missverständlich sind, wogegen die Regierungsvertreter lebhaftes Einwenden erhoben.

In einer kräftigen Auseinandersetzung führte der § 2, der die wichtige Frage der Festsetzung der Grundgehälter der Lehrer regelt. Die Freikonservativen beantragten, das Anfangsgehalt für Lehrer auf 1400 M., für Lehrerinnen auf 1100 M. festzusetzen. In ähnlicher Richtung bewegt sich ein freisinniger Antrag. Gegen die beiden Anträge wendet sich in sehr beweglichen Worten der Finanzminister, der dauernd in den Sitzungen anwesend ist. Er legte dar, daß der Antrag der Freikonservativen noch 30 Millionen und der freisinnige Antrag 33 Millionen über die Regierungsvorlage hinaus erfordern würde; das würde der Staat nicht tragen, das könnten auch die Gemeinden nicht leisten, auf deren Verschuldung er unter Zahlenangabe hinwies. Die Ausführungen der Freisinnigen hierauf ließen erkennen, daß ihr Antrag mehr eine Wirkung nach außen haben soll und daß sie schließlich ihren Antrag fallen lassen werden.

Heranziehung der Beamten zur Gemeindecinkommensteuer. Der bereits wiederholt angeführte Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung der Beamten zur Gemeindecinkommensteuer ist dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Er bezweckt die Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten, bleibt aber auf halbem Wege stehen: Einmal sollen in Zukunft nicht nur die unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten sowie die Beamten des Hofes, nicht aber auch die Militärpersonen, Geistlichen, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener besteuert werden, und zweitens sollen die Beamten nur bis zu 100 Proz. Zuschlag zahlen. Erhebt eine Gemeinde höhere Zuschläge, so zahlen die Beamten von ihrem Dienstvermögen doch nur 100 Proz. Lediglich der auf das außerdienstliche Einkommen der Beamten entfallende Teil des Steuerumlages wird voll zu den Zuschlägen herangezogen. Diese neuen Bestimmungen gelten übrigens nur für die nach dem 31. März 1909 angestellten Beamten.

Weiter sollen alle auf statutarischen Rechten oder Privilegien gegründeten weitergehenden Befreiungen aufgehoben werden; die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits im Genusse solcher Befreiungen befindlichen Beamten behalten ihre Berechtigungen auf Lebenszeit. —

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag nach Fertigstellung des Berichtes über die bisherigen Sitzungen ihre Beratungen über die Beamtenbefolgungen bei Klasse 21 fort. Hierunter fallen unter anderem die etatsmäßig angestellten Lehrer bei den höheren Unterrichtsanstalten (einschließlich Eilfjahrtschule), welche die vorgeschriebene Prüfung als Zeichenlehrer für höhere Unterrichtsanstalten bestanden haben. Es wurde beantragt, sie in Klasse 23 zu verlegen, so daß sie statt 2100 bis 4500 M. ein Gehalt von 2400 bis 4800 M., das heißt ebensowohl wie die technischen Lehrer an Gewerkschulen beziehen sollen. Unterstaatssekretär Doubois erklärte, daß er kein Bedauern dafür anerkennen könne, da die Zeichenlehrer schon jetzt erheblich aufgebessert werden; er warnte vor den Konsequenzen des Antrages. Auch der Vertreter der Unterrichtsverwaltung wies von einem so großen Unterschied zwischen den Gehältern der genannten Lehrer und denen der Volksschullehrer nichts wissen. Trotzdem wurde der Antrag mit 15 gegen 18 Stimmen angenommen.

Bei der Debatte über verschiedene Beamtenkategorien war von der Regierung wiederholt auf die beantragte Gleichstellung der Beamten der Justiz mit denen der Verwaltung hingewiesen. Dies gab einem Redner Veranlassung, die in Widerspruch mit der verfassungsmäßigen Gleichheit stehende Bestimmung zu kritisieren, daß Juden als Regierungssekretäre nur mit besonderer ministerieller Genehmigung angestellt werden können. Eine Antwort wurde dem Redner nicht zu teil, da solche allgemeinen Fragen erst später erörtert werden sollen.

Von allgemeinem Interesse ist es, daß von einer Seite die Erklärung abgegeben wurde, man würde sich auf keinen Fall durch etwaige Beschlüsse des Reichstages zu weiteren Gehaltssteigerungen drängen lassen. Diese Erklärung ist um so verwunderlicher, als die Regierung bekanntlich nur deshalb mit der Einbringung ihrer Vorlage so lange gezögert hat, weil sie erst die Beschlüsse der Reichsregierung abwarten wollte. Man kann jedenfalls mit Aug und Recht verlangen, daß die preussischen Beamten ebenso gestellt werden wie die Reichsbeamten der gleichen Kategorie.

Die Beratungen nehmen, da noch täglich zahlreiche Petitionen eingegeben, trotz der angelegentesten Tätigkeit der Kommission einen so langsamen Verlauf, daß die erste Lesung vor Ende der nächsten Woche kaum beendet sein dürfte. Vor Beginn der zweiten Lesung muß aber noch die Deutungssfrage erörtert werden und auch darüber verlegt noch mindestens eine volle Woche. —

Die Balkankrise.

Ein Dementi.

Konstantinopel, 11. November. (Werbung des I. I. Telegraphen-Korresp.-Bureaus.) Rowakowitsch erklärt die Nachricht des „Mali Journal“ über den Abschluß eines Bündnisses zwischen Serbien und der Türkei für unbegründet.

Frankreich als Friedensstifter.

London, 12. November. „Daily Telegraph“ meldet aus Belgrad, man erwarte dort eine französische Intervention. Es verlautet, Frankreich sei bereit Oesterreich Vorschläge zu machen, zu dem Zwecke sich mit Serbien in bezug auf die wirtschaftlichen Fragen zu verständigen und bei Oesterreich größeres Entgegenkommen gegenüber den serbischen Wünschen herbeizurufen.

Rußland und die serbische Frage.

Petersburg, 8. November. (Eig. Ber.) Ein schöner Orden und mächtig warme Sympathieversicherungen sind die Erfolge, die der serbische Thronfolger durch seine „politische Mission“ in Rußland erzielt hat. Als unwiderruflich dürfen aber nur die Ordenszeichen betrachtet werden. Denn bei den Sympathie- und Unterstützungsversicherungen wurde dem serbischen Thronfolger nahegelegt, daß diese ausschließlich vom Verhalten der Serben selber abhängig seien, daß man auf russische Sympathien und Unterstützung nur in dem Falle rechnen dürfe, wenn die Serben sich zu keinem Schritte hinziehen ließen, den man als Provokation auslegen könnte. Dasselbe wurde auch dem früheren Minister Paschtsch, der den Thronfolger begleitete, und durch den russischen Vertreter in Belgrad, der serbischen Regierung erklärt. Die serbische Regierung hat freilich greifbarere Resultate erwartet. Der serbische Minister Rilowanowitsch äußerte bei der Abreise des Prinzen, daß die Reise des Thronfolgers eine tabulose Umwälzung in der Politik Jowidkys bringen müsse, sonst wäre ein Krieg unvermeidlich „trotz aller Vermählungen der serbischen Regierung“. Durch Gerüchte über Abschließung einer Militärkonvention zwischen Serbien und Montenegro über die allgemeine Bewaffnung der Bevölkerung in Montenegro und deren Bereitschaft, in Bosnien einzubringen, suchte man weniger auf die Oesterreicher, als auf die russische Regierung einzuwirken. Auch die Panflawisten in Rußland selbst gaben sich redlich Mühe, die Politik Jowidkys zu diskreditieren, eine kriegerische Stimmung, wenn nicht herbeizurufen, so wenigstens zu heucheln, um dadurch die Regierung zu größerer Entschlossenheit Oesterreich gegenüber zu bewegen. Das bemerkenswerteste dabei ist, daß die patentiert patriotischen Reaktionäre sich entschieden kriegsfeindlich verhielten, während die Liberalen aller Richtungen als Panflawisten und Apostel des Krieges auftraten. Graf W. Wobrinsh und Fürst G. A. Trubezkoj erklärten in einer Versammlung, daß die russische Regierung in keinem Falle die Oesterreichische Annexion anerkennen dürfe. „Ich bin überzeugt“, bemerkte dabei Graf Wobrinsh, „daß unsere Regierung dies auch nicht tun werde; widrigenfalls sollte man die Reichsduma sofort auflösen und uns alle verhaften lassen.“ Wenn Wobrinsh und Trubezkoj nur die Unversöhnlichkeit der russischen „Goldwertreter“ unterstreichen wollten, so trat der Rednerführer Herr Wallakow mit einem direkten Aufruf zum Kriege in derselben Versammlung auf: „Die Einmischung Rußlands in die slawischen Angelegenheiten ist eine Sache des Prinzips und der Pflicht. Dieser Pflicht nicht nachzugeben wäre ein Verbrechen. Wozu immer über unsere Schwäche klagen? Wer hat denn Rußlands Kraft gemessen?“ So sprach Herr Wallakow, derselbe Herr Wallakow, der in Fragen der inneren Politik in Ehrerbietung vor dem Jaren ersicht, der im vorigen Jahre aus Furcht vor der Regierung zur Auslieferung der sozialdemokratischen Dumafraktion bereit war! Die Regierung aber

stüßte den Herrn in seinen Angriffen auf Jzowskys Politik ebenso wenig, wie sie auch keine Lust zeigte, die Herren Bobrinsky und Trubezkoi zu verhaften, oder die so gehorsame Reichsduma aufzulösen. Im Grunde genommen war die Injanzierung der panslawistischen Demonstrationen für die Regierung und speziell für Jzowsky nur vorteilhaft. Den Friedensengel spielte Jzowsky bisher in allen Verhandlungen mit den übrigen Mächten; jetzt hat er auch Gelegenheit, sich für den einzigen Beschützer des Friedens in Rußland selbst aufzuspielen.

Das Auftreten der Liberalen erweckt ja den Schein, daß das russische Volk und das russische Parlament den Krieg wollen und daß es nur der weissen Politik Jzowskys zu verdanken sei, wenn es nicht zum Krieg kommt. Die panslawistische Heuchelei kommt also der machtlosen und feigen Politik Jzowskys nur zugute. Wenn die Regierung den panslawistischen Rednern nicht volle Freiheit gab, so geschah das in erster Linie aus Furcht vor Oesterreich und Deutschland und dann aus Furcht, Veranlassung zur Erörterung einiger unangenehmen Fragen der inneren Politik zu geben. So hat Herr Trubezkoi in seinem panslawistischen Eifer die Polenfrage berührt, Herr Bobrinsky und die Kadetten die Bedeutung des Parlaments usw. Natürlich kann die russische Regierung solche „Ueberschreitungen“ nicht dulden.

Doch außer der versprochenen „moralischen“ Unterstützung Serbien von Rußland nichts mehr zu erwarten hat, ist aus allen offiziellen Erklärungen und aus dem Verhalten der reaktionären Presse klar. Die weitere Politik Jzowskys wird ausschließlich in Verhandlungen mit Oesterreich und Deutschland bestehen, die entweder zur weiteren Nachgiebigkeit Jzowskys gegenüber den Wünschen Oesterreichs führen werden oder zum völligen Aufgeben des Planes, eine internationale Konferenz zustande zu bringen. Da Rußland keine Vorteile aus einer Konferenz zu erwarten hat, so wäre eine Erledigung der orientalischen Fragen durch Verständigungen zwischen Bulgarien mit der Türkei einerseits und der Türkei mit Oesterreich-Ungarn andererseits der beste Ausweg, um das tamponierte Ansehen der russischen Diplomatie zu beseitigen. Aus diesem Grunde hat augenscheinlich die russische Diplomatie, unterstützt von der englischen und französischen, Bulgarien den Vorschlag gemacht, sich mit der Türkei auf irgend welchem friedlichen Wege zu verständigen. Wenn Jzowsky vorläufig noch gegen ähnliche Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Türkei protestiert, so nur aus formellen Gründen. Die Schicksale der Serben und anderen Slawen kommen dabei gar nicht in Betracht.

Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 12. November, nachmittags 6 Uhr.

Zunächst soll von der Versammlung in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner die Wahl eines Mitgliedes der Abteilung I des Bezirksausschusses vorgenommen werden.

Die Wahlangelegenheit wird auf Antrag der Stadtvv. Rosenow und Liebenow in die gemischte Deputation zurückerwiesen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung für die heutige Sitzung ein.

Für Zwecke der Viehzählung am 1. Dezember 1908 beantragt der Magistrat 4000 M. zu bewilligen. Die Zählung findet in ganz Preußen statt und ist eine außerordentliche, die sich nur auf Pferde, Kühe, Schafe und Schweine erstreckt. Für Berlin haben sie Magistrat und Polizeibehörde gemeinschaftlich zu bewirken. Die Steuererheber sind zu zahlen bestellt. Sie sollen für ihre besondere Mühe die übliche Entschädigung (5 bis 10 M. je nach Größe der Arbeit pro Zahlbezirk) erhalten.

Die Versammlung stimmt zu.

Das städtische Terrain westlich der Greifswalder Straße, zwischen Ringbahn und Carmen-Silbo-Straße, wird jetzt bebaut. Das Radialsystem IX der Kanalisation soll baldigst eröffnet und die an der Carmen-Silbo-Straße neu erbaute Pumpstation in Betrieb gesetzt werden. Dazu ist die Verlegung eines Gaszuführungsröhres in der Danziger Straße erforderlich. Die auf circa 45 000 M. veranschlagten Kosten sollen aus dem Vorkaufkonto der Stadthauptkasse verauslagt und diesem 1909 aus dem Extraordinarium des Budgets erstattet werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Zum Ausbau des Weges von Heinersdorf nach Buch sollen die erforderlichen, der Stadt gehörigen Flächen unentgeltlich an den Kreis Niederbarnim, der den Weg als Chaussee ausbauen und unterhalten will, abgetreten und ein barer Beitrag von 120 000 M. geleistet werden.

Auch hier wird ohne Debatte die Zustimmung erteilt.

Zur Bewirtschaftung der neu angekauften Ländereien in Danewitz und Wilmersdorf, wofür im laufenden Etatsjahr Mittel nicht zur Verfügung stehen, ersucht der Magistrat um die Nachbewilligung von 81 150 M., die auf den Etat des Riefelder-Administrationsbezirks Schmördorf zu übernehmen wären.

Die Vorlage wird genehmigt.

Schluss 6 Uhr.

Die Disziplinarverhandlung gegen Bürgermeister Dr. Schücking.

Schleswig, den 12. November 1908.
(Telegraphischer Bericht.)

In der heute, am dritten Tage, vor dem Bezirksauschuss fortgesetzten Verhandlung kamen noch eine Reihe weiterer Einzelfälle zur Sprache. Einer der Hauptpunkte der Anklage beschäftigt sich mit den Ausführungen des Angeeschuldigten Dr. Schücking in seiner Schrift: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ über die Landräte.

Der Angeeschuldigte spricht dort von einer typischen Antipathie der Landräte gegen das städtische Wesen. Die neuere Gesetzgebung zeige, wie der alte Landratsgott sich gegen die Bürgermeister auslebe. Bei der Einmischung in städtische Angelegenheiten überschritten die Landräte unter Umständen einfach ihre Befugnisse und behandelten die Angelegenheit als polizeiliche. Sie bezügelten Verfassungsverstöße, indem sie ausschließlich durch Wenbarmerie sozialdemokratische Kalender ohne gerichtliche Verfahren beschlagnahmen ließen. Als Parlamentsmitglieder machten die Landräte sich des Raubes an der Selbstverwaltung der Gemeinden schuldig und beschlagnahmten die Rechte der Gemeinden systematisch. Das nenne die „preussische Landratspartei“. Ausbau der Kreisordnung. Die Anklage betrachtet diese Ausführungen als kränkelnde und achtungsverletzende Vorwürfe gegen die Landräte, die Vorgesetzten des Bürgermeisters. Für die einzelnen Behauptungen habe er keine Beweise angeführt. Es müsse daher als feststehend angenommen werden, daß der Angeeschuldigte diese Vorwürfe gegen den Landratsstand leichtfertig, ohne tatsächliche Grundlagen erhoben habe.

Der Angeeschuldigte Dr. Schücking hielt in längeren Ausführungen an seinen Darlegungen fest. Er berief sich auf das Zeugnis einer Reihe von höheren Regierungs- und Verwaltungsbekannt, deren Berechnung er andrängte. Die typische Antipathie der Landräte sei leicht zu begründen durch ihre Herkunft von Rittergutsbesitzern und anderen agrarisch gewonnenen Familien

und durch den agrarischen Druck, der auf unserer Regierung lastet. Bekannt sei, wie die großen Landgemeinden jahrzehntlang ringen müssen, um Stadtgemeinden zu werden. Für die Behauptung, daß die Landräte manche städtische Angelegenheit als polizeilich erfassen und damit ihre Befugnisse überschreiten, führt der Angeeschuldigte als Beweis an, daß der Landrat seines Amtes wiederholt verjagt habe, die städtische Polizei zu Potentiaten niederer Art zu benutzen. In anderen Kreisen habe ein Landrat die zu gründende Navigationschule als polizeilich, ein anderer die Stiftungsbewirtschaftungen seiner Kreisstadt als polizeilich behandelt. Ueberhaupt werde wohl jeder Landrat zugeben, daß er polizeilich als Aufsichtsbehörde mehr Einfluss auf die städtischen Angelegenheiten habe, als in irgendeiner anderen Funktion.

Was die Beschlagnahme der sozialdemokratischen Kalender

anlange, habe er nicht gesagt, daß sämtliche Landräte alljährlich diese Beschlagnahme vornehmen lassen. Wie vielsach sie aber verfassungswidrig ausgeübt werde, beweise der Aufdruck auf vielen sozialdemokratischen Kalendern: „Dieser Kalender kann vom Gendarm oder Polizeibeamten nicht beschlagnahmt werden.“ Eine genaue Statistik über rechtswidrige Beschlagnahme sei zweifellos leicht durch den sozialdemokratischen Parteivorstand zu erhalten.

Ein weiterer Punkt der Anklageschrift betrifft die Ausführungen des Angeeschuldigten in seinem Buche über die Polizeiverwaltung.

Es heißt darüber in der Anklageschrift: „Der Angeeschuldigte sagt, bei der städtischen Polizei können die Intentionen des Ministeriums des Innern viel besser verwirklicht werden. Mit städtischen Polizeiorganen könne man sogar manche provozieren, wofür sich die städtische Polizei nie hergeben würde.“ Die Anklage betrachtet diese Ausführungen als gegen den Minister des Innern, die Polizeiprääsidenten und die Polizeidirektoren gerichtet. Demgegenüber weist der Angeeschuldigte die Unterstellung zurück, die die Anklage durch die Verknüpfung zweier getrennter Sätze über die städtische Polizei konstruiert habe. Er habe nicht behauptet, daß die Intentionen des Ministers des Innern dahin gingen, Unruhen zu provozieren, er habe vielmehr nur gesagt, daß bei der städtischen Polizei die Intentionen des Ministers viel besser verwirklicht werden könnten. Er habe dann weiter über städtische Polizeiorganen überhaupt gesprochen und dabei die Möglichkeit erwogen, daß man sogar mit städtischen Polizeiorganen Unruhen provozieren könnte.“ Ich über diese Erwägung einer Möglichkeit zu enträsten, liege leider für niemand in Preußen mehr Grund vor, seit durch gerichtliche verordnete Zeugenabfragen in den Verhandlungen über die letzten sozialdemokratischen Wahlrechtsverträge auf den Straßen Berlins festgestellt worden sei, daß zu den lautesten Schreibern in den Massen polizeiliche Lockspiegel

gehörten. Es sei wohl nicht anzunehmen, daß der Ankläger den Begriff des Lockspiegels überhaupt nicht kenne. Die Affäre Wohlgenut, des preussischen Agent provocateur aus der Schweiz, der dort weilte, um Auswanderungen der von ihm bewohnten unruhigen sozialistischen Elemente herbeizuführen, habe seinerzeit die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich gelenkt.

Bei seinen weiteren Ausführungen über das polizeiliche Lockspiegelwesen stützt sich der Angeeschuldigte auf das Zeugnis des deutschen Vorkämpfers in Konstantinopel, Freiherrn von Marschall, der seinerzeit als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in den Prozessen Bekert-Bühow und Tausch seine Erfahrungen über das Lockspiegelwesen mitgeteilt habe.

Am Schluß der heutigen Beweisaufnahme wurde der Fall des Bürgermeisters Plewka behandelt. Es handelt sich hierbei darum, ob der Regierungspräsident von Dolgogorjewski durch Bürgermeister Plewka den Versuch gemacht hat, Schücking von seiner freisinnigen Landtagskandidatur abzubringen. Schücking hält hierzu den Antrag aufrecht, den Regierungspräsidenten darüber als Zeugen zu vernehmen, daß auch gegenüber einem Beamten der Versuch gemacht worden sei, ihn von einer nationalliberalen Wahlmannskandidatur abzuhalten. Hierbei ist aber zu bemerken, daß es sich nicht um eine direkte Beeinflussung durch den Regierungspräsidenten handeln soll, und daß der Beamte nicht die Stellung eines Bürgermeisters inne hatte, was nachträglich richtig zu stellen ist.

Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen und es erhält das Wort

der Vertreter der Anklage,

Regierungsrat Paarmeister. Der Anklagebetreuer läßt in seinen Ausführungen einige Anklagepunkte fallen; er hält jedoch die Anklage zum größten Teil aufrecht. Er ist der Uebergzeugung, daß die Schriften des Angeeschuldigten Uebertreibungen und Entstellungen enthalten. Was die Falschung anbetrifft, so möge zugegeben werden, daß der Angeeschuldigte sich in einigen Punkten in gutem Glauben befunden habe, da er die entsprechenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nicht gekannt habe. Außerdem habe aber auch der Angeeschuldigte in seiner Schrift Unwahrheitlichkeit seines Charakters betwiefen. Bei diesen Worten springt Bürgermeister Dr. Schücking erregt auf und ruft mit lauter Stimme, der Herr Vorsitzende möge ihn gegen derartige Beleidigungen schützen, sonst müsse er das Lotol verlassen. Vorsitzender Regierungsrat Goldschmidt ersucht zunächst den Angeeschuldigten, mit dem Gericht in ruhigem Tone zu verhandeln, bittet dann aber auch den Anklagebetreuer, Ausdrücke dieser Art zu vermeiden; es ließe sich verhandeln, auch ohne persönliche Angriffe gegen den Angeeschuldigten. Man könne der Ansicht sein, daß eine Behauptung nicht wahr sei, ohne daß man deshalb Schlussfolgerungen auf den Charakter ziehe.

Der Anklagebetreuer fährt in seinem Plädoyer fort, ohne weitere Angriffe gegen den Charakter des Angeeschuldigten zu richten. Er hob die Beamtenlosigkeit des Angeeschuldigten hervor und gab der Ansicht Ausdruck, daß der Angeeschuldigte als Beamter Staat und Behörden nicht in der Art und Weise wie es gesehen sei hätte angreifen dürfen. Auf die Richtigkeit des vom Angeeschuldigten geführten und vorgelesen vorgebrachten Tatsachenmaterials geht der Anklagebetreuer im wesentlichen nicht ein!

Aus der Partei.

Der Reichstag über den Kaiser.

Die Reichstagsverhandlungen vom 10. und 11. November, welche die Interpellationen über das Kaiser-Interview zum Gegenstand hatten, werden in syngraphischen Wortlaut vom „Vorwärts“-Verlag herausgegeben werden.

Gemeindevahlen.

In Breslau wurden bei den Stadtverordnetenwahlen, die am Mittwoch endigten, von der Sozialdemokratie drei Mandate erobert, die der konservativ-liberalen Reaktion entrißen wurden. Außerdem gelangten zwei sozialdemokratische Kandidaten in aussichtsreiche Stichwahlen. Seit zehn Jahren waren die Breslauer Proletorien durch zwei Genossen (seit 1904 Schütz und Soeb) im Stadtparlament vertreten. Jetzt treten die Genossen Heymann, Keulrich und Albert hinzu. Wenn die Genossen Wiener und Prosig in der Stichwahl siegen, so werden künftig sieben Sozialdemokraten im Breslauer Stadtverordnetenkollegium sitzen.

Neben dem erfreulichen Mandatserfolg ist ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmzahl in allen Bezirken zu verzeichnen. Sie stieg auf 5511 gegen 3216 bei der Vorwahl am 22.05.

Die „Vollwacht“ schreibt zu dem Siege:

„Der niedergeworbenen Sozialdemokratie“ in Breslau, die schon bei der Landtagswahl das Zeugnis einer robusten Gesundheit abgelegt hatte, ist es gestern gelungen, den Verlust der Reichstagsmandate durch die ersten Siege wieder auszugleichen! Die Erwartungen der Gegner, die nun auf einen „unauffälligen Rückgang“ rechneten, sind gründlich enttäuscht, es heißt jetzt auch in Breslau wieder in altgewohnter Weise: Wir marschieren!

Alles in allem kann die sozialdemokratische Arbeiterkraft mit dem gestrigen Tage zufrieden sein, sowohl mit der erreichten Stimmzahl, als auch mit den eroberten Sitzen. Unbesiegbar bleibt auf die Dauer doch immer wieder die kraftvoll sich entwickelnde, revolutionäre Sozialdemokratie!...“

Bei der am Mittwoch beendeten Stadtverordnetenwahl zu Burg bei Magdeburg erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 701 Stimmen, während der bürgerliche Kandidat unter Führung des Freiwilts 307 für seine Kandidaten aufbrachte. Die Sozialdemokratie ist nun in den Besitz des zweiten Drittels der dritten Abteilung gelangt.

In Prignitz (Brandenburg) beteiligten sich die Genossen am erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Ihr Kandidat erhielt 28 Stimmen, während die Gegner 100 bis 180 Stimmen erhielten.

Eine Anrempelung des „Vorwärts“ wegen seiner Bemerkungen zum Landtagswahlaufruf des badischen Landesvorstands hält die „Ranke“ in der „Vollstimm“ in diesem Moment für unbedeutend. Sie bedenkt uns mit einigen zweiseitigen Unbedeutendlichkeiten, die uns keinen Anlaß zu Bemerkungen geben. Auch die mutige Behauptung, daß die badische Sozialdemokratie zu 99 Proz. auf dem Standpunkt der 86 stehe, wollen wir nicht unter die Lupe nehmen. Wenn wir die Anrempelung erwähnen, so geschieht es nur, weil die „Ranke“ die badische Sozialdemokratie die Jurisdiktion, die wir uns in unseren Bemerkungen zum Landtagswahlaufruf auferlegen, mißbraucht, um festzustellen, daß der „Vorwärts“ gegen die Auffassung des badischen Landesvorstandes, daß „in den Fragen der einzelstaatlichen Politik den Landesorganisationen das entscheidende Wort vorzubehalten sei“, weiter nichts einzuwenden hat.“

Davon ist natürlich keine Rede.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Mehlisch vom „Vollstimm“ in Stettin wurde in der Verurteilung wegen angeblicher Beleidigung eines Wahlvorsitzers bei der letzten Landtagswahl zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß der „liberale“ Mann während des Wahlkampfes die Sozialdemokratie beschimpft habe, wurde zwar in allen Punkten als gesichert angesehen, aber die Jurisdiktion dieser Urteile demnach bestrafte. Das Schöffengericht hatte den Beweis nicht voll gelten lassen und auf 100 M. Strafe erkannt.

Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Jugendausbildung. Die Uebertretungen der Jugendschutzbestimmungen durch die Unternehmer bilden ein häufiges und großes Kapitel in den Berichten der Gewerbeinspektoren. Bei der gänzlich ungenügenden Einrichtung der Gewerbeaufsicht kommt natürlich nur ein sehr kleiner Teil der Vergehen zur Kenntnis der Behörde. Die Jugendlichen selber kennen die Schutzbestimmungen in den seltensten Fällen. In einer Versammlung der freien Jugendorganisation in Charlottenburg wurde festgestellt, daß in der Schraubendreherei von Dietrich in Charlottenburg Lehrling unter 16 Jahren regelmäßig länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden. Die Mittagspause betrug auch nur eine halbe Stunde. Es wurde Anzeige bei der Gewerbeinspektion erstattet, was zur Folge hatte, daß der Unternehmer die Lehrlinge nunmehr die gesetzlich zulässige Zeit von 10 Stunden beschäftigte. Die gelegentliche einhalbstündige Mittagspause wurde beibehalten. Auf eine Beschwerde bei der Gewerbeinspektion erhielt der Leiter der Jugendorganisation den Bescheid, daß die Mittagspause genehmigt sei. — Am 9. November d. J. hatten sich nun der Unternehmer Dietrich und zwei Werkmeister wegen Gewerbevergehen vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die drei Angeklagten wurden zu je 25 M. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß die halbstündige Mittagspause ungenügend sei. Die Angeklagten haben sich auf eine behördliche Genehmigung nicht berufen. Hat nun die Gewerbeinspektion dem Beschwerdeführer der Jugendorganisation eine falsche Mitteilung gemacht oder hat die Behörde etwas „Ungefährliches“ genehmigt?

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 7. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eilens Schlußwort. — Oren und Ricardo. — Zum 50. Todestag Robert Owens (17. November). — Von A. Krieger. — Reform und Revolution. — Eine Antwort von A. Krieger. (Fortsetzung). — Konferenzen im Reichsamt des Innern zur Abänderung der Arbeiterversicherung. Von J. J. J. — Zur Reform der Strafbuchordnung. Von Hugo Heinemann. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Nikolaus Kowal, Das Arbeiterwohnungsproblem in rheinisch-westfälischen Industriedistrikten. Von Wilhelm Düvel. — Dr. A. Reichsberg, Soziale Gesetzgebung und Statistik. — Von — 12. — Drei Jahre im Arbeiterhaus. Von P. — J. — J. — J.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportiere zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Worumnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Reichsdruck für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 3 des 19. Jahrgangs eingegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der Reformwahn der Strafbuchordnungsentwürfe. 1. Von H. B. — Die Kritik in der Tagelohnindustrie. Von G. Nadel. — Kinder als Verbrecher. Von Dr. E. G. — Verknüpfungsentwurf. Von H. G. — Die Konsumbewegung in Preußen. Von Gertrud Rodahl. — Zur Dienstbotenfrage. Von E. H. — Gegenstand und Gegenprozess. Eine kulturhistorische Skizze von Anna Blas. (Fortsetzung). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Bericht über die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung im niederrheinischen Agitationsgebiet. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemeinnützige Rundschau. — Natigentlich: Dienstbotenfrage. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Die Frau in öffentlichen Kernen.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: So regnet es sich langsam ein. Von G. J. J. — Schiller und Schale im Orient. Von L. L. — Heber das mährische Aufschreiben der Kinder. Von Dr. Hans Fröhlich. — Die Mutter als Erziehlerin. — Heiligkeit: Klage über die Lagen der Arbeiterinnen. Einiges Volkstied. — Johann Gottfried Herder. — Der Hofier Josef. Von Ludwig Angengruder. (Fortsetzung). — Spruch. Von Johann Gottfried Herder.

Für unsere Kinder: Der Strom des Lebens. Von Johann Gottfried Herder. (Gebild). — Der Richter. Ein Märchen von Franz Heibel. — Der große Krebs im Wäldchen. Von August Krieger. (Gebild). — Zwei Treibhauspflanzen. Von L. L. (Fortsetzung). — Des Kaisers neue Kleider. Märchen von Andersen. — Genesentate. Von Hoffmann v. Fallersleben. (Gebild).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 55 Pf., Jahresabonnement 2,00 M.

Bezahlte für Holzarbeiter. Heft 11, November 1908. Herausgegeben von Deutschen Holzarbeiterverband.

Wie ich der Kranke-Meyer wurde. Von Dr. M. W. Meyer. Heft 2 M., durch 2,50 M. Verlag: J. G. G. in Hamburg.

Die Entwicklung der Reichsorganisationen. Von Dr. H. von der Vöhring. (Sammlung Göttinger Nr. 127.) G. J. Göttingische Verlagsbuchhandlung in Leipzig. 80 Pf.

Sozialdem. Wahlverein IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 15. November 1908:

Stiftungs-Fest

in den Lokalen:

Gewerkschaftshaus: Auftreten des Berliner **Ulk-Trio.**
Kellers Festsäle: Auftreten der Gesellschaft **Strzetewicz.**
Bookers Gesellschaftshaus: Auftreten der **Volkssänger-Gesellschaft Lewandowski.**

In allen Lokalen:

Turnerische Aufführungen □ Reigenfahren □ Konzert

:: :: TANZ. :: :: ::

Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billett 25 Pfennige, an der Kasse 30 Pfennige.

222/12*

Das Komitee.

Gänse, Enten

gar. leb. Enten, 8 Mon. alt, vollkommen ausgetrieben, volljährig, reichlig. (Schlachtzeit) 10 St. ca. 8 Pf. idemere Gänse 30 St.; 18 Schwärme Enten 27 St.

Streland, Dziedzic, Schlesien, 45
Hühner, Enten, Tauben, ja Gänse empfiehlt reich und billig! Wegener, Berlin SO., Mariannenstr. 31.

HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

5. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. November 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
 8 50 146 220 45 263 77 402 [500] 521 [1000] 888 915
1108 257 410 775 835 85 2190 241 [1000] 212 441 [500]
 81 738 831 48 [500] 3680 709 310 400 557 679 906 4063
 83 215 66 [1000] 234 460 528 925 28 5030 46 251 44 265
 667 78 940 6048 223 237 83 229 [1000] 424 310 98 [1000]
 699 15 7360 727 63 887 908 [500] 73 [1000] 8084 237
 72 404 15 58 771 857 9254 468 544 43 63 617 716 345 55
10035 [1000] 112 283 287 287 878 98 88 907 28 11307
 88 502 77 976 12403 28 578 795 811 75 [1000] 800 13059
 282 218 28 68 98 638 731 82 888 [500] 857 [1000] 14238
 849 [1000] 574 15233 223 58 [1000] 597 [1000] 644 757
 868 212 16110 [1000] 208 887 [1000] 884 17088 217
 15 [500] 93 258 593 325 50 18350 40 44 567 [500] 32
 708 852 972 19233 [1000] 447 50 51 512 94 81 [1000] 622
20023 167 883 207 29 30 43 808 95 835 [1000] 2104
 821 [500] 780 22108 294 91 408 19 617 884 23057 110
 [500] 46 [500] 56 [1000] 227 47 83 463 [500] 523 73 646
 24054 105 49 228 51 451 805 8 761 909 25169 780 77 88
 258 [1000] 92 441 541 [500] 622 45 72 [1000] 901 [1000]
26192 296 285 494 671 627 779 27087 302 [1000] 46
 61 83 200 41 97 412 628 770 825 39 301 28128 29 296
 824 407 572 831 29123 378 421 553 786 807
30017 121 [500] 378 305 12 [500] 437 565 657 88
 828 928 63 98 31117 874 976 [1000] 32143 496 564 96
 705 23 842 82 [500] 86 [1000] 961 33883 179 409 652 732
 80 912 [1000] 34042 253 421 524 74 622 700 839 965 47
35115 87 412 42 801 36184 288 290 416 56 613 29 947
 37027 60 130 281 366 406 538 41 [1000] 692 907 914 34
38328 444 547 885 961 39100 368 81 439 41 502 731 92
40017 287 541 [1000] 875 41053 308 524 42351
 [1000] 543 632 872 942 43946 87 212 453 264 [500]
 969 [500] 44013 118 822 37 50 [500] 933 45384 86 [500]
 979 220 715 841 46047 [500] 169 464 588 623 73 719
 47088 243 [500] 686 825 39 932 97 48087 729 916 49059
 195 465 508 686 839 78
50101 79 472 551 51047 83 427 41 609 743 52065
 102 269 [500] 402 15 55 524 96 854 53049 64 418 34 763
 870 71 904 54030 500 87 137 248 401 90 561 859 55020
 187 240 310 71 417 330 788 56074 177 [1000] 246 326 411
 662 73 729 78 57008 205 36 263 85 410 664 71 319 97
 909 **58145** 649 387 73 59063 [1000] 103 91 830 97
 450 [1000]
60041 236 45 421 88 570 [1000] 725 52 994 [500]
 61007 71 88 241 402 390 754 62066 [500] 60 114 [500]
 235 219 90 91 428 864 888 92 63607 477 639 75 719 83
 879 805 55 64202 591 [500] 716 875 65072 309 489 66386
 99 648 67044 70 608 879 881 85 [1000] 68850 97 835
 730 89 929 69249 71 815 [1000] 510 [500] 609 88 773 [300]
70035 120 276 359 409 28 578 664 71098 305 97
 428 23 847 883 72640 230 487 881 [500] 641 73149 4959
 528 74 681 [1000] 828 900 74062 289 355 435 582 70590
 118 72 23 414 [1000] 79 607 86 810 86 76309 881 77023
 772 929 79138 223 [1000] 26 90 262 529 [1000] 643 831
80084 258 [1000] 307 17 681 81069 74 90 216 337
 84 803 36 37 83 82133 203 [500] 83080 107 8 482 600
 87 80 [1000] 778 811 84013 351 415 61 535 87 85056 99
 135 263 583 96 878 86069 187 243 [1000] 428 [1000] 96
 623 26 701 876 [1000] 934 87038 44 77 86 126 [500] 211
 60 424 656 59 87 979 92 88093 106 648 709 890 89469
90017 26 [1000] 271 358 428 96 98 783 815 91070
 [1000] 178 336 [500] 60 861 841 92247 [500] 92 315 26
 880 742 93278 581 99 654 738 70 94198 235 40 876
 885 995 95004 112 205 739 [1000] 806 961 77 96150 382
 406 607 93 [1000] 917 97132 83 [1000] 422 32 827 47
98227 362 431 671 99999
100199 471 537 49 696 765 870 101014 114 210
102118 34 68 99 580 637 719 848 103216 99 449
 84 709 22 982 104026 62 115 72 [1000] 321052 [1000]
 103 200 [1000] 37 74 406 561 645 [1000] 825 73 106160
 315 [1000] 25 590 846 711 36 [500] 83 869 [1000] 107018
 112 514 741 44 108779 [1000] 848 [1000] 109068 746
110148 205 26 77 530 412 706 6 982 95 111046
 84 378 030 112181 [1000] 632 86 866 113028 53 129
 90 548 690 114018 113 [500] 293 [500] 347 698 115078
 113 715 89 116192 438 54 513 948 117178 664 63
 80 [1000] 116072 92 469 702 841 925 78 119000 137
 842 429 50 [500] 535 90
120099 682 855 52 81 121005 331 517 122117
 [500] 97 698 735 75 123091 101 393 302 18 446 509 37
 27 47 67 75 83 102 90 100 [1000] 124008 63 91 [1000]
 829 82 600 727 48 73 997 125040 83 214 [1000] 316 456
 820 54 [500] 786 849 53 [500] 977 126062 189 [500] 353
 84 323 716 127929 [1000] 37 44 252 267 283 488 586 801
 82 [500] 854 128310 508 30 699 702 22 82 887 129148
 71 286 481 553 45 [500] 86 814 709
130035 56 220 87 381 85 98 427 791 [500] 851 948
131815 96 976 132062 79 192 375 413 623 133209
 267 462 543 [1000] 712 804 905 59 50 134064 149 214
135024 221 28 345 79 936 45 88 136154 216 [1000] 80
 845 72 423 759 91 959 137494 521 54 12 735 46 879 92
138006 863 88 418 730 963 139081 130 318 469 [1000]
 733 826 87 918
140066 77 234 438 588 846 106 141099 100 56359
 440 96 300 [500] 611 907 142204 683 903 89 143233
 887 63 601 267 280 144042 216 66 [1000] 420 715 145011
 106 14 20 630 308 987 146001 19 296 [500] 363 425 83
 682 517 46 147057 97 135 282 326 71 484 567 812 895
148006 96 [1000] 203 659 781 856 971 [500] 149489 [500]
150007 50 [1000] 116 402 86 585 401 [500] 151077
 [500] 208 236 509 [1000] 816 68 152219 265 453 [500]

5. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. November 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
 167 98 315 697 915 1048 145 358 474 670 848 85 [1000]
2107 [500] 794 [1000] 808 69 [500] 3011 36 137 230 308 41
 63 591 [1000] 731 70 84 4298 224 73 88 562 [1000] 855 5440
 763 963 6902 460 75 91 [1000] 623 711 33 897 7042 139
 231 406 [500] 97 568 8025 137 80 210 302 47 [1000] 409
 [500] 849 9882 135 280 644 57 63
10114 [1000] 239 52 87 758 88 11098 88 169 245
 321 559 160 12073 199 396 94 98 411 633 13012 284 962
 84 698 748 807 934 14008 [500] 110 496 13 546 66 15479
 814 428 774 77 [500] 811 41 89 920 16090 794 871 17001
 184 [1000] 448 524 96 18002 122 256 606 792 47 34 19336
 43 806 305 [1000]
20817 21021 165 687 96 731 693 916 21 22486 778
23011 128 215 23 72 903 424 82 [500] 628 678 878 24018
 420 549 791 833 25069 117 238 28 [13000] 83 304 434
 [500] 83 841 [500] 57 822 950 26881 123 261 433 883 879
27174 719 [1000] 857 960 978 28082 72 419 812 690 834
 [1000] 908 [500] 29210 442 518 587 845
30191 203 218 630 877 918 31016 106 27 [500] 266
 445 [500] 547 664 32068 154 87 502 808 970 [500] 33043
 427 [500] 75 81 86 [1000] 574 691 810 956 [1000] 34145
 66 244 507 664 35013 18 33 238 388 461 845 [1000] 36354
 74 532 36 45 713 845 900 54 83 37079 748 51 38139 260
 443 357 74 88 678 [500] 782 39149 253 [1000] 307 461
 71 818 656 987 [1000]
40012 189 473 515 [500] 97 730 [1000] 81 815 35
41189 100 629 78 768 841 924 42026 320 [500] 454 640
 715 43220 283 86 476 509 67 603 [1000] 754 857 44175
 960 437 759 880 45054 226 62 82 566 92 [500] 639 58
46077 140 43 384 345 65 534 385 47066 [500] 213 443
 602 3 46 [1000] 815 438 029 228 247 501 632 652 49110 83
 479 533 622 900 24 89
50048 129 251 685 743 51165 [1000] 91 278 86 [500]
 481 589 888 52022 29 [1000] 109 470 576 96 815 53002
 496 74262 91 [500] 108 28 [500] 293 [1000] 302 645
 75 216 92 55486 985 56108 63 78 584 840 702 19 [1000] 40
 696 [500] 57749 81 876 71 632 58007 23 174 200 [500]
 321 229 41 62 458 835 59240 32 497 93
60156 96 61142 225 [500] 400 347 62101 [1000]
 289 [500] 77 87 359 63918 297 [1000] 41 403 16 617 225
 47 64412 192 238 511 701 65014 [1000] 98 610 729 84
 90 947 66146 [500] 234 [1000] 613 [1000] 700 80 821
67238 33 64 266 97 400 516 620 810 514 69 68087
 182 328 94 44 538 619 866 901 69101 92 624 734 [1000]
70190 67 48 485 [1000] 642 721 84 71106 67 75 412
 84 736 62 [1000] 91 845 72186 584 635 73071 454 819 794
 908 74262 91 [500] 571 960 75072 249 37 485 777 806
 919 76308 748 [500] 540 77048 140 348 [1000] 33 537
 623 37 78966 [500] 188 297 87 84 385 [1000] 453 327 749
 84 83 91 831 970 79184 453 619 29 361 72
80384 [1000] 131 [1000] 82 385 73 475 913 63 81014
 40 250 495 36 638 [1000] 97 721 64 622 232 525 807 62
 075 [500] 83002 14 63 305 29 79 691 [1000] 700 75 859
84079 [1000] 129 96 450 212 379 678 788 85061 356 212
 69 447 312 821 86146 269 84 818 85 87030 [500] 54 [500]
 313 410 307 619 537 944 56 88042 107 249 411 16 40
 637 89011 129 [500] 983 [1000] 818 709 76 927 85 89
90114 278 278 84 532 943 92156 [1000] 56 78 [1000] 431 337
 [500] 91113 274 84 532 943 92156 [1000] 56 [1000] 966
93093 139 59 256 [1000] 303 694 705 947 94118 400 [500]
 69 22 732 71 49 95109 10 67 260 73 346 95 454 55 834
96029 24 [1000] 71 132 [1000] 87 217 40 82 709 [1000] 10
 802 225 97113 47 [1000] 79 [1000] 87 [1000] 811 824 36
98021 28 203 28 49 99200 446 73 627 84 86 986
100097 202 28 572 643 709 857 91 96 101509 91
 659 796 102008 303 30 30 476 377 673 103095 474
104024 205 90 842 [1000] 105020 240 580 669 [1000]
 702 17 45 912 106050 229 95 [1000] 408 549 864 923 51
 107301 439 50 505 611 69 823 108112 293 302 448 974
 [1000] 109184 [1000] 218 127 831 922 72
110098 426 327 [1000] 974 111497 884 932 80
112191 210 87 202 459 585 [500] 80 738 863 945 [1000]
 55 113105 349 88 487 506 738 114127 238 565 615 777
 807 95 115149 [500] 73 223 225 25 115007 116022 132
 67 219 440 382 924 117311 405 304 80 118175 216 36
 219 65 434 83 586 644 719 842 45 916 119027 [1000] 84
 559 348 95
120019 83 917 121034 110 [500] 256 288 [1000]
 400 63 725 780 845 [500] 122074 222 23 338 46 [500] 612
 850 [500] 987 123123 [500] 664 79 [500] 91 843 95
124104 239 75 583 125228 286 488 572 628 815 126147
127117 [1000] 94 214 335 98 626 780 128097 234 238
 505 23 [1000] 94 628 584 704 47 [1000] 828 96 946 [1000]
129165 542 44 68 90 91 701 77 [1000] 96 900
130048 320 414 [1000] 60 580 [1000] 739 94 131269
 90 324 29 96 619 889 905 [1000] 132003 [1000] 81
 149 379 87 763 954 74 133300 715 134112 66 234 34
 510 702 956 72 73 80 135308 [500] 61 631 706 [500] 985
136029 419 470 350 84 709 72 93 258 984 54 71
137004 133 430 67 514 24 138009 208 866 830 47 321
139002 131 202 [1000] 412 90 334 47 94 621 891
140096 122 442 617 141183 347 476 506 8 54 705
142111 70 283 564 822 60 [500] 143042 93 343 409
 764 215 23 962 144000 126 436 682 97 721 27 868 982
145029 51 269 452 923 32 146006 68 97 132 234 849

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie von 300 000 M., 1 Gewinn 2 000 000, 1 à 150 000, 3 à 100 000, 1 à 75 000, 1 à 60 000, 3 à 50 000, 3 à 40 000, 15 à 30 000, 28 à 15 000, 66 à 10 000, 122 à 5 000, 1836 à 3 000, 2843 à 2 000, 4602 à 500.

Alles auf Kredit!

Möbel
Ganze Einrichtungen

Wochen-Rate 1 M. an

Elegante
Herren- u. Damen-
Garderobe

Wochen-Rate 1 M. an

S. Gottlieb, Rosenthalerstr. 54 I.

Vertragslieferant des Deutschen Bankbeamten-Vereins.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Größtes Lager in

Die „großen Tage“ im Spiegel der Presse.

Die bürgerliche Presse ist gespalten. Einige Blätter, vor allem die Fraktionsorgane suchen aus dem völligen Zusammenbruch des bürgerlichen Parlamentarismus sogleich Trost zu schöpfen wie eben möglich. In ihren Spalten stammelt die betvegene Hoffnung, daß trotz der fehlenden Tat der Reichstagsmehrheit die Debatten doch eine „Wendung“ bringen möchten. So sagt die „Freisinnige Zeitung“: „Ob der Eindruck, den die Verhandlungen des Reichstags auf den Kaiser machen werden, ein dauernder ist, das kann allerdings jetzt niemand voraussagen. Aber der springende Punkt ist der, daß der Reichskanzler dem Versprechen, das er im Namen des Kaisers gab, hinzufügte: „Wäre es nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger dafür die Verantwortung tragen.“

Sie hoffen, daß der Sinn dieses Wortes an der Stelle, für die es bestimmt ist, voll erkannt und gewürdigt werden wird. Dann wird diese Diskussion ihren Zweck voll erfüllen und dann werden auch die Entrüstung und der Unwille, die in den weitesten Kreisen unseres Volkes herrschen, einer Stimmung weichen, die der Festigung des monarchischen Gedankens günstiger ist.

Und die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Es sind viel gute Worte gesprochen worden. Auch in ihrer Zweifelslosigkeit können sie von heilsamer Wirkung sein. Ob sie es sein werden, weiß niemand.“

Berechnbarer aber sind die Stimmen der Unzufriedenheit und Verstimmung. Das Gefühl, daß die Reichstagsmehrheit einen großen Moment ungenützt gelassen hat, macht sich z. B. selbst in einem Artikel des Legationsrats a. D. v. Rath im „Tag“ geltend, wo es heißt:

„Vielleicht ist eine Gelegenheit verpaßt worden, die parlamentarischen Rechte zu erweitern, wie sie sich so bald nicht wieder bieten wird. Die Notwendigkeit wirksamen Eingreifens des Parlaments schien eine so überzeugende, daß mit einiger Bestimmtheit anzunehmen war, daß auch der Bundesrat sich nicht geweiigert haben würde, die Maßnahmen des Reichstages zu fassen.“

Herr vom Rath, der als nationalliberaler Abgeordneter in Wehlar in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt ist und früher bei den Botschaften in London und Konstantinopel als Legationssekretär fungierte, hat recht; wohl niemals hat ein Parlament eine so günstige Gelegenheit verpaßt, seine Rechte zu erweitern und seine Machtmittel gegenüber einem verhärteten Absolutismus zu verstärken, wie der Reichstag in den letzten Tagen. Aber welche der Parteien hat sich in diesen Tagen am erbärmlichsten benommen, welche hat bei der Interpellation die widerlichste Komödiantenrolle gespielt? Die Partei, der Herr vom Rath angehört, und nächst dieser die Freisinngruppe um Wiemer und Kopsch. Diesen Herren des Freisinn und den Wassermännern hat das deutsche Volk es wesentlich zu danken, wenn die günstige Gelegenheit unbenutzt blieb, wenn sie nicht dazu ausgenützt wurde, im Deutschen Reich den Absolutismus zu brechen und die Volksrechte zu erweitern. Nationalliberalismus und Freisinn bleiben dem Volke für dieses Verfaßnis verantwortlich; und das Volk wird Rechenschaft fordern.

Selbst die sonst unbedingt bloßfremde „Vossische Zeitung“ ist unzufrieden und erklärt:

„Bragt man aber nach dem greifbaren Ergebnis, so erhält man als Antwort wenig mehr als ein „Wischelzucken.“ Die „Köln. Volkszeitung“ sagt:

„Keine geschlossene, einheitliche Kundgebung, kein greifbares Ergebnis, im ganzen so etwas wie eine Verwarnung — mehr nicht. Doch soll anerkannt werden, daß diese Verwarnung teilweise besser ausfiel, als nach gewissen Anlässen zu erwarten war.“

Die Rede des Kanzlers hinterläßt einen durchaus unbefriedigenden Eindruck. „Es ist ein „Einwirken“, eine letzte Prüf zur Besserung, die dem Kanzler bewilligt worden ist. In den Ausführungen des Herrn v. Hertling über den Gebrauch des ministeriellen Machtmittels der Antisemitendeckung und über die Bedeutung der Ministerverantwortlichkeit als eines „Vis hierher und nicht weiter!“ liegt eine nicht mißzuverstehende Warnung.“

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt: „Fürst Bülows glaubte offenbar mit der Rede vom Dienstag alles gesagt zu haben, was er sagen konnte und durfte. Es war nicht dies, ja es war im Grunde weniger als nichts. Aber ein Scheitern gibt mehr, als er hat.“

Die Garantien gegen das persönliche Regime sind auch gestern nicht gegeben worden, obgleich sie von einer ganzen Reihe von Rednern sehr entschieden gefordert wurden.

Wir möchten jedenfalls den freisinnigen Parteien dringend nahe legen, es nicht bei der theoretischen Erörterung der allgemeinen Möglichkeit einer Ueberwindung des persönlichen Regiments zu lassen, sondern einmal ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz im Reichstage zu beantragen und für seine Erledigung sich mit voller Kraft einzusetzen. Sonst besteht die Gefahr, daß auch die jetzigen Debatten völlig fruchtlos bleiben.“

Auch eine Reihe freisinniger Provinzorgane findet eine etwas mannhaftere Sprache, als das freisinnige Fraktionsorgan. So sagt die „Neue Hamburger Zeitung“:

„Die Ausnützung des Augenblicks ist veräußert worden. Die nationalliberale Partei, Bülows stützen und gleichzeitig das System, das er verkörpert, und die kaiserlichen Akte schärf kritischer wollen, das führt zu Widersprüchen, die in beiden Richtungen nur hindernd aufzuweisen... Wenn die Antwort Bülows in ihrer Dürftigkeit deprimierend anwies und der heutige Tag eine im Wesentlichen verhängnisvolle Enttäuschung zeigt, die unkonstitutionelle, in anderen Ländern unmögliche Partei ist daran mit schuld.“

Und das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt, nachdem es getadelt, daß die Affäre nur unter dem Gesichtswinkel der Bloßpolitik behandelt wurde:

„Daß die Reichstagspartei es nicht verstanden haben, die Debatte auf eine des Gegenstandes würdige Höhe zu heben, das auszusprechen ist ein Gebot der Gerechtigkeit, ein Gebot der Wahrheit. Es schien, als ob die Erklärung des Fürsten Bülows erst die Debatte in das richtige Fahrwasser lenken sollte. Mit ihr erreichte die Enttäuschung im Hause ihren Höhepunkt. Mehr als hatte der Kanzler des Deutschen Reiches dem deutschen Volke in dieser ersten Stunde nicht zu sagen als diese paar inhaltsleeren, armseligen Redensarten, diese neuen Verleumdungsversuche, diese Renaissancen der fasslich bekannten Erklärungen der „Norddeutschen“. Schon daß ein verantwortlicher Staatsmann eine so unendlich wichtige hochpolitische, die gesamte Nation bis ins innerste Mark ausgehende Angelegenheit mit einem Begegnungsspruch glaubte abtun zu können, muß als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden.“

Ziemlich scharf äußern sich auch verschiedene national-liberale Provinzblätter. Der „Hannov. Courier“ erklärt die Ausführungen Bülows für unzureichend, das Leipziger „Tageblatt“ sagt:

„Man darf sagen, daß ein Kanzler, der Kanzler bleiben will, schärfere Worte nicht gut sprechen kann. Das ist die Rechtfertigung unserer Ansicht von der Unmöglichkeit eines gedeihlichen Weiteramtierens des Fürsten Bülows. Ein nicht in die Affäre verwickelter Mann brauchte sich überhaupt nicht zu äußern und konnte durch Taten den Beweis seiner Befähigung und seines guten Willens erbringen. Fürst Bülows muß sich mit Versprechungen begnügen.“

Die freikonservativen „Dresdner Nachrichten“ schreiben von einer „großen Enttäuschung“ die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bezeichnet den zweiten Teil der Rede Bülows als „schwachlich und unbefriedigend“ und bemerkt zu den Versprechungen Bülows: „An diese Stelle gehört das große Fragezeichen, dessen Beantwortung im Schoße der Zukunft liegt.“

Am schärfsten drücken sich die agrarischen „Hamburger Nachrichten“ aus. Sie schreiben:

„Wenn der heutige zweite Tag der Verhandlungen über die Kaiserinterpellation den Eindruck der gestrigen nicht erheblich modifiziert, so muß es dabei bleiben, daß der Reichstag die vom deutschen Volke auf ihn gesetzten Hoffnungen schwer getäuscht und sich nur zu willig dazu hergegeben hat, die Hand zur Vertuschung der Wahrheit zu bieten.“

Und an anderer Stelle fordert das Blatt das Publikum auf, es solle den Kaiser bei seinem Erscheinen in der Öffentlichkeit mit kühler Zurückhaltung empfangen.

Diese Mahnung, die große Ansprüche an den Mannesmut des deutschen Bürgertums stellt, kommt nach mehr als 20 Jahren byzantinischer Drogen reichlich spät.

Der Meineidsprozeß gegen den Arbeitsvermittler Vogel

beginnt am Freitag, den 13. d. M., vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Wie bekannt sein dürfte, hat die Anklagebehörde, welche dem Prozeß zugrunde liegt, schon mehrmals das Gericht beschäftigt. Durch eine Verleumdungsanfrage, welche die Staatsanwaltschaft auf Antrag Vogels gegen Franz Schneider, den Vorsitzenden der Berliner Mitgliedschaft des Bäderverbandes erhob, hat Vogel selbst das Unheil gegen sich heraufbeschworen. Vogel ist seit vielen Jahren Arbeitsvermittler (Sprechmeister) der „Germania“-Bäderinnung zu Berlin. Wegen der Art und Weise, wie er dies Amt ausübte, sind im Bäderverband seit Jahren lebhaftest Klagen geführt worden. Im Oktober und November 1908 gab Schneider in dem von ihm redigierten Organ der Berliner Mitgliedschaft des Bäderverbandes den Klagen und Beschwerden Ausdruck, welche in Gesellschaften gegen Vogel kursierten. Insbesondere wurde Vogel zum Vorwurf gemacht, daß er bei der Arbeitsausgabe die Mitglieder der selben und andere seiner Günstlinge in statutarisch unzulässiger Weise bevorzugte und die Verbandsmittel zurücksetze. Ferner wurde angeklagt, daß Vogel Geldgeschenke von Arbeitnehmern annehme, so daß diejenigen, welche ihm solche Zuwendungen machen, außer der Reihe der Arbeit stehen. Durch derartige skandalöse Schiebungen Vogels — hieß es — werde der Korruption und der Bestechung Tor und Tür geöffnet.

Diese Anschuldigungen waren es, welche Vogel veranlaßten, gegen Schneider Strafantrag zu stellen, dem auch die Staatsanwaltschaft stattgab. In der Verhandlung gegen Schneider wurde Vogel als Zeuge vernommen. Er bestritt, er habe außer den festgesetzten Gebühren niemals Geldgeschenke von Arbeitnehmern angenommen und auch keinen bevorzugt. Der Termin wieder vertagt. Ehe es zur zweiten Verhandlung kam, meldeten sich bei Schneider ohne dessen Zutun eine Anzahl früherer Bädergesellen. Sie hatten in Zeitungsberichten Vogels Aussage gelesen und da sie selber vor Jahren Vogel bestochen hatten und daraufhin bei der Ausgabe von Arbeit bevorzugt worden waren, so hielten sie sich verpflichtet, zur Rechtfertigung der Wahrheit beizutragen, indem sie sich Schneider als Zeugen anboten. So kam es, daß in der zweiten Verhandlung gegen Schneider etwa zehn Zeugen auftraten, die ganz bestimmte, meist sehr detaillierte Aussagen machten, wonach sie alle durch Geldgeschenke Vogel bestochen und dafür außer der Reihe und außerhalb des Arbeitsnachweises Arbeit erhalten hatten. Diese Zeugenansagen waren so gravierend, daß das Gericht Vogel als einen unzuverlässigen Zeugen erklärte, die Angaben über Bestechungen Vogels als glaubwürdig erachtete und den Wahrheitsbeweis als gelungen bezeichnete. Schneider wurde nur wegen formaler Verleumdung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. — Vogel hatte auch in diesem Termin wieder bestritten, niemals Bestechungsgelder von Arbeitnehmern angenommen zu haben.

Nach dem Ausgang dieses Prozesses erbatte Schneider gegen Vogel Anzeige wegen Meineides. Die Staatsanwaltschaft brauchte lange Zeit zu ihrer Ermittlung. Schließlich erhob sie gegen Vogel Anklage wegen jahrlässigen Falschweides. Diese Anklage wurde am 20. September d. J. vor der vierten Strafkammer verhandelt. Dieselben Zeugen, welche im Prozeß gegen Schneider vernommen waren, machten auch diesmal ihre Vogel belastenden Aussagen. Auf Grund derselben erklärte sich die Strafkammer für — unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, weil Vogel des wesentlichen Meineides hinreichend verdächtig sei.

Nun werden also die Geschworenen zu entscheiden haben, ob sich Vogel des wesentlichen Meineides schuldig gemacht hat. Wie bei den früheren Verhandlungen, so wird Vogel wahrscheinlich behaupten, er sei vollkommen unschuldig, alles, was gegen ihn vorgetragen wird, sei unwar, er sei das Opfer eines Komplotts, welches der Bäderverband gegen ihn geschmiedet habe, um ihn als Sprechmeister unmöglich zu machen. Diese Angabe ist so absurd, daß sie jeder, der nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, als eine haltlose Ausrede erkennt. Trotzdem haben sich auch die Verteidiger Vogels im vorigen Jahre auf diesen Standpunkt gestellt, und es schien, als wollten sie vorwiegend von diesem Gesichtspunkte aus die Verteidigung führen. Vielleicht glaubt Vogel, das Urteil seiner Richter nicht besser beeinflussen zu können, als dadurch, daß er sich als das unschuldige Opfer einer angeblichen sozialdemokratischen Bäderverbandschwärzung hinstellt. Ob er bei den Geschworenen mit dieser Mär Glauben findet, wird ja die Verhandlung zeigen.

Aus Industrie und Handel.

Die Deutsche Bank spart — Beamtengehälter.

Gerade jetzt, wo den Staats- und Reichsbeamten endlich die schon lange versprochenen Zulagen, wenn teilweise auch nur in beschleunigter Weise, gewährt werden sollen, mutet die Nachricht von einem Sparsystem bei der Deutschen Bank mindestens sonderbar an. Beim letzten Jahreswechsel haben viele Beamten die übliche Zulage nicht erhalten. Es veranlaßte, die Direktion habe angeordnet, daß nur noch die gelehrten Bankbeamten die regelmäßige Zulage beziehen sollten, während die Kur-Kaufleute jede-mal zwei Jahre auf eine Gehaltserhöhung zu warten hätten. Wie uns nun aus den Kreisen der Beamten mitgeteilt wird, soll die Praxis, durch welche z. B. 50 Proz. der Beamten in den Bezügen gekürzt würden, tatsächlich als Grundlag zur Einführung gelangen. Man könnte denken, es handle sich hier um eine Formel, die in Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit aufgestellt worden ist. Solche Annahme hat aber keine Be-

stätigung. Die gelehrten Bankbeamten leisten nicht etwa besondere Arbeiten; sie sind unterschiedslos mit „Kur“-Kaufleuten in allen Abteilungen und in allen Rangstufen, wenn man davon bei den im gewissen Sinne fast durchweg mechanischen Leistungen überhaupt reden kann, vertreten. So kommt es vor, daß jüngere und untergeordnete Kräfte, nur weil sie in einer Bank gelernt haben, Zulage bekommen, die älteren und verantwortungsvollen „Kur“-Kaufleute aber nicht. Der Zweck der Praxis kann nur der sein, zu sparen, und zwar auf Kosten eines Teiles der Beamten. Das System hat man gewählt nach dem Grundsatz: teile und herrsche!

15 000 Bergleute müssen feiern.

Aus Dortmund wird gemeldet: In den letzten Tagen wurden weitere Feiertage auf den verschiedensten Bezügen eingelegt, so bei Bochum, Dortmund und Marten, wodurch insgesamt 15 000 Bergleute zum Feiern gezwungen sind.

Die Rüstung wächst unter den Bergleuten und wird ihren Ausdruck in der Abhaltung einer großen Anzahl von Versammlungen am kommenden Sonntag finden.

Industrielle Expansionen.

Mit einem Projekt der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hatte sich kürzlich der Stadtrat in Esch an der „Alette“ zu beschäftigen. Die Gesellschaft will dort Hohenlohe-, Walz- und Stahlwerke anlegen und zu diesem Zweck von der Kommune ein Terrain erwerben. Es wurde mitgeteilt, daß die Gesellschaft 30 Hektar Wald von Esch zu kaufen beabsichtigt, wodurch sie ihren Gesamtbesitz in Esch auf 200 Hektar arrondiert. Es wurde beschlossen, der Gelsenkirchener Gesellschaft ein bindendes Angebot zu machen.

Gründungen des Kohlenyndikats.

Das Syndikat hat kürzlich eine Niederlassung in Utrecht-Holland gegründet. Partner ist der dortige Handelsverein. Unter „Mithilfe“ des Kohlenyndikats wurde in Rotterdam ein Anthrazit-Handelsverein mit einem Kapital von 1 Million fl. gegründet. Der Verein soll dem Zwecke dienen: „Den Anthrazithandel zwischen Holland einerseits, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden andererseits, auf Rotterdam zu konzentrieren“. Das nächste wird nun wohl eine Steigerung der Anthrazitpreise sein.

Dänische Auswandererpolitik.

Nach einem dem „G. L.“ zugegangenen Bericht aus London hat Dänisch mit dem europäischen und dem kanadischen Vertreter der kanadischen Pacificbahn über die Besserung der Verkehrsbeziehungen zwischen Kanada und dem europäischen Kontinent verhandelt. Die Hamburg-Amerika-Linie wird einen erstklassigen Passagier- und Frachtdienst zwischen den Häfen Hamburg, Rotterdam, Bremen und Kanada einrichten. Die ersten Fahrten sollen stattfinden, sobald die Eisverhältnisse auf dem St. Lorenzstrom die Schifffahrt auf dem Kontinent wieder gestatten. Die Schiffe werden während der Monate April, Mai und Juni, an denen der Auswandererverkehr am stärksten ist, allwöchentlich, später alle vierzehn Tage fahren. Hierdurch wird voraussichtlich eine große Anzahl Auswanderer von den Vereinigten Staaten nach Kanada abgeleitet und die Auswanderung aus Deutschland nach Kanada angeregt werden. Gleichzeitig wurde den kanadischen Getreideexporteuren eine weitere Gelegenheit geboten, die europäischen Märkte zu erreichen. Ueberhaupt erblickt man in der neuen Verbindung ein weiteres Mittel, die Entwicklung des kanadischen Nordwestens zu beschleunigen. — Dennoch scheint Dänisch der Ansicht zu sein, die Existenz der Arbeiter in Deutschland sei so wenig gesichert, daß er sich ein Verdienst erlaubt, wenn er vielen ermöglicht, den deutschen Glaub von den Kartoffeln zu schütteln. Auch eine Sorte „Schutz der nationalen Arbeit“.

Kohleisenerzeugung. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Kohleisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Oktober 1908 insgesamt 941 582 Tonnen gegen 1 138 676 Tonnen im Oktober 1907.

Was sie herausschlügen!

Nachfolgende Aufmachung gibt den finanziellen Effekt verschiedener Bergwerksgesellschaften wieder, soweit er in den Uebersichten in Erscheinung tritt. Für die ersten drei Quartale betrug der ausgewiesene Ueberschuß

Gesellschaft	1907	1908
	in 1000 M.	
Sarpener Bergbau	14 899	18 483
Sibbenia	11 567	10 157
Königsborn	2 722	2 489
Mühlhäuser Bergw.-Verein	2 124	2 399
Raffener Bergbauverein	1 070	881
Graf Wismarck	4 574	4 074
Erwald	3 823	3 461
König Ludwig	2 255	1 400

Die Kindererträge im laufenden Jahre sind teilweise auf geringere Förderung und bedeutende Abschreibungen zurückzuführen. Die Verkaufspreise sind unverändert geblieben.

Gerichts-Zeitung.

Beschränkung der Rechte der Verteidigung.

Konflikte, bei denen es sich um die Rechte des Verteidigers handelt, entwickeln sich jetzt mehrfach vor der 135. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte, deren Vorsitzender, Assessor Goldammer, glaubt unterzagen zu dürfen, daß der als Verteidiger fungierende Rechtsanwalt während der Verhandlung mit seinem Klienten spricht. Einen solchen bezeichnenden Konflikt mit dem genannten Vorsitzenden hatte vorgeföhrt wieder der Rechtsanwalt Dr. Mag. Kantorowicz. Bei Aufruf der Sache ergab sich, daß Fehlen eines auf Antrag der Verteidigung geladenen Zeugen. Als sich der Verteidiger zum Angeklagten wandte, um mit ihm in leibem Tone die nun geschaffene Sachlage zu besprechen, erklärte der Vorsitzende, daß er den Verkehr des Verteidigers mit dem Angeklagten nicht dulde. Er habe dies dem Verteidiger schon in anderen Fällen unterlagt und mache auf die Folgen der Zuwiderhandlung aufmerksam. — Der Verteidiger erklärte darauf: er habe jederzeit das Recht und die Pflicht, mit seinem Mandanten zu konferieren, wenn es für die Verteidigung erforderlich erscheine. — Vorsitzender: Das Recht haben Sie nicht! Nach Beginn der Verhandlung haben Sie nur durch mich mit dem Angeklagten zu sprechen. — Verteidiger: Ich beantrage um Aussetzung der Verhandlung, bis ich mit dem Angeklagten konferieren habe. — Vorsitzender: Dies lehne ich ab. Sie haben Zeit genug gehabt, mit dem Angeklagten zu sprechen, denn die Verhandlung war für 12 1/2 Uhr angelegt, sie beginnt aber erst jetzt um 2 1/2 Uhr. Sie hätten um 12 1/2 Uhr zur Stelle sein müssen, also 1 1/2 Stunden konferieren können. — Verteidiger: Ich habe Zeit genug gehabt, entzieht sich Ihrer Beurteilung. Ich habe tatsächlich keine Zeit gehabt, da ich anderweitig beschäftigt war. Im übrigen kann sich die Notwendigkeit einer Maßnahme in jedem Stadium des Verfahrens herausstellen. Ich bitte um Verzicht auf den über meinen Antrag. — Der

Antrag wurde abgelehnt. Darauf ersuchte Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz um eine sofortige Ausfertigung des ergangenen Beschlusses, unter Berufung auf eine Reichsgerichtsentcheidung, die ein solches Verlangen für berechtigt erklärt hat. — Das Gericht lehnte auch diesen Antrag ab und trat in die Verhandlung ein. — Rechtsanwalt Dr. K. hat sofort den Weg der Beschwerde beschritten. Wie wir hören, soll ähnliches mehreren anderen Verteidigern in derselben Abteilung passiert sein. Herr Assessor Goldammer soll auch, wie uns berichtet wird, Herrn Dr. Kantorowicz in einer anderen Verhandlung das Blättern in den Akten unterlag haben, weil ihm dies in der Leitung der Verhandlung störe! Was die Sache selbst betrifft, so ist auf Auffage von Prof. Dr. Liszt und Landgerichtsdirektor Goppe in der „Juriszeitung“ verwiesen, in welchen betont worden ist, daß der Verkehr zwischen Verteidiger und Angeklagten jederzeit, auch in der Verhandlung statifunden könne.

Zweifellos entspricht der Gerichtsbeschluss, der die Aufhebung der Verhandlung ablehnte, dem Gesetz keineswegs. Der Verteidiger hat das Recht und die Pflicht, mit seinem Klienten ohne Genehmigung oder Zuziehung des Vorsitzenden zu konferieren, wenn er es der Sachlage entsprechend erachtet. Die Versuche, das Recht zu beschränken, verlemen die Pflichten des Gerichts. Bedauerlich ist es, daß Schöffen sich zu der durchaus fehlerhaften Ansicht des Vorsitzenden haben hinzugehen lassen. Kann ferner der Vorsitzende das Aktenblättern nicht vertragen, so mag er um eine Beschäftigung in keinem nachsuchen, die an Körper und Geist weniger Ansprüche stellen; ein Recht, das Blättern in Akten dem Verteidiger zu unterlagern, steht ihm nach dem Gesetz nicht zu.

Eine verfehlte Polizeifaktion.

Nachdem Bestrafungen wegen großen Unfalls, Nebertretungen der Straßensicherungsordnung und andere kleinliche Mittel seit Jahren eine große Rolle im Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung gespielt haben, hat die Polizei kürzlich einen, allerdings verfehlten Versuch mit der Anwendung eines neuen Mittels gemacht. Die Ministerialverordnung über den Geschäftsbetrieb der Rechtskonsulenten wollte die Polizei benutzen, um der Sozialdemokratie auf einem bestimmten Gebiet Einhalt zu tun. Bekanntlich bemüht sich unsere Parteiorganisation, Leute, welche

in Preußen anständig, aber nicht staatsangehörig sind, zu veranlassen, daß sie die Aufnahme in den Staatsverband nachsuchen. Eine Anzahl von Parteigenossen wurden seinerzeit im „Vorwärts“ bekannt gegeben, welche bereit sind, Anträge auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband für solche Personen unentgeltlich anzufertigen, welche dazu nicht selbst in der Lage sind. Für die Anfertigung derartiger Gesuche wurden von der Parteiorganisation gedruckte Formulare angefertigt, welche nur ausgefüllt werden brauchten. Unter den Parteigenossen, welche zur kostenlosen Anfertigung der Gesuche bereit sind, befindet sich der Genosse Gustav Meng, der in der Wilhelmshavener Straße ein Zigarrengeschäft betreibt und nebeiher die Tätigkeit eines Rechtskonsulenten ausübt. Unter den zahlreichen Anträgen auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband hatte die Polizei zwei ermittelt, welche von Genossen Meng ausgefüllt sind. Laut polizeilicher Strafverfügung sollte Meng 5 Mark Strafe zahlen, weil er es unterlassen hatte, auf den von ihm ausgefüllten Formularen oben links seinen Namen und die Geschäftsnummer des Auftrages anzugeben. Durch diese Unterlassung soll Meng die Verordnung über die Geschäftsführung der Rechtskonsulenten übertreten haben. Wohl war der Polizei bekannt, daß Meng ebenso wie viele andere Parteigenossen die Formulare unentgeltlich ausgefüllt hat. Hiernach konnte also von einer geschäftlichen Tätigkeit des Rechtskonsulenten Meng nicht die Rede sein. Aber die zwei Personen, welche die Polizei ermittelte, hatten im Zigarrenladen des Genossen Meng, als sie keine parteigenössliche Geschäftigkeit in Anspruch nahmen, einige Zigaretten gekauft. — Das ist ja der geschäftliche Vorteil, der dem Rechtskonsulenten Meng für die Ausfüllung der Formulare zufließt, sagte sich die Polizei. Das Gericht, welches Meng anrief, teilte diesen Standpunkt nicht. Vom Schöffengericht wurde, wie wir seinerzeit mitteilen, Meng freigesprochen, weil er die besagte Arbeit nicht als Rechtskonsulent, sondern als Sozialdemokrat im Parteiinteresse ausgeführt hatte. — Aber durch dies Urteil war die Polizeifaktion noch nicht abgetan.

Der Staatsanwalt legte gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung ein. Infolgedessen kam der Fall gestern vor der Strafkammer zur Verhandlung. — Durch Verlegung des die Erwerbung der Staatsangehörigkeit betreffenden Auftrags im „Vorwärts“, eines Aufnahmegeforders, sowie durch das Zeugnis des Genossen Freythalter wurde festgestellt, daß die Ausfüllung der Formulare mit der Eigenschaft des Genossen Meng als Rechtskonsulent in gar keiner Verbindung steht, daß es sich vielmehr um eine weine Geschäftigkeit handelt, für die keinerlei Entgelt geleistet wird, und daß der Betreffende auch nicht darauf rechnen darf, daß ihm indirekt irgend welche geschäftliche Vorteile aus dieser Tätigkeit

zufließen. — Nach diesem Ergebnis der Vernehmung mußte selbst der Staatsanwalt zugeben, daß die Berufung nicht aussichtslos ist, aber, sagte er, er erhalte sie aufrecht, weil es sich um eine prinzipielle Frage handle.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, widerlegte die Gründe, welche die Staatsanwaltschaft in der Berufungsschrift angeführt hatte. Der Verteidiger beantragte nicht nur die Freisprechung des Angeklagten, sondern auch die Erstattung der Verteidigungskosten durch die Staatskasse.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung, mit der Begründung, die Vernehmung habe ergeben, daß der Angeklagte die in Rede stehende Tätigkeit ausgeübt hat nicht in seiner Eigenschaft als Rechtskonsulent, sondern im Interesse der Partei, deren Mitglied er ist. Ob die Tätigkeit gegen Entgelt oder unentgeltlich geleistet worden ist, komme für die Beurteilung des vorliegenden Falles nicht in Frage, sondern lediglich der Umstand, daß es sich nicht um einen Geschäftsauftrag des Rechtskonsulenten handle. — Den Antrag, die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuerlegen, lehnte das Gericht ab, denn — sagte der Vorsitzende — es sei nicht unbedingt geboten gewesen, daß sich der Angeklagte einen Verteidiger nahm. Eine eigenartige, die tatsächlichen Verhältnisse verkennde und auf Rechtsirrtum beruhende Begründung, die der Angeklagte hoffentlich in der Revisionsinstanz bekämpft. Es ist unangelegentlich, daß das Gesetz nicht in allen Fällen, in denen, wie hier, die Unschuld des Angeklagten klar zutage liegt, das Gesetz den Richter zwingt, die Anklagen der Staatskasse oder dem Anklagevertreter aufzuerlegen, vielmehr nur richterlichem Ermessen überläßt, diese Ausgaben der Staatskasse aufzuerlegen. Eine Verpflichtung hierzu und noch mehr die gesetzliche Haftung des Anklagevertreter für die Kosten würde eine der besten Vorschriften zur Vermeidung unbedeutender Anklagen sein.

Olga Molitor in der Revisionsinstanz.

Gestern wurde vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts, wie uns telegraphisch berichtet wird, die Revision des Redakteurs der „Badischen Post“, Herzog, gegen das Urteil des Landgerichts Karlsruhe vom 20. Mai verworfen. Das Urteil erkannte bekanntlich auf die unangelegentlich hohe Strafe von einem Jahre Gefängnis wegen Verleumdung des Fräulein Molitor. — Die ebenfalls wegen Verleumdung des Fräulein Molitor gegen den Redakteur Schmidt von der „Berliner Morgenpost“ kurz zuvor vom Berliner Gericht erkannte Strafe von 9 Monaten Gefängnis ist in dem vom Angeklagten beschrittenen Gnadenwege in eine Geldstrafe von 3000 M. verwandelt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 13. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Ossi fan tutto.
Königl. Schauspielhaus. Der Wissenschaftler.
Deutsches Schauspielhaus. Kammerstücke. Gladigo. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opernhaus. Der Gemeindeführer.
Neues Schauspielhaus. Das Fräulein in Schwarz.
Sessing. Wespener.
Neuro. Wahrheit.
Berliner. Der Bekannter.
Wespen. Der Heile Bauer.
Kleines. 2x2=5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.
Neuburg. Kammerspiele um Amelle.
Gebbel. Der Liebhaber.
Schiller (Theater). Die Jungfrau von Orléans.
Sch. Charlottenburg. Der Graf von Charolais.
Friedrich-Wilhelm-Theater. Schauspielhaus. Eine tolle Nacht.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luisen. Eine tolle Nacht.
Luisen. Die Liebe macht.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Savana. Anfang 8 1/2 Uhr.
Bernhard Hofe. Die Jungfrau v. Orleans. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Die Herren Söhne.
Gebrüder Hermann. Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Zeil.
Apollon. Eine tolle Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — fabellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Voyage. Spezialitäten.
Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Steiner Säger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Die Brautschau.
Die lästige Witwe.
Gutshaus. Letzte Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Parodie. Der Hund der Cabaretten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Taubenschau 18-19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc. Sternwart. Apollon 18/19.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenschau 18/19.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Der Heile Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu beiden Preisen: Die lästige Witwe.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater

Königsplatz 57/58. Anf. 8 Uhr:
Der Liebhaber.

Berliner Theater.

Abends 8 1/2 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Morgen: Herodes und Marianna.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die Tür ins Freie.

Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelle.“
Schwanz in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: Kümmere Dich um Amelle.
Sonntag, 15. Nov., nachm. 3 Uhr:
Hab'n Sie nichts zu verkösten?

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Uffern brübel. Abends: Eine tolle Nacht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blausmann als Erzähler. Abends: Eine tolle Nacht.
Montag: Eine tolle Nacht.

DERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskaner Str. 132
Königl. Jacoba Theater:
Die Jungfrau von Orleans.
Anfang 8 1/2 Uhr. Hochentagspreise.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7-9.
Zum 1. Male:
Die Herren Söhne.
Vollst. in 3 Akten v. Galtzer u. L. Stein.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kösl. Donnerstag, 19. November:
3. Opernabend: Der Freischütz.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Anni Wünsch.
Schneider-Duncker
Willi Prager
und das großartige
November-Program.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Holmann.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Familiengang.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 13. November 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große außerordentliche Vorstellung. Um 9 1/4 Uhr: Beginn des diesjährigen großen glänzenden Pracht-Ausstattungsstücks
Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.
Fünf wunderbare märchenhaft schöne Schlußapothosen
Akte und eine Sonntag in beiden Vorstellungen Riesens-Programm. Nachmittags ein Kind frei.

Allgemeine Ausstellung von Hunden

aller Rassen
Ausstellungshalle
am Zoo-Berlin
14 u. 15 Nov. 1908

Wilhelm-Theater.

Brückenstr. 2. Anf. 8 Uhr.
an d. Jannowitzbrücke. Anf. 8 Uhr.
Eröffnung
Sonntag, den
14. Novbr.
Die Schöpfung.
Naturwissenschaftlich. Schauspiel von Prof. Joh. v. Weninger.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68.
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange.
Zaza. 14/08
Sonntag nachm.: Ein toller Einfall.

Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Abends 8 Uhr:
Stürmischer Jubel
Die beiden Bindelbands.
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorher: Künstlerzeit u. a.: Gebr. Renzoni, Marga u. Mill Bitt' Ballett: Ein Walzertraum. Kun Arpad, jugendlicher Geigenvirtuoso. Wacker u. Wackers' Gebrüder-Typp. The six Rockets, Gesangs- und Tanz-Terzett.

Apollon Theater

Abends 8 Uhr: Debüt der neuen Attraktionen. U. a.: Sigwart Gentes, Dumort. Gliby-Wool mit ihren „Six Soubasms“. Mit Diana, Dreifur-Art. Ein Beitrag zur Darwin'schen Entwicklungslehre.
9.20. Unter persönlicher Leitung des Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Burleske. Musik v. Paul Lincke.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Sonntag, 15. November, nachm. 3 Uhr:
Durchlaucht Radieschen.

W. Noacks Theater

Direction: Rob. Hill. Brannenstr. 16.
Wegen des großen Erfolgs:
Der Glockenguss in Breslau.
Anfang 8 Uhr. Uiree 30 U.
Sonntag, 15. Nov.: 20jähriges Jubiläum Dir. Rob. Hill.

XIV. Saison!

Zirkus Busch.
Freitag, den 13. November 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend. U. 9 Uhr ca.: Bisher noch nie dagewesene Kapitän Webbs besterle 9 Seelöwen 9
Lio Vassons! Mathilde Reng, Schulführerin. Herr Ernst Schumanns Reudler. Gebr. Galtzer. Gerard u. Fontana, Reikünstler.
Um 9,45 ca.:
Barbarossa!!
Große Origin.-Kunst.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern

WINTERGARTEN

Sonntag, den 15. November:
Nachmittags-Vorstellung.
Anfang 3 Uhr.
Ermäßigte Preise!
für Erwachsene Kinder
Terrasse . . . 3.— 2.—
Loge 3.— 2.—
Parkett-Fauteuil . 2.50 1.50
Seiten-Terrasse . 2.50 1.50
Fauteuil 2.— 1.—
Reserviert. Platz . 1.— .50
Entree —.75 —.40

WINTERGARTEN

November - Attraktionen
D'Angelo's lebende Bilder
Die Krönung der Kaiserin
LOUISE BIET.
WUNDERKUNST SHELLENDORF-STRASSE
LA TITCOMB'S SINGERS
OLA Schilling
Die SILEDES das mysteriöse Haus
GOLEMANN'S BRESLAUER HUNDE
ANDY'S JAPANER-TRUPPE
BOS. MARTIN Xylophonisten
Der Biograph

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bhl. Böcke
Täglich 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das glänzende
November-Programm.
Der Spion! Vondaros Wunderaffen.
Mr. Carlo. Steve und Ella.
Foldow Sogall. Finlay Brothers.
Les 3 Sorcières. Ella Vondaros Trio.
Rühmler Comp. Biographische Bilder.
Die Frau mit den drei Männern.
Familiertarven, wochentags halbe Preise, überall gratis.

Parodie-Theater

Tresdener Straße 97.
Deute:
Cavalleria - Rustikana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopf“
Anfang Sonntag, 8. wochentags 8 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Sonntag, den 15. November:
Zum Forsthaus.
Schauspiel in 4 Akten v. H. Störner.
Anf. d. Vorh. 7. Halbenstunde 6 Uhr
Konzert 6 1/2 Uhr.
Vorverkauf v. 10-1 Uhr i. Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag, 16. November: Soiree der lustigen Säger.

Folies Caprice.

Abends 8 Uhr:
Die lästige Witwe.
Unter Colossal.
Die Brautschau.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Sonntag, den 15. November 1908:
Zum 10. Male:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten v. Meyer-Hörster.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Brunnen-Theater

Sabstr. 58. Direction: Willy Voigt
Freitag, den 13. November 1908:
Goldener Boden.
Vollst. mit Gesang in 4 Akten von G. Uly und C. Regel.
Musik von Franz Brandt.

Walhalla-Variete Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Das vollst. neue Novemberprogramm.
Perzina m. seinen 110 Tieren
Im Tunnel Regimentskapellen u. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Königstadt-Kasino.

Holzmärkt. 72.
Heute und folgende Tage:
Der Seefahret.
Singspiel in 2 Bildern von O. Richter. Musik von Gust. Steffens
Vorher um 8 Uhr:
Die November-Spezialitäten mit Franz Sobanski.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
8 1/2 Uhr: Hotel Einsiedler.
8 1/2 Uhr: Das November-Programm
Original Diederich Upts usw.
9 1/2 Uhr:
„Die Dianabäder“
Sonntag 4 Uhr: Die ideale Kleit

Fröhels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 8 Uhr:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Von 10 Uhr ab: Großer Ball bei verst. Orchester, schnelle Ballmusik

Geoffentliche politische Versammlungen.

6. Wahlkreis.

Geoffentl. politische Versammlung

für die 6., 9. und 10. Abteilung

am Sonntag, den 15. November 1908, abends 6 Uhr,
bei Raabe, Rosberger Straße 23.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Störmer über: „Schöpfung
oder Entwicklung?“ Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer: Eugen Ernst, Köpckestraße 9.

Nach der Versammlung:

Geheiliches Beisammensein mit Tanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Am 15. November und 22. November finden Urania-
Vorstellungen statt.

Am 15. November, Eröffnung vormittags 10 Uhr, Vorkellung
11 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eis-
zeit unserer Heimat.

Willetts sind noch auf dem Bureau und am Sonntag vor der Urania
zu haben.

Die Willettts zum 22. November sind vergriffen.

3. u. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Alle in der **Achtung!**
Schirm- und Stock-Industrie beschäftigten
Kolleginnen und Kollegen!

Sonntag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, in
den Prachtstätten „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10:

Branchenversammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
Vortrag der Genossin J. Altmann über: Die Frau im privaten
und öffentlichen Leben.

Nachdem Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Um rege Beteiligung ersuchen
Die Brancheneleitungen. 3. u. Ferd. Hermel, Bornsdorfer Straße 45.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Sonntag, den 15. November 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für die Branche der
Eisen-, Metall- und Revolverdreher
in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m:

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Ergänzungswahlen der Agitationskommission. 3. Branchen-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir recht zahl-
reiches und pünktliches Erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 15. November 1908,
vormittags 10 Uhr:

Branchenversammlung d. Winkler, Isolierer

u. verw. Berufskollegen u. Kolleginnen
im Brunnen-Theater, Badstraße 58.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Hilpert. 2. Diskussion. 3. Branchen-
und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es
Pflicht aller Beteiligten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! **Achtung!**

Arbeitslose Mitglieder.

Die Anzahlung der Arbeitslosen-Unterstützung
findet des Buftages wegen in folgender Weise statt:

Die Kollegen, deren Woche vom 11.-17. lautet, geben Buch und Karte
am Montag, den 16., ab und erhalten Dienstag, den 17., Unterstützung.

Die Kollegen, deren Woche vom 12.-18. lautet, geben Buch und Karte
am Dienstag, den 17., ab und erhalten Donnerstag, den 19., Unterstützung.

Die Metallarbeiter-Notiz-Kalender für 1909 sind
erschienen und zum Preise von 60 Pf. pro Stück im Bureau
und bei allen Bezirkskassierern zu haben.

Wahllegitimationen für die Gewerkschaftswahlen
sind im Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Ruderverein „Vorwärts“

Stralau, Tunnelstr. 17.

Berichtigung!

In der Annonce des Rudervereins „Vorwärts“ muß es heißen:
Für Nachzügler 8. vom Schfel. Bahnh. nach Strausberg, dann Blumebahn.

Zentralkrankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.

Zahlstelle Charlottenburg.
Sonntag, den 15. November, vormittags 10 Uhr, im Volkshause,
Königsplatz 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal.
2. Bericht des Vorstandes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit
beschränkter Haftung)

Am 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
Gerichtstr. 23:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Auf-
sichtsrates, Vorkellung der Bilanz
und Beschlußfassung über dieselbe.
2. Bericht des geschäftlichen Bücher-
revisors.
3. Entlassung des Vorstandes und
Aufsichtsrates.
4. Neuwahlen.
5. Statutenänderungen.
6. Anträge und Verschiedenes.

Die Bilanz liegt den Mitgliedern
im Kontor zur Einsicht aus. 128/3

Der Vorstand.
A. Michajels. Paul Lenz.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins (E. N. No. 50).

Am Sonntag, den 22. November,
vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer Nr. 15,
Saal 11:

Außerordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu der Ver-
sagung des Oberpräsidenten der
Provinz Brandenburg zu dem § 7
des Massenlosteuergesetzes (Erhöhung der Ver-
träge).
2. Abänderung des § 8 Absatz 8
des Statuts. 27106

Der Vorstand.
A. u. Gustav Dulle.

Orts-Krankenkasse der Maler

und verwandten Gewerbe.

Montag, den 16. November ex.,
abends 8-9 Uhr,
im Kassenlokale: Spandauer Str. 5:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
Erfahrungen von vier Delegierten
(Arbeitsgeber), 83 Delegierten (Arbeit-
nehmer).
Der Vorstand.

Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 15. November,
und Mittwoch, den 18. November:

2. Abt. 1 Uhr: Streikhaas durch d.
Grünenwald, Ziel Groß-Weißensee
(Lindenberg). Buftag 6 Uhr: Sporen-
berg. 1 1/2 Uhr: Lichtentube (Deter).
Start: Fontane-Bromenade 16.
Abends 7 Uhr: Sitzung nachher
Fidelitas.

3. Abt. 1 Uhr: Schmetterslingsdorf
b. Adenau. Buftag 1 Uhr: Glienide
b. Hermsdorf (Equis). Start:
Wariannenplatz.

4. Abt. 2 Uhr: Kaulsdorf. Buftag
9 Uhr: Wittenwalde (Kranich). Start:
Käufinger Platz. Donnerstag: Abstel-
lungsfahrt.

5. Abt. 3 Uhr: Herrentour, Strei-
khaas d. d. Norden. 1 Uhr: Bernau.
Buftag 1 1/2 Uhr: Bobin? wird am
Start Cylsum bekanntgegeben.

6. Abt. 1 1/2 Uhr: Durch u. Gießbe-
tour nach Glienide bei Hermsdorf.
Buftag 1 1/2 Uhr: Wandlich (Kobler-
ruh). Start: Oberberger Str. 29.

7. Abt. 2 Uhr: Saantowiel (Nennow).
Buftag 9 Uhr: Herrentour nach
Hüderdorf (Grene). Start: Grenz-
straße 21. Abteilungsitzung findet
am Dienstag, d. 17. Nov., statt.

8. Abt. 1 Uhr: Glienide. Start:
Gutenstr. 10. Buftag 9 Uhr: Rauen.
Start: Kottbuser Str. 17. Abteilungs-
itzung findet am 17. Nov. statt.

9. Abt. 1 1/2 Uhr: Adenau (Noch).
Start: Schillingstr. 15/16.

10. Abt. 1 Uhr: Hermsdorf. Buftag:
Streikhaas d. d. Süden. Start:
Weberstr. 17.

Agitationskonzert
früh 9 Uhr: Schenkerdorf. Start:
Steuerhaus, Tempelhof.
Sitzung am Donnerstag, d. 19. Nov.,
bei Lehmann.

11. Abt. 1 1/2 Uhr: Agitations-
konzert nach Spandauer und Schenker-
dorf. Start: 1 Uhr bei Hoppe.

12. Abt. 18. Nov., abends 7 Uhr,
bei S. Ebel, Bergstr. 151: Großer
Lichtbildervortrag. Eintritt 20 Pf.,
auch für Gäste. 18/19

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger

Zum Schluß neu:
Der Kompanie-Ball.
Militärische Nummern
von Heysel.
Auf. mochenags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Größte Puppen-Fabrik Berlins.

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation.

Größtes Lager von Kugelgelenkuppen, SKlgen,
Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen, Puppen-
artikeln und allen Ersatzteilen. 4516L.

Reparaturen
bitte schon jetzt an meine
Firma gelangen zu lassen.

Engros- u. Einzelverkauf. Kein Laden.

Bei Bleichsucht, Blutarmut, Appetitlosigkeit, Nervosität

gebrauche man
das neue
elektrischem
Weg hergestellte
Eisenpräparat, ein von
ärztlichen Autoritäten
glänzend begutachtetes
Kräftigungsmittel.

Originalflaschen: Mk. 1,75 u. Mk. 3,—
in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 4

Bolero

ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Originalflaschen: Mk. 1,75 u. Mk. 3,—
in den Apotheken erhältlich.
General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 4

Kliems Fest-Säle, Hasenheide 13-15:

Kunst-Abend

Leitung: Margarete Walkotte

Mittwoch, den 18. November (Buftag).

Mitwirkende: Baron von Welzogen (Mitglied des Hoppel-
Theaters), Fräulein Florence Frankl, Violinvirtuosin, Herr
Schröder-Pilsa, Rezitator, Margarete Walkotte. Am Flügel:
Herr Bernhard Nitzsche.

Entree 50 Pf. Beginn 7 Uhr abends. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Kliem, Hasenheide 13/15, und bei Herrn
Horsch, Engelauer 15. 292/11*

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. 8. Jährlich.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 50 Pfennig. 2161b*

Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree!

Lebend! Das Lebend!
Bärenweib.

Simpson der lebende Amboß
der Mann mit dem Steinkörper.
Neapolitanische Briganten.
Panophon-Vorträge:

Alexander Girardi,
Otto Rentner, Caruso etc.
Alles ohne Extra-Entree!

Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Brauerei Friedrichshain

Am Königsplatz.

Heute, Freitag, 12. Tag der
Gr. Internationalen

Ringkampf-Konkurrenz
um den Großen Preis von
Berlin - 6000 M. in bar.

Gründe ringen 5 Beare:
Pohl-Abs II-Deutschland;
gegen

Tiberia, Champion d. Spanien.
Albert Hain-Berlin gegen
Pytlasinski, Weismitt, Barjau.

Petroff-Bulgarien gegen
Van Dam-Belgien.
Savourer-Rünchen
gegen

Kuba-Böhmen.
Allmann-Berlin gegen
Antonich-Bosnien.

Bei den Ringkämpfen: Austr.
der neuesten und besten
Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 1 Pf. Num. Tisch 2 Pf.

Sanssouci, Kottbuser

Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und
Donnerstag:

Neues Programm.
Gr. Elite-Soiree Tanz-
Kränzh.

von
Hoffmanns Nordd. Sängern

Vorges: Soiree. Tanzkr.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.
Dienstag: Theaterabend.

Gustav Behrens- Theater.

Goltzstr. 9.

Echte Spreathener.

Volkslied mit Gesang und Tanz
von Walther Carlke.

Neuz. Heilig. Dandlener: Die. Gustav
Behrens, Wilhelm Denschel, Arbeiter:
Regist. Fernb. Range.

Rußerdem die übergen erstklassigen
Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Naunyn-Festsäle.

Empfehle den verehrten Vereinen
und Parteigenossen meine vollständig
renovierten Säle, Vereinszimmer
und Kegelbahnen zu Veranlassungen,
Vereins- und Privat-Festlichkeiten.
Telephon Amt IV, 10637.

6, Naunynstraße 6.

Jeder

sich vor Uebervorteilung
Schützende Überwachen sich
Unbetrübten elegant
aus reinen Materialien
wie gearbeitet. Endet jeder

Herr

hochvernehm gefertigte
Herrn-Anzüge für 11-12 M.
Herrn-Paletots für 10-12 M.
Herrn-Käpfe für 7-10 M. ist.
Herrn-Hosen für 7-12 M.
Jeder Herr jeden Standes

lese

unser Angebot ist einzig!
Täglich a. Sonntag geöffnet.
Deutsches Versandhaus
Jägerstr. 82, i. Trepp.



Die Arbeitslosen-Zählung am 17. November 1908

findet außer in Berlin in folgenden Vororten statt:

- Adlershof, Brix, Charlottenburg, Dahlem, Friedenau, Johannisthal, Lichtenberg, Mariendorf, Nieder-Schönhausen, Ober-Schöneweide, Pantow, Reinickendorf, Rixdorf, Rummelsburg, Schöneberg, Tempelhof, Treptow, Weiskensee, Wilmersdorf

Das nötige Material zur Zählung wird von den Gemeinden selbst ausgegeben. Es sind seitens unserer Genossen sofort die nötigen Anforderungen zu stellen.

- In den Vororten Friedrichsfelde, Köpenick, Nieder-Schöneweide, Schmargendorf, Spandau, Zehlendorf

In welchen Partei und Gewerkschaft ohne Hilfe der Gemeinden zählen, ist das erforderliche Material vom Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engel-Ufer 15, l. einzufordern.

Von diesen erhalten die Vororte Zählkarten und Formulare. Auch Zähler überweist die Gewerkschafts-Kommission, falls die Vororte solche nicht selbst stellen können.

Schnelle Erledigung der wichtigen Vorarbeiten erwarten Der Aktions-Ausschuss.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 15. d. M., findet im „Volkshaus“ für die Mitglieder des Wahlvereins (Gruppe II) ein Familien- und Unterhaltungsabend verbunden mit Theateraufführung und Tanz statt. Billets a 30 Pf. sind bei den Bezirksführern sowie im „Volkshaus“ erhältlich.

Dannewitz. Sonnabend, den 14. November, abends 8 Uhr, bei Philipp, Königsstr. 40, Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Der Vorstand.

Köpenick. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Gewerkschaftsbibliothek nunmehr wieder eröffnet ist; wir empfehlen die renovierte und erweiterte Bibliothek zu recht reger Benutzung. Die Ausgabe erfolgt täglich in der Zeit von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends beim Genossen Böhler, Kiefernstr. 6 im Laden.

Schöneiche-Nein-Schönebeck. Sonntag, den 15. November, nachmittags 4 Uhr, im „Waldschloßchen“, Schöneiche, Versammlung mit der Tagesordnung „Die Entwicklung der Arbeiterturnvereine und das Verhalten der Polizei ihnen gegenüber“. Referent: Paul Geck-Berlin.

Boismannslust. Der Wahlverein feiert am morgigen Sonntag, den 14. Stiftungsfest in den Vorgründer Festsaal. Das Fergnügungskomitee hat weder Rabe noch Mittel geküht, um das Fest zu einem künstlerischen und genussreichen zu gestalten. Mitwirkende sind: Mitglieder des Sinfonieorchesters, Konzertsängerin Fräulein Erna Schneider und Schauspielerin Elise Kühne (Rezitation). Die Festeide hält Genosse R. Schütte.

Berliner Nachrichten.

Auch eine Stadtverordneten-Sitzung

war die geistige. Das den Stadtverordneten vorgelegte Arbeitspensum war so winzig, daß die Sitzung schon nach ganz kurzer Dauer geschlossen werden konnte. Was in ihr verhandelt oder vielmehr ohne jede Erörterung beschlossen wurde, wolle man an anderer Stelle unserer Blätter nachlesen. Aufregendes ist nicht dabei. Es scheint, daß im Rathaus jetzt Beschäftigungsmangel herrscht.

Die Rugdanesen

sind außer sich vor Wut ob ihres Scheiterns bei der Stadtverordneten-Erloßwahl in der zweiten Abteilung des fünften Bezirkes. Alles hatten sie so schön in Bewegung gesetzt, um ihren Rugdan ins Rathaus zu bugstieren; Stadtverordneten-Vorsteher, Vorsteher-Stellvertreter, Bezirksvorsteher hatten ihre ganze Autorität für ihren Günstling eingesetzt, Antisemiten und Konserbative waren zur Unterstützung Rugdans angetreten und doch wurde der sozialfortschrittliche Professor Dr. Richter gewählt, wenn auch nur mit einer winzigen Mehrheit. Das schmerzt. Die Rugdanesen sahen ihren Schützling schon so sicher als Sieger, daß sie sich gar nicht in ihr Risiko schicken wollten. Sie verbreiten die Nachricht, daß Stichwahl stattfinden müsse, weil dem Professor Richter eine Stimme an der absoluten Majorität fehle. Sie verlassen sich jetzt auf den Magistrat, der das amtliche Resultat festzustellen hat, von dem sie hoffen, daß er durch Anwendung ungeheurer Mittel ihren Reifall doch noch zu ihren Gunsten korrigieren werde. Es sind nämlich zwei Stimmen auf den Volksschullehrer Heidenreich abgegeben worden. Nun sind aber Volksschullehrer nicht wählbar und es müssen diese beiden Stimmen als ungültig erklärt werden. Diese Stimmen sind genau so ungültig, wie wenn ein Wähler seine Stimme etwa dem Kaiser von China geben wollte. Dazu kommt, daß der Magistrat die Ungültigkeit der beiden Stimmen aussprechen muß, weil verschiedene Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts in dieser Beziehung vorliegen. Der Magistrat kann also den Herren, so sehr er vielleicht geneigt sein würde, nicht helfen. Die Rugdanesen sollten doch nicht so offenkundig ihre Wut über den Reifall merken lassen. Unverdiert ist er doch nicht. Vielleicht präsentieren uns die Herren nächstens Herrn Rugdan als Stadtrat. Das macht sich doch viel hübscher, wenn an dem Magistratspräsidenten, Wiemer und Rugdan, zu welchem sich gelegentlich noch Kopsch gesellen könnte, den unverschämtesten Wodliberaktismus repräsentieren.

Für die Arbeiter der städtischen Wasserwerke sind in der jüngsten Sitzung der zuständigen Deputation, die sich mit der Beratung des Etats befaßte, ganz annehmbare Fortschritte hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit sowie der Lohnerhöhung erzielt worden. Nachdem in den früheren Jahren die auf Verkürzung der Arbeitszeit hingelenden Anträge des Genossen Dr. Wehl schlanweg abgelehnt wurden, ist nunmehr in den neunhundertsten die erste Breche gelegt worden. Für die bei den Rohrlegungen beschäftigten Kolonnenarbeiter wird ebenso wie für die bei der Gasverwaltung mit Rohrlegungen beschäftigten Arbeiter

die neunhundertige Arbeitszeit eingeführt. Der heute gezahlte Tageslohn wird den Rohrlegern in einem neunhundertigen Stundenlohn umgerechnet. Für das Winterhalbjahr, wo bisher schon neun Stunden durchschnittlich gearbeitet wurde, entspringt aus diesem Beschluß eine 11prozentige Lohnerhöhung. Dieser Beschluß wird mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Für die anderen im Betriebe der Wasserwerke beschäftigten Arbeiter gelang es leider noch nicht, den neunhunderttag durchzusetzen. Doch dürfte dies, wenn die Organisation der städtischen Arbeiter nur tüchtig auf dem Posten ist, eine Frage der Zeit sein.

Bemerkenswert ist dann noch die Annahme eines Antrages unseres Genossen in der Deputation, wonach für das Wasserwerk Zegel die Badeeinrichtung ausgebaut wird; bisher gab es für 90 Arbeiter nur zwei Badewannen. Die Badegellegenheit auf dem Werk Friedrichshagen wird ebenfalls vergrößert werden. Bisher gab es als Badegellegenheit dort nur einen Wasserhahn und darunter einen Ausguss, so daß die Arbeiter lieber schmutzig nach Hause gingen. Am wichtigsten scheint uns aber der auf Antrag des Stadts. Dr. Wehl gefasste Beschluß zu sein, daß auf allen Werken jedem Arbeiter vor Feierabend wöchentlich einmal Gelegenheit zu einem Bade gewährt werden soll. Die hierfür erforderlichen 15 Minuten dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden.

Die Ausichten für die Freunde von Naturisbahnen gestalten sich bei der anhaltend niedrigen Bitterung von Tag zu Tag günstiger. Auf der Spree zeigte sich bereits gestern das erste Treibeis, und die Verbindungsgewässer sind zum Teil schon seit Tagen mit einer Eiskruste überzogen. Die Eisdecke des Rixdorfer Stichkanals beträgt gegenwärtig anderthalb Zoll und fast die sämtlichen geschlossenen Seen in der Umgebung Berlins sind zugefroren. Auch die Eisdecken der Tiergartengewässer besitzen bereits eine erhebliche Stärke und voraussichtlich werden, was schon seit zwei Jahrzehnten nicht mehr der Fall gewesen ist, die Tiergartenbahnen noch im November zur Eröffnung kommen. Dies dürfte, wenn der Frost keine Unterbrechung erfährt, schon in einigen Tagen zu erwarten sein.

Die Schiffer beeilen sich jetzt, ihre Lasten zu löschen, um die Winterquartiere aufzusuchen. Stellenweise ist die Schifffahrt bereits gegenwärtig durch das Eis gestört, und viele Eigner weigern sich aus diesem Grunde, neue Frachten aufzunehmen. Durch den frühzeitigen Winter ist die durch die ungünstigen Wasserverhältnisse dieses Jahres ohnehin schon schwierige Lage der Schiffer noch wesentlich verschärft worden.

Falsche Goldstücke. Seit kurzem sind falsche Zwanzigmarkstücke im Umlauf, die mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1889 geprägt sind. Die Falschstücke sind aus Kupfer hergestellt und verguldet, zeigen das Bildnis Kaiser Wilhelm II. und sind besonders dadurch kenntlich, daß der kleine Reichsadler verkehrt zu dem Bildnis auf der anderen Seite steht. Die Randinschrift „Gott mit uns“ ist sehr mangelhaft ausgeführt. Ein Berliner Falschmüller, welcher sein Unwesen in der Provinz treibt, hat in Stendal falsche Zwanzigmarkstücke ausgegeben verurteilt. Der etwa 25jährige, gut gekleidete Mann war, wie festgestellt wurde, mit einem Berliner Junge nach Stendal gekommen, machte in kleineren Geschäften Einkäufe und gab falsche Zwanzigmarkstücke in Zahlung. Die Falschungen zeigen das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1888, bestehen aus einer minderwertigen Metalllegierung, besitzen jedoch eine gute Prägung.

Zwei betrügerische Straßenhändler, die es in geschickter Weise verstanden, das Pfund mit 420 Gramm zu berechnen, wurden in der Frankfurter Allee festgenommen. Beide Händler hatten an der unteren Seite der Warenkörbe ihrer Waagen Kleiplatten befestigt und dadurch das wirkliche Gewicht um 80 Gramm vermindert. Die Waagen wurden beschlagnahmt und die betreffenden Händler werden sich nunmehr wegen Betruges zu verantworten haben.

Durch derartige gewissenlose Händler, die das laufende Publikum durch Windergebnisse betrogen, werden auch die realen Straßenhändler stark geschädigt.

Die Schulbücherlieferung für bedürftige Kinder liegt noch sehr im argen. Manche Schulkommissionsmitglieder haben einen sonderbaren Begriff über die Frage der Bedürftigkeit. Bevor nicht schon jedes Stück Möbel ins Leihhaus gewandert ist, eher erkennen manche der Herren die Bedürftigkeit nicht an. Als einen solchen Mann bezeichneten wir kürzlich den Fuhrer Scheffermann in der Koloniestraße. Herr Scheffermann besuchte uns daraufhin und wehrte sich dagegen, daß er engherzig verfahren sei. Er bestritt, gesagt zu haben, wenn die nachsichende Schulle für die Kinder kaufen könne, sie dann auch selber für Bücher sorgen könne; außerdem habe der Arbeiter einen Lohn, der die ungenügende Lieferung der Schulbücher nicht rechtfertige. Wir haben daraufhin nochmals die Sachlage festgestellt und haben an unserer Darstellung nichts wesentliches zu ändern. Richtig ist nur die Angabe Sch., daß der Arbeiter in Arbeit stand, obwohl er an einem Geschwür litt, aber die Frage der Bedürftigkeit muß nach wie vor bejaht werden.

Die Frau macht äußerlich einen kränklichen, gebrechlichen Eindruck. Von 11 Kindern leben noch 4, von denen noch keins der Schule entwachsen ist. Eins davon liegt seit 5 Wochen schwer krank danieder. Die Familie lebt, was uns unbeteiligte Personen bestätigten und wovon wir uns selbst überzeugen konnten, in den dürftigsten Verhältnissen. Was nun die Neuerung anbelangt, die Herr Scheffermann getan haben soll, daß die Frau, wenn sie Stiefel für die Kinder kaufen könne, es doch wohl auch noch für Bücher reichen werde, so wird dies nicht nur von der Frau, sondern auch von Zeuginnen, die dabei waren, bestritten. Einer Frau, die mit Herrn Sch. über die Sache sich unterhielt, sagte er, er wisse nicht mehr, ob er die Neuerung getan habe und als die Rede noch mal darauf kam, blieb Herr Sch. vollkommen still. Die Kinder haben bis jetzt noch keine Bücher erhalten, die Mutter erklärt, beim besten Willen nicht in der Lage zu sein, solche aus eigenen Mitteln beschaffen zu können, was nach den obigen Schilderungen vollauf zutrifft.

Vom Gerüst abgehürt. Einem schweren Unfall ist der Zimmermann Ernst Thiele, Romintenr Straße 10, zum Opfer gefallen. Ih war auf dem Neubau Spidemannstr. 4 beschäftigt gewesen. Bei der Arbeit auf dem Gerüstbau stürzte er infolge eines verhängnisvollen Fehltrittes aus der Höhe des zweiten Stockwerks in die Tiefe. Er zog sich einen komplizierten Unterschenkelbruch und anscheinend schwere innere Verletzungen zu. In recht bedenklichem Zustand wurde der Verunglückte in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Die Kindesleiche im Stadtbahnhof. Einen schaurigen Fund machte ein Beamter auf dem Bahnhof Charlottenburg. Als er die Tür eines Abteils dritter Klasse eines eingestellten Ringbahnzuges revidierte, sah er ein Paket im Gepäck liegen, in dem er beim Öffnen die Leiche eines neugeborenen Knaben vorfand. Wahrscheinlich ist das Kind getötet und die Leiche dann von dem Täter in dem Zug zurückgelassen worden. Es dürfte wohl schwer halten, die Urheberin zu ermitteln.

Unter dem Verdachte des dreifachen Mordes ist die 46 Jahre alte Witwe Hanna Schröder, geb. Schöple, geschiedene Heidmann, verhaftet worden. Die Angelegtheit beschäftigt die Staatsanwaltschaft schon lange. Die Anzeige ging ursprünglich von Verwandten der Frau aus, die sie beschuldigten, ihren Mann, ihren Bruder und den Bräutigam ihrer Tochter umgebracht zu haben. Frau Schröder heiratete als Stillerin einen reichen Fuhrer, der damals in der Georgenkirchstraße 41 ein großes Grundstück besaß. Dieser Fuhrer starb plötzlich im August 1903, der angeblich ermordete Bruder der Frau Schröder, ein Schneidermeister

Schöple, wohnte als Jungknecht in der Königschauffee zu Weihensee. Er stand am 20. Februar 1906 morgens schwer krank auf und starb seinen Wirtsknechten, die ihm beisprangen, unter den Händen. Mit der 22 Jahre alten Tochter der Frau Schröder war ein 30 Jahre alter Lediger Karl Schindler verlobt. Dieser erkrankte plötzlich, als er am 8. März 1907 bei seiner Braut und seiner angehenden Schwiegermutter zu Besuch in der Goldstraße weilte und starb schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Alle drei Männer soll Frau Schröder durch Gift umgebracht haben, ihren Mann und ihren Bruder wegen Geldangelegenheiten, den Bräutigam ihrer Tochter als Mitwitzer der beiden ersten Morde. Auf Grund der neueren Ermittlungen und Vernehmungen wurde Frau Schröder und zugleich auch Keller nach ihrer Vernehmung vom Untersuchungsrichter in Haft genommen.

Einen jähen Abbruch hat gestern morgen die Mittwochabend von Zegel aus begonnene Dauerfahrt des Militärluftschiffs „Groß 1“ gefunden. Der Lenkballon geriet, anstatt nach dem festgesetzten Ziel Hannover zu gelangen, auf das Stettiner Haff, wo es um 1 Uhr morgens unfreiwillig auf das Wasser niederging. Ueber die Strandung des Militärluftschiffes wird gemeldet: Das Militärluftschiff ist nach einer Nachfahrt bei Wollin glücklich gelandet. Das gesamte Material ist bereits verpackt und gelangt mit der Eisenbahn hierher zurück.

Die Hülle des Ballons ist bei der Landung vollständig zertrümmert und das Gestänge stark demoliert. In der Nacht herrschte flares Mondschneewetter, aber es wehte ein starker Nordwind. In Luftschiffkreisen wird angenommen, daß auf der Fahrt das Steuer defekt wurde und das Luftschiff, da der Wind ziemlich stark aus Süden wehte, unfreiwillig nach Norden trieb; wäre das Steuer betriebsfähig geblieben, so würde der Ballon nicht der Windrichtung nach gefahren sein. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Ballon mangels Orientierung auf der nächtlichen Reise in falsche Bahnen geraten ist; als es dann frühmorgens hell wurde, haben die Fahrer das offene Meer vor sich gesehen und sind schleunigst niedergegangen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel „Schulden-eintreiber“ (in Nr. 266), der das Vorgehen des Buchdruckereibesizers Wilhelm Hartmann (Michael Kirchner 22) gegen eine arme, mit der Miete im Rückstand gebliebene Frau schilderte, mußte es heißen: „Der Vollstrecker des Urteils brauchte ja nun nicht mehr zu fragen, was unentbehrlich (statt: ungeschicklich) sei und was nicht.“

Einen Selbstmordversuch verübte gestern im Moabiter Kriminalgebäude das 19jährige Dienstmädchen Marie Schröder. Die S. war bei einem Geschäftszimmer in Schöneberg als Dienstmädchen in Stellung gewesen und hatte diese verlassen, da sie angeblich von ihrem Dienstherrn gräßlich beleidigt und mishandelt worden sei. Diese Beschuldigung lag einer Privatklage zugrunde, welche die S. gegen ihren ehemaligen Dienstherrn angebracht hatte. Die vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg stattgefundene Verhandlung endete mit Freisprechung des Beklagten und der S. wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt. Hierüber geriet sie in große Aufregung. Auf dem Wandelgang zog sie plötzlich eine Flasche mit Äthyl hervor und trank sie halb leer. Als sie auf die Stufen niedergeknien war, setzte sie die Flasche nochmals an den Mund, der Portier Sieg, der hinzugesprungen war, rief ihr aber die Flasche gewaltsam aus der Hand. Die jugendliche Selbstmörderin wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht.

Die Grünthaler Straße von Nr. 2a bis Nr. 34 und die Kristiania Straße von der Völlerstraße bis zur Grünthaler Straße unter Einschluß der Kreuzgasse werden behufs Höherlegung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Die Freie Volksschule feiert am Sonnabend, den 14. November, 8 1/2 Uhr, im Festsaal der Brauerei „Happoldt“, Hasenheide 32/38, ihr Winterfest. Das Programm kündigt einen weiteren Konzert- und Leberbrett-Abend an. Mitwirkende sind: Herr Kapellmeister James Rothstein, für Chanson und Rezitation: Fräulein Rozena Bradsky und Herr Robert Stoppel. — Nach den Vorträgen findet Ball und Gesellschaftsabend unentgeltlich statt. Festkarten für die Mitglieder sind in allen Volkshäusern u. s. w. zu haben. Da die Nachfrage sehr stark ist und nur eine beschränkte Personenzahl Zutritt hat, empfiehlt es sich, die Karten sofort zu entnehmen.

Vermißt wird seit dem 23. Oktober Frau Emma Bospich, geborene Hermenau, am 13. September 1866 zu Königsberg i. Pr. geboren, Mülhausener Straße 3 wohnhaft gewesen. Sie ist mittelgroß, hat graumeliertes Haar, längliches blaßes Gesicht, graue Augen, im Oberkiefer künstliche, sonst lückenlos Zähne und eine Wange auf der rechten Wange. Bekleidet war sie mit schwarzem Winterhut mit grauen Blumen, blauer Bluse mit weißen Punkten, blauem Rock, schwarzem Jackett, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen, weißer Wäsche, gez. S. P. Nach einem hinterlassenen Briefe beabsichtigt die Bospich Selbstmord zu begehen. Personen, die über den Verbleib der Vermißten irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 5581 IV. 39 08, mitzuteilen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Aus dem Tätigkeitsbericht der städtischen Säuglingsfürsorge.

Am 2. Mai 1907 wurde in Rixdorf die städtische Säuglingsfürsorge eröffnet. Der nunmehr vorliegende Tätigkeitsbericht des leitenden Arztes Dr. Michael Cohn bietet einen interessanten Einblick darüber, wie notwendig gerade in der Arbeiterstadt Rixdorf die Errichtung der Säuglingsfürsorge war. Der Bericht erstreckt sich auf die Tätigkeit vom 2. Mai 1907 bis 1. April 1908, also auf 11 Monate. Die Tätigkeit der Fürsorge gliederte sich in die ärztlichen Beratungen, in die Bewahrung von Untersuchungen und in die Hausbesuche. Während der elf Monate sind im ganzen 94 ärztliche Sprechstunden von meist 2 1/2-3 stündiger Dauer abgehalten, in denen 746 Kinder untersucht wurden. Da die Zahl der Einzeluntersuchungen 3201 betrug, so war jede Sprechstunde von durchschnittlich 34 Kindern besucht. Im ersten Lebensvierteljahr standen von den untersuchten Kindern 388 (= 52 Proz.) im zweiten 197 (= 26,4 Proz.) und 161 (= 21,6 Proz.) waren über ein halbes Jahr alt. Muttermilch erhielten zum Teil 333 Säuglinge, das sind 47,9 Proz., während von den 746 Kindern 188 gar nicht und 25 Säuglinge nur die ersten acht Tage an die Brust gelegt wurden.

Es fällt demnach bei 164 = 21,9 Proz. der Kinder die Ernährung durch die Brust von vornherein weg. Unter den im 1. Lebensmonat in der Fürsorge vorgehaltenen 185 Säuglingen erhielten noch 110 = 59,5 Proz. die Brust. Somit werden etwa 1/3 der Kinder im 1. Monat natürlich ernährt; diese Zahl schrumpft indes im 2. Monat auf 68,7 Proz. und im 3. Monat auf 39,9 Proz. zusammen. Der Bericht betont nun, daß bei den Beratungen der stillenden Mütter das Anmieren zum Weiterstillen eine wichtige Rolle spielte. Nicht selten wurde aus wichtigen Gründen, Unruhe des Kindes, Unkenntnis über seinen Nahrungsbedarf, Saugschwäche oder geringfügige Beschwerden der Mutter das Kind vorzeitig abgeleut. In diesen

Fällen habe sich eindruckliche Befehring als erfolgreich erwiesen. Doch in den Fällen — der Bericht spricht von vereinzelten —, in denen wirtschaftliche Ursachen, die Notwendigkeit der Mütter, der Arbeit nachzugehen, zur Aufgabe des Säuglings Veranlassung gegeben haben, hat das Institut in Ermangelung von Mitteln nicht Abhilfe schaffen können. Hier wäre es nun Pflicht der Kommune, es an dem Notwendigsten nicht fehlen zu lassen und ausreichend Mittel bereit zu stellen. Bei aller Anerkennung des Bestrebens, die Mütter durch Unterweisung über die Häufigkeit, die Regelmäßigkeit des Anlegens und sonstigen wichtigen Fragen zu belehren, ist die materielle Unterstützung der ärmsten Mütter das Wichtigste. Dieser Anschaffung wird denn auch in dem Bericht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Ausdruck gegeben. Es heißt hier: „Eines der wichtigsten Mittel zur Durchführung einer rationellen Säuglingsfürsorge bilden die materiellen Unterstützungen. Einerseits ist manchen Müttern auch mit den besten ärztlichen Ratsschlägen herzlich wenig gebiet, da es eben am Allernotwendigsten zu deren Durchführung fehlt. Und andererseits genügen, wie die Erfahrung lehrt, meist schon ganz geringe Beihilfen, um eine regelmäßige Versorgung der Kinder und somit eine konsequente Überwachung zu veranlassen; mit Nachlass der Unterstützung verschwinden nicht selten die Kinder aus unserem Gesichtskreis.“

Die zur Verfügung stehenden Mittel kamen in erster Linie den säugenden Müttern zugute. Die Bedürftigen unter denselben erhielten täglich, bei längerer Dauer und ausreichender Milchsekretion jeden zweiten Tag einen Liter Kuhmilch zu eigenem Gebrauch. Im ganzen wurden 4298 Liter Milch an 118 Mütter verabfolgt. Außerdem gelangte zur unentgeltlichen Verteilung an nähere Mütter das Nährpräparat Plasmon. Laut Magistratsbeschluss wurde vom 1. Juli 1907 ab auch in Fällen dringender Not Kindern für künstlich ernährte Säuglinge unentgeltlich abgegeben. Es kamen auf diese Weise 588 Liter Milch an Flaschenlinder zur Verteilung.

In den Fällen, in denen Milch an Mütter oder Kinder fortlaufend abgegeben wurde, fanden durch die Fürsorgegeschwister eingehende Recherchen über die Bedürftigkeit statt. In 53 Fällen von 124 Recherchen wurde als Grund der Bedürftigkeit Arbeitslosigkeit des Vaters festgestellt, entweder völlige oder teilweise.

In dem Bericht wird betont, daß die meisten Anliegen um Beihilfe in die Zeit der Aussparungen im Baugewerbe und andererseits in den vorhergehenden Wintermonaten zur Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit an die Fürsorge gelangt seien. Diese Bemerkung kann jedoch, weil jeder Beweis fehlt, nur als willkürliche Annahme betrachtet werden. Der Herausgeber des Berichts hätte auch nicht nötig gehabt, zu betonen, daß nicht immer die Arbeitslosigkeit eine unverschuldete gewesen ist, weil z. B. ein a l Trunksucht und ein a l Arbeitslosen des Vaters konstatiert worden sei. Im allgemeinen zeigt die Stelle des Berichts über die Ursachen der Unterstützungen ein Bild sozialen Elends und Jammers. Den häufigsten Anlaß zur Unterstützung bildeten Krankheiten des Ernährers: Verletzungen, Unfälle, Lungenkrankheiten, Schwindel, Nervenschwäche waren besonders oft vertreten. Oft war großer Kindererkrankung bei geringem Verdienst die Ursache der Unterstützung. Doch die Recherchen der Fürsorgegeschwister geschahen nicht bloß, um sich davon zu überzeugen, ob auch keiner der zu unterstützenden Armut simulierte, sondern auch, um die Durchführung der ärztlichen Vorschriften zu kontrollieren. Sie sollen einen wesentlichen Bestandteil der gesamten Fürsorgetätigkeit und eine wichtige Ergänzung der Sprechstunden bilden. Oft wurde die Schwester von Hebammen zu frisch entbundenen Wöchnerinnen geholt, bei denen Unterstützung dringend notwendig war.

Im allgemeinen zeigt der Bericht, daß, wenn die Säuglingsfürsorge ein für die ärmsten Bevölkerungsschichten segensreiches Institut sein soll, von der Stadt ganz andere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die 748 Kinder, denen die Fürsorge mit noch viel zu geringen Mitteln zu gute kam, sind nur ein kleiner Bruchteil der hiesiger Säuglinge. Wurden doch im Jahre 1907 in Hildorf 8255 Kinder lebend geboren. An den hiesigen Städtischen Säuglingsheim wird es liegen, dem Drängen unserer Genossen folgend, auch diesem Gebiet ihre Augenmerk ernsthaft zuzuwenden.

Charlottenburg.

Freie Volksschule Charlottenburg. Die nächste Vereindorstellung findet diesen Sonntag (15. November) 3 Uhr nachmittags statt. Gespielt wird Schillers „Braut von Messina“. Die Beitragsmarken müssen am Sonnabend, den 14. November, gefälligst sein, wenn sie zum Besuch der Vorstellung berechtigen sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch nach kurzer Debatte, in der u. a. Genosse Zietzsch es bemängelt hatte, daß den Stadtverordneten nicht die Jagdarten zu ihrer Information vorgegangen sind, die Vorlage betreffend Arbeitslosenzählungen am 17. November und 15. Februar gemeinsam mit Berlin.

Die Plakate der in den Ersatzwahlen im Oktober gewählten Stadtverordneten, unter denen sich auch unsere Genossen Gwald und Scharenberg befinden, wurden ohne Diskussion für gültig erklärt. Die Einführung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Hierauf berichtete Stadtv. Dr. Dubaisch namens des Ausschusses über die Vorlage betreffend Bewilligung von Mitteln aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Städteordnung. Der Antrag des Magistrats ging bekanntlich dahin, 50 000 M. zur Errichtung einer Stiftung zur Unterstützung von im Ehrendienst der Stadt tätig gewesenen Personen und deren Hinterbliebenen und weitere 50 000 M. zur Errichtung eines Kunstwerks zum Gedächtnis des Freiherren vom Stein zu bewilligen, sowie eine Ehrenstafel für verdiente Personen, die im Ehrendienst der Stadt tätig gewesen sind, zu errichten. Der Ausschuss hat das Kapital der Stiftung auf 100 000 M. erhöht, als Kunstwerk einen künstlerisch ausgestatteten Brunnen auf dem Steinplatz vorgeschlagen und die Beschlußfassung über die Ehrenstafel vertagt. Namens der Sozialdemokraten erklärte sich Stadtv. Zietzsch mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden; er bemerkte jedoch, daß er der Errichtung eines Kunstwerks nur bedingungsweise zustimmen könne. Seine Freunde hätten nichts gegen die Verbanung eines Brunnens zum Andenken an den Freiherren vom Stein, der es verstanden habe, in einer unrationellen Zeit an das Volk zu appellieren. Über leider seien die städtischen Körperschaften nicht in der Lage, allein Bestimmungen über die Gestaltung des Denkmals zu treffen. Es könne der Stadt wieder eine Kunststiftung ausgedrängt werden, die nicht ihrem Zweck entspreche. Denkmäler errichte man aber doch nicht für einen Mann, der vielleicht nur einmal in seinem Leben daran vorübergehe, sondern für die ganze Bevölkerung, die sich die „Kunstwerke“ hier ansehen. (Heiterkeit.) Seine Freunde erwarteten, daß die berufenen Stellen der Stadt auch das Budget genehmigen, gegenüber den Wünschen des Kaisers einem wirklich geläuterten Kunstgeschmack Rechnung zu tragen.

Die Anträge des Ausschusses gelangten zur Annahme. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Entgegennahme des Ausschussesberichts über den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Wertzuwachssteuer. Der ursprüngliche Antrag lautete:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, ihr eine Vorlage zu machen, durch welche eine Wertzuwachssteuer für Charlottenburg eingeführt wird.“

Der Ausschuss empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen, dagegen folgender Resolution zuzustimmen:

„Die Versammlung erklärt, daß sie dem Gedanken der Einführung der Wertzuwachssteuer vorbehaltlich der Regelung der Einzelheiten grundsätzlich geneigt gegenübersteht und ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über Einführung einer Wertzuwachssteuer zu beraten.“

Für die Beratungen in gemischter Deputation hatte sich der Ausschuss mit 11 gegen 2 Stimmen ausgesprochen, die Erklärung, daß man der Einführung der Wertzuwachssteuer grundsätzlich geneigt gegenüberstehe, war mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen. In der Debatte sprach sich Stadtv. Zander gegen die Wertzuwachssteuer aus, solange daneben die Umsatzsteuer bestehen bleiben soll. Noch schärfer bekämpfte Stadtv. Landtagsabgeordneter Dr. Krüger den Gedanken dieser Steuer. Im Gegenstoß dazu befürwortete Genosse Dr. Vorschardt in erster Linie den wieder eingebrachten ursprünglichen Antrag der Sozialdemokraten. Er wies darauf hin, daß die Einführung einer gemischten Deputation, die erst die Grundlagen einer Wertzuwachssteuer festlegen solle, eine Verschleppung bedeute. Es handele sich nur um die Besteuerung des unverschuldeten Wertzuwachses an Grund und Boden. Neben die Gerechtigkeit dieser Steuer könne kein Zweifel bestehen, die Vorteile für die Stadt seien auch nicht zu bestreiten. Er warnte daher, über den ersten Teil des Ausschussesantrages zur Tagesordnung überzugehen, wie es der Stadtv. Krüger angeregt hatte, denn die gemischte Deputation könne doch nur dann ersprießlich arbeiten, wenn sie wisse, daß die Versammlung der Wertzuwachssteuer grundsätzlich freundlich gegenüberstehe.

Nachdem sich noch eine Reihe von Rednern, darunter Stadtv. Stadthagen (unpolitisch) und die Liberalen Holz und Dr. Spiegel für die Ausschussesanträge ausgesprochen hatten, wurde der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit 18 gegen 35 Stimmen abgelehnt, der Antrag des Ausschusses, der die grundsätzliche Genehmigung für die Wertzuwachssteuer ausdrückt, wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 21 Stimmen angenommen, die Einführung der gemischten Deputation wurde mit 49 gegen 2 Stimmen beschlossen. So ist denn damit der unermüdbaren Agitation der Sozialdemokraten der erste Schritt zur Einführung dieser gerechten Steuer getan. Hoffentlich werden die Beratungen der gemischten Deputation ein ersprießliches Resultat zeitigen.

Wannsee.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit einem Antrag des Dr. Oppenheim zu beschäftigen, der die Straße 89, welche sein Eigentum ist, von dem Bebauungsplan gestrichen haben will. Der Antragsteller will der Gemeinde gestatten, den Wasserweg bei Feuergefahr oder Leitung von Entwässerungsröhren zu benützen. Die Versammlung stimmte dem zu. Es soll dafür eine andere Zufahrtstraße zum Wasser angelegt werden, und zwar soll dieselbe von der zum Bahnhof führenden Straße abgehen, wo heute die Dampfstation ist. Zur Einrichtung von drei Löschdepots, und zwar in der Großen Seestraße bei Reklam, in der Friedrichsstraße in der Post und in Kohlhasenbrück bei Boier wurden der Feuerwehr 1000 M. bewilligt.

Friedrichshagen.

Der Gesangsverein „Friedrichshagener Männerchor“ bezieht am morgigen Sonnabend in der Großen Bürgerstraße (Rundbühl) sein Stiftungsfest. Da sich der betreffende Verein bei den Veranstaltungen der Partei stets bereitwillig zur Verfügung stellt, so erlauben wir die Genossen und Genossinnen recht regen teilzunehmen.

Weißensee.

Anhetage im Barbiergewerbe. Auch am hiesigen Ort hat eine Agitation der „Freien Vereinigung der Barbiers und Friseur“ den Erfolg gehabt, eine Zweidrittelmajorität für eine Petition an den Regierungspräsidenten zu erzielen, welche den Zweck verfolgt, ein Verbot des Gewerbebetriebes der Barbiers an den zweiten Festtagen der drei hohen Feste zu bewirken. Die Barbiergeschilde, welche am Orte noch sehr mangelhaft organisiert sind, sollten sich ihre Prinzipale zum Beispiel nehmen und mehr als bisher für ihre eigenen Interessen tätig sein.

Zur Arbeitslosenzählung. Nachdem das Statistische Amt Berlin sich mit den einzelnen Vorortgemeinden bezüglich der einheitlichen Zählung der Arbeitslosen am 17. November in Verbindung gesetzt hat, scheint man sich auch hier in den maßgebenden Kreisen anders denken zu haben. Auf der Tagesordnung der heute Freitag stattfindenden Sitzung der Gemeindevertretung steht als 8. Punkt: „Ausweisung zu einer Arbeitslosenzählung am 17. November d. J. und Bewilligung der Mittel.“ Vor 14 Tagen hieß es anders, da wurde ein von unseren Genossen gestellter Antrag einfach abgelehnt. Es sollte uns wirklich wundern, wenn heute die Majorität anders entscheidet.

Ober-Schöneeweide.

Gemeindevertretung. Der Antrag unserer Vertreter, sich der am 17. November von der Stadt Berlin zu veranlassenden Arbeitslosenzählung anzuschließen, fand Annahme. Herr Engel als Direktor der Amtsgemeinschaft Prifer erweiterte es großes Unbehagen, daß bei der Zählung auch die Gewerkschaften mitwirken sollen. Er verlangte, die Gemeinde solle dahin wirken, daß das „Gewerkschaftsbund“ (wie er sich ausdrückt) nach Möglichkeit ausgeschaltet werde, da die dort domicilierenden Herren alles daran setzen würden, ein nur ihren politischen Interessen dienbares Resultat aus der Zählung herbeizuführen. Genosse Grünow wies diese aus der Luft gegriffenen Verdächtigungen energisch zurück und machte dem Herrn klar, wie rücksichtslos seine Ansichten in dieser Frage seien. Ein Besuch der Allgemeinen Elektrizitätswerke und der neuen Automobilgesellschaft, den Beginn des Fortbildungsschulunterrichts für das Winterhalbjahr von 5 auf 6 Uhr zu verlegen, fand Annahme. Kein Wunder, die Mehrzahl der Vertreter besteht aus Fabrikdirektoren und sonstigen Interessenten, welche lebhaftes Interesse daran haben, aus den Lehrlingen eine Stunde Mehrwert herauszuholen. Vergessen wurde seitens unserer Vertreter darauf hingewiesen, welche Dürre darin liegt, wenn eine große Anzahl der jungen Leute, welche auswärts wohnen und den ganzen Tag sein warmes Essen erhalten, abends noch eine Stunde länger festgehalten werden. Zu nichts — der Proßt geht vor. Das Rudergesellschaft der Gemeindevorsteher wurde analog der Aufbesserung der Staatsbeamten erhöht. Die Stelle eines vierten Volksschulinspektors wurde noch längerer Debatte bewilligt. Die Rechnung für das Etatsjahr schließt mit einem Ueberschuß 15 401 M. ab. Die Submission für die Schlossarbeiten der 4. Gemeindehälfte hat unter den Submittenten Profilen gerätet, welche allseitig verurteilt wurden. Die Geispannung für die Feuerwehrt hat Rücksicht ergeben, welche die Beschaffung eigener Geispanne notwendig mache. Im nächsten Jahre soll dies zur Ausführung ge-

langen. Eine rege Geschäftsordnungsdebatte entspann sich am Schlusse der Sitzung, als der Vorsitzende die Anregungen einzelner Vertreter außerhalb der Tagesordnung nicht zulassen wollte. Es wurde beschloffen, auf die Tagesordnung jeder Sitzung zum Schluß den Punkt Verschiedenes zu setzen. In geheimer Sitzung wurden einem Lehrer 300 M. Unterstützung bewilligt. Wünschenswert wäre es, wenn sich der Gemeindevorstand diese Kasse bei der Behandlung auch der Armensachen zu eigen machte.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72, Vortrag: Heinrich Schulz, Gäste willkommen.

Lesabende.

Mariendorf. Freitag, 8 Uhr, bei Georg Loewenhagen, Chauffee-straße 27.

Deutscher Arbeiter-Abkündigten-Bund. Ortsgruppe Berlin: Der Distriktsabend am Sonnabend fällt aus.

Vermischtes.

Das Erdbeben im Vogtland.

Plauen (Vogtland), 12. September. Seit gestern abend sind, wie dem „Vogtländischen Anzeiger“ gemeldet wird, im Vogtland wiederum neue Erdbeben verspürt worden. In der vergangenen Nacht erfolgten fünf leichte Erdstöße. Heute mittag 12 Uhr 25 Minuten war ein heftiger Erdstoß zu verspüren.

Selbstmord eines Defraudanten. Der aus Posen nach Unter-Schlagung von 30 000 M. flüchtig gewordene Buchhalter der dortigen Landwirtschaftsgesellschaft, Josef Stabczynski, wurde, wie aus Lemberg berichtet wird, gestern dort verhaftet. Im Polizeigebäude angekommen, zog er einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß gegen sich ab. Bewußtlos nach dem Spital gebracht, starb er nach kurzer Zeit. Man fand bei ihm einen Verbetrag von 59 Kronen.

Eisenbahnkatastrophen in Nordamerika.

Ein Telegramm aus New York meldet: Bei einem Zusammenstoß von zwei Güterzügen in der Nähe von Chesney (Wyoming) wurden in der vergangenen Nacht zwölf Eisenbahnarbeiter getötet. Bei einem Zusammenstoß zweier Züge, der sich gestern bei Littlewoods auf der New Orleans and Northwestern Railway ereignete, wurden nach einem Telegramm aus New Orleans elf Personen getötet und viele verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste findet S. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007. Jahrestag! Wochentag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochentag 7 Uhr Sonnabends beginnt die Erbschaftsliste um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Seltene Fragen trägt man in der Erbschaftsliste vor.

M. S. 88. Ihr Mann hat für Ihre von Ihnen erwähnten Schulden nicht — alle K. 100. Die Rollen müssen gefüllt werden; sonst kann Zwangsversteigerung erfolgen. — G. S. 33, 2. S. 99. Rein.

A. M., Schönbauer Vorstadt. Die Möglichkeit, die Bäcker als unerschützte Mitglieder anzupreisen, liegt nicht vor. — P. S. 25. Von erreichter Volljährigkeit ab Volljährigkeit tritt mit Vollendung des 21. Lebensjahres ein, auf Antrag kann das Vormundschaftsgericht bereits vor 18. Lebensjahre ab die Volljährigkeit ausprechen. — O. S. 1. Rein: der Vater kann bestimmen, in welcher Religion die Kinder zu erziehen sind. 2. Ja. 3. Geburtsurkunde. — Martha 12 345. 1. Das ist möglich. 2. Solange kein intimer Verkehr stattgefunden hat: nein. 3. Das gibt es nicht. Die Ehe bleibt, auch wenn beide Eheleute getrennt leben, solange bestehen, bis durch Scheidungsurteil oder Tod die Ehe gelöst ist. 4. Rein. Das wäre mit Nachdruck bedrohliche Dikation. — U. S. 19. Rein: beschweren Sie sich bei der Eisenbahndirektion. — G. S. 370. Da es sich nicht um ein lebendes Gewerbe, sondern um Gegenstände handelt, ist die Anmeldung nicht erforderlich. — K. S. 100. Ohne Zustimmung des Eigentümers können Sie den Vertrag nicht abändern. Die Vertragszeit nicht aufheben. — P. S. 19. 1. und 3. Die Gewerbedeputation, Streifenstraße 1-3, wäre für eine Beschwerde zuständig. 2. Ja. 4. Voraussetzungen sind die Beschwerde erfolglos sein. — O. Rein.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur stark, Geschäft reger, Preise für Rind- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fest. Vögel: Futur über Bedarf, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nicht befriedigend. Fische: Futur etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur reichlich, Geschäft ruhig, Preise für Rind anziehend, sonst wenig verändert.

Witterungsbericht vom 12. November 1908, morgens 6 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 6-9 Uhr	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 6-9 Uhr
Zwettende	763	S	2	wollig	-1	Opatsanda	762	N	2	wolkenlos	-16
Namberg	763	S	3	bedeckt	-2	Bretterburg	757	N	2	bedeckt	-6
Heilbr.	765	S	1	halb bb.	-4	Seiffa	761	S	2	bedeckt	13
Kranika	768	S	1	Dunst	-4	Iberonen	754	S	1	bedeckt	8
München	771	S	4	halb bb.	-3	Karlz	760	S	3	Regen	9
Wien	769	S	3	wolkenlos	-1						

Wetterprognose für Freitag, den 13. November 1908.

Etwas wärmer, veränderlich, vorübergehend wollig mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 11.	10. 11.	Wasserstand	am 11. 11.	10. 11.
Bemel, Mühl	124 ¹	-4	Saale, Großh.	60	-1
Regel, Ansburg	1 ¹	+17	Uabel, Ehrenau	41	-1
Welsch, Tauch	50 ¹	-4	Rathenow	15	+3
Oder, Ratibor	70 ¹	-2	Spree, Spremberg	74	0
„ „ „ „ „ „	60	0	Seehof	62	0
„ „ „ „ „ „	71 ¹	-3	Wieser, Wänden	-42 ¹	+30
„ „ „ „ „ „	10 ¹	-6	„ „ „ „ „ „	-36 ¹	+3
„ „ „ „ „ „	1 ¹	-2	Rhein, Rheinfelden	297	0
„ „ „ „ „ „	-16 ¹	-8	„ „ „ „ „ „	85	-5
„ „ „ „ „ „	-80	-83	„ „ „ „ „ „	87	-1
„ „ „ „ „ „	-154 ¹	+62	„ „ „ „ „ „	22	-2
„ „ „ „ „ „	12 ¹	-5	„ „ „ „ „ „	96 ¹	-1
„ „ „ „ „ „	30 ¹	-14	„ „ „ „ „ „	6	+5

1) + bedeutet Hoch, - Fall, - 1) Internat. - 2) schwaches Eisbreiten - 3) Grundbreiten - 4) schwaches Grundbreiten - 5) Grundbreiten - 6) schwaches Grundbreiten - 7) Grundbreiten - 8) Grundbreiten - 9) Grundbreiten - 10) Grundbreiten.

Vorsicht bei Erkältung

Gar oft wird eine leichte Erkältung unbeachtet gelassen und die Influenza-Bakterien finden einen vorzüglichen Nährboden in dem kranken Blut des erkälteten Körpers. — 1/2 Glas „Santa Lucia“-Wein, vor jeder Mahlzeit genossen, gibt kräftiges Wärmegefühl u. wirkt äußerst anregend. — Wer bereits eine leichte Erkältung spürt, nehme vor dem Schlafengehen ein heißes Fußbad u. trinke gleichzeitig ein Glas über Feuer erhitzten „Santa Lucia“-Wein.

„Santa Lucia“-Kraftrotwein

a Flasche 1.50 und 2.00 Mark

ist käuflich in Apotheken, Drogen- und Delikatessen-Geschäften und steht unter ständiger Kontrolle des chemischen Laboratoriums Dr. C. Bischoff.